



122. Sitzung

am Dienstag, dem 30. Januar 2018, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 10905

Nachruf auf die ehemaligen Abgeordneten
Dr. Helmut Simon und Winfried Wachter 10905

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf
Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN

**"Gleiches Recht auf gute Chancen: Mehr Un-
terstützung für Alleinerziehende"**

Katharina Schulze (GRÜNE)..... 10905
Thomas Huber (CSU)..... 10907
Doris Rauscher (SPD)..... 10909
Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER)..... 10911
Steffen Vogel (CSU)..... 10912
Gudrun Brendel-Fischer (CSU)..... 10914
Claudia Stamm (fraktionslos)..... 10915
Staatssekretär Johannes Hintersberger..... 10916

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a.
und Fraktion (SPD)
**zur Änderung des Feiertagsgesetzes
Festlegung des 8. November 2018 als einmali-
ger gesetzlicher Feiertag in Bayern anlässlich
der 100. Wiederkehr des Datums der Ausru-
fung des Freistaates Bayern am 8. November
1918 (Drs. 17/20325)**
- Erste Lesung -

Markus Rinderspacher (SPD)..... 10918
Manuel Westphal (CSU)..... 10920
Florian Streibl (FREIE WÄHLER)..... 10921

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)..... 10921 10922 10922
10923

Georg Rosenthal (SPD)..... 10923

Verweisung in den Verfassungsausschuss..... 10923

**Abstimmung
über Europaangelegenheiten und Anträge, die
gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Beschluss..... 10924

**Bericht
der Enquete-Kommission "Gleichwertige Le-
bensverhältnisse in ganz Bayern"
(Drs. 17/19700)**

Berthold Rüth (CSU)..... 10924 10926

Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 10925 10929

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER)..... 10932

Markus Ganserer (GRÜNE)..... 10935

Max Gibis (CSU)..... 10938

Günther Knoblauch (SPD)..... 10940 10941

Carolina Trautner (CSU)..... 10941

Claudia Stamm (fraktionslos)..... 10943 10944

Alexander Muthmann (fraktionslos)..... 10944

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Lud-
wig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Parité in den Parlamenten (Drs. 17/18657)

Beschlussempfehlung des
Verfassungsausschusses (Drs. 17/19598)

Verena Osgyan (GRÜNE).....	10945 10946 10947		Rosi Steinberger (GRÜNE).....	10951
Petra Guttenberger (CSU).....	10946 10947		Herbert Woerlein (SPD).....	10952
Dr. Simone Strohmayr (SPD).....	10948		Hans Ritt (CSU).....	10953 10955 10956
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)...	10949 10950		Christine Kamm (GRÜNE).....	10955
	10950 10950 10951		Harry Scheuenstuhl (SPD).....	10955
Claudia Stamm (fraktionslos).....	10950		Benno Zierer (FREIE WÄHLER).....	10956
Ruth Müller (SPD).....	10950 10951			
Namentliche Abstimmung.....	10951		Beschluss	
			zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/19231.....	10962
Ergebnis der namentlichen Abstimmung			Namentliche Abstimmung	
(s. a. Anlage 2).....	10957		zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/19248...	10962
			Ergebnis der namentlichen Abstimmung	
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina			(s. a. Anlage 3).....	10962
Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a.				
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)			Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Dr.	
Gundremmingen und die Missstände in der			Paul Wengert, Horst Arnold u. a. (SPD)	
bayerischen Atomaufsicht (Drs. 17/19248)			Zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte	
Beschlussempfehlung des Umweltausschusses			(Drs. 17/18801)	
(Drs. 17/19752)			Beschlussempfehlung des	
und			Verfassungsausschusses (Drs. 17/20066)	
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus				
Rinderspacher, Herbert Woerlein, Florian von			Horst Arnold (SPD).....	10957 10958 10959
Brunn u. a. und Fraktion (SPD)			Karl Straub (CSU).....	10958 10959
Bevölkerung schützen - fehlerhafte Brennstäbe			Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER).....	10959
im Atomkraftwerk Gundremmingen sofort aus-			Ulrike Gote (GRÜNE).....	10960
tauschen! (Drs. 17/19231)			Staatssekretär Gerhard Eck.....	10961
Beschlussempfehlung des Umweltausschusses				
(Drs. 17/19751)			Beschluss.....	10962
			Schluss der Sitzung.....	10962

(Beginn: 14.04 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 122. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben und zweier ehemaliger Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 21. Januar verstarb im Alter von 78 Jahren Herr Dr. Helmut Simon. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1991 bis 1998 sowie im Jahr 2003 an und vertrat für die SPD den Wahlkreis Schwaben. Während seiner Zugehörigkeit zum Hohen Haus engagierte er sich unter anderem im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten. Sein politisches Engagement ging über sein Wirken im Landtag hinaus. So hat er auch auf kommunaler Ebene Verantwortung übernommen: Über zwei Jahrzehnte lang war er Mitglied im Stadtrat von Kaufbeuren, wo er die Entwicklung der Stadt maßgeblich mitgestaltet hat.

Am 24. Januar verstarb im Alter von 96 Jahren Herr Winfried Wachter. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1962 bis 1966 sowie von 1970 bis 1978 an und vertrat für die FDP den Wahlkreis Schwaben. Während seiner Zugehörigkeit zum Hohen Hause engagierte er sich unter anderem im Ausschuss zur Information über Bundesangelegenheiten sowie im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen. Sein langjähriges politisches und ehrenamtliches Engagement wurde unter anderem mit der Verfassungsmedaille in Silber sowie mit dem Bayerischen Verdienstorden gewürdigt. Der Landtag trauert mit den Angehörigen und wird den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. –

Sie haben sich zum Gedenken an die Verstorbenen von den Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

(Unruhe)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Deswegen bitte ich, die Plätze einzunehmen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Gleiches Recht auf gute Chancen: Mehr Unterstützung für Alleinerziehende"

Die Regeln für die Aktuelle Stunde sind bekannt. Die fraktionslosen Abgeordneten Claudia Stamm, Günther Felbinger und Alexander Muthmann können jeweils bis zu zwei Minuten sprechen. Erste Rednerin ist die Frau Kollegin Schulze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zurzeit ist es mal wieder so weit: Viele Kinder haben Fieber und Husten und müssen zu Hause bleiben. Die Grippe scheint auch bei der CSU-Fraktion zugeschlagen zu haben; anders kann ich mir die leeren Reihen nicht erklären. Oder sie interessiert anscheinend mehr Unterstützung für Alleinerziehende nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Kinder krank daheim sind, muss oft ein Elternteil ebenfalls daheimbleiben, obwohl zum Beispiel die Chefin dringend auf die Präsentation wartet oder einige Kolleginnen und Kollegen aus dem Team auch schon fehlen. Die pflegebedürftigen Großeltern warten auf einen Besuch, und die eigenen Freunde fühlen sich schon lange vernachlässigt, und zwar zu Recht.

In einer Partnerschaft bekommt man das alles meistens noch irgendwie geregelt. Aber wie geht es denen, die das alles alleine schultern müssen, rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr? – Sie müssen enorm viel leisten, sind häufiger arm und stehen oft am Rand der Gesellschaft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sie bekommen in Bayern auch nicht die politische Aufmerksamkeit und Unterstützung, die ihr gutes Recht wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Allein, alleiner, alleinerziehend" – mit dieser Steigerung bringt es die Autorin Christine Finke auf den Punkt. Wenn wir uns einmal die Zahlen anschauen, sehen wir, dass sie enorm sind. Jedes fünfte Kind wächst in einer Familie mit einem Elternteil auf. In neun von zehn Fällen sind das Frauen, und die meisten haben sich das nicht selber ausgesucht.

Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt also Zeit, dass wir in Bayern aufhören, so zu tun, als wären Familien mit Alleinerziehenden so eine Art Familien zweiter Klasse. Wer alleinerziehend ist, verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung. Ganz besonders verdienen Alleinerziehende eine bessere Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn viele der Unterstützungssysteme passen schlicht nicht zum wirklichen Leben der Alleinerziehenden. 77 % von ihnen arbeiten, knapp die Hälfte davon in Teilzeit. 81 % der Alleinerziehenden in Teilzeit gaben 2015 persönliche oder familiäre Verpflichtungen als Hauptgrund für ihre Teilzeit an. Mit anderen Worten: Sie würden gerne den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie selber verdienen; aber sie können es nicht, weil eben die Voraussetzungen fehlen.

Das heißt hier bei uns in Bayern vor allem: Wir brauchen dringend einen Ausbau der Kinderbetreuung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern wird gerade mal jedes vierte Kind unter drei Jahren in einer staatlich geförderten Einrichtung betreut. Das ist peinlich und eine komplette Fehlplanung am aktuellen Bedarf vorbei; denn 42 % der Eltern wollen einen Kitaplatz für ihr Kind. Das heißt also, 2018 muss die Losung lauten: mehr Kindergarten-, Kita- und Hortplätze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen fordern wir im Nachtragshaushalt auch ein Investitionsprogramm für mehr Kita-Plätze. Wir haben in Bayern das Geld dafür; es wird nur an der falschen Stelle ausgegeben.

Warum haben wir beispielsweise dieses unsinnige Betreuungsgeld, das die absolut falschen Anreize setzt? – Stattdessen sollten wir die 230 Millionen Euro jährlich lieber in den Ausbau der Betreuung stecken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen aber nicht nur mehr Plätze, sondern wir brauchen vor allem auch flexible Betreuungszeiten. Was ist zum Beispiel mit der Polizistin, der Krankenschwester oder der Kassiererin im Supermarkt, die vormittags mit ihrem Kind daheim ist und nachmittags arbeiten muss? – Wir brauchen eine Kinderbetreuung, die zum Leben der Eltern passt – und nicht andersherum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Zeit lang gab es vonseiten der CSU-Fraktion eine Sonderförderung für Kitas mit längeren Öffnungszeiten. Die haben Sie dann wieder abgeschafft. Da muss ich mich schon fragen, in welcher Realität Sie eigentlich leben – in der von heute jedenfalls nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß schon, was dann immer als Argument kommt: Wir haben aber nicht genug Erzieherinnen und Erzieher. – Ja, das ist richtig, und das ist ein Problem. Darauf weisen wir GRÜNE schon seit Langem hin. Erzieherinnen und Erzieher machen einen unglaublich wichtigen Job. Er ist aber leider nicht so attraktiv, wie er eigentlich sein müsste. Wir müssen die Erzieherinnen und Erzieher dringend besser bezahlen. Wir müssen ihnen mehr Zeit geben für die Elterngespräche und für die Betreuung der Kinder. Wir müssen einen höheren Betreuungsschlüssel ansetzen und natürlich auch die Leitungen entlasten. All das würde diesen Beruf deutlich attraktiver machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir den Erzieherinnen und Erziehern zudem in der Ausbildung endlich ein gescheitertes Gehalt anstatt nur ein Minutenschengeld zahlen würden, dann wäre diesem Berufsbild auch schon mehr geholfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen aber nicht nur auf mehr Flexibilität setzen, sondern wir müssen uns auch um das große Problem der Armut kümmern. Armut tritt gerade bei Alleinerziehenden und ihren Kindern besonders häufig auf. Das gilt, wenn die Kinder klein sind, aber auch später im Alter. Wenn Frauen sowieso schon wenig verdienen und häufig in Teilzeit arbeiten, dann bleibt nicht viel fürs Alter übrig. Das ist keine neue Erkenntnis.

Sie alle kennen diese Zahlen – darüber diskutieren wir hier im Bayerischen Landtag immer wieder – und wissen es: Kinder sind ein Armutsrisiko. Rund 2,5 Millionen Kinder und ihre Familien in Deutschland sind arm.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): In Deutschland!)

Jedes zweite Kind im Hartz-IV-Bezug lebt in einem Alleinerziehendenhaushalt. Das darf es in einem so reichen Land einfach nicht geben. Angesichts solcher Zahlen blutet mir das Herz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anstatt jetzt höhnische Kommentare abzugeben, könnten Sie sich lieber mal auf Bundesebene für dieses Thema einsetzen; aktuell finden ja GroKo-Verhandlungen statt. Wir GRÜNE haben jedenfalls schon Vorschläge vorgelegt, die man auf Bundesebene sofort umsetzen könnte. Da wir hier jedoch im Bayerischen Landtag sind, möchte ich ein paar Punkte anführen, die wir ganz konkret in Bayern verändern könnten.

Wir könnten uns zum Beispiel endlich darum kümmern, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Eine teure Wohnung zu bezahlen, ist für Alleinerziehende nämlich doppelt schwierig. Wenn ich dann noch höre, dass Herr Söder sich dafür feiern lässt, dass er jetzt 2.000 soziale Wohnungen bauen lassen möchte, nachdem er davor 31.000 GBW-Wohnungen verkauft hat,

(Zuruf: 33.000!)

dann kann ich einfach nur lachen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Von diesem Manöver haben die Alleinerziehenden nämlich überhaupt nichts. Alleinerziehende haben etwas davon, wenn endlich die Wohnraumförderung aufgestockt wird, damit mehr Wohnungen gebaut werden können. Dafür möchten wir 150 Millionen Euro in die Hand nehmen.

Ich bin der Meinung, dass wir uns bei diesem Thema auch einmal um kreative Lösungen bemühen müssen. Warum fördern wir zum Beispiel nicht Alleinerziehenden-WGs? – Das senkt die Mietkosten, es hilft bei der Kinderbetreuung, und Einzelkinder hätten auf diese Weise einen Spielkameraden oder eine Spielkameradin im Nebenzimmer. Ich finde, gerade bei diesem Thema sollten wir doch endlich mal kreativ denken und offen sein für unkonventionelle Lösungen.

Dieses Mehr an Mut und Kreativität gebe ich nicht nur uns hier im Bayerischen Landtag mit auf den Weg, sondern das wünsche ich mir auch von der Wirtschaft: Eine Unternehmenskultur, die Rücksicht auf die Bedürfnisse von Eltern nimmt, würde viel helfen. Flexible Vollzeit, das Rückkehrrecht in Vollzeit und ein Recht auf Homeoffice – das würde den Alleinerziehenden hier in Bayern ganz konkret helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Sache ansprechen, die mir persönlich ganz wichtig ist. Alleinerziehende Frauen sind häufig doppelt diskriminiert, zum einen, weil sie eben Frauen sind, und dann noch als alleinstehende Mütter. Das beginnt im Job und hört im Privatleben noch längst nicht auf. Die Gesellschaft bestraft Alleinerziehende für ihre Lebensform und macht sie ganz oft zu Bittstellerinnen. Sie müssen oft um den Unterhalt für ihre Kinder kämpfen; das Steuerrecht benachteiligt sie und privilegiert die Ehe. Die Altersarmut lässt grüßen. Auch gesellschaftlich passt das Alleinerziehendenmodell für viele nicht in ihre Vater-Mutter-Kind-Welt.

Ich bin einmal gespannt, was Sie sagen, wenn Sie jetzt die folgende Jahreszahl hören: Bis 1961 waren ledige Mütter bzw. Alleinerziehende nicht sorgeberechtigt. Das Amt übernahm die Vormundschaft. Diesen Geist, den man manchmal auch heute noch spüren kann, müssen wir endlich restlos entsorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alleinerziehende mit ihren Kindern sind genauso eine vollwertige Familie wie die Modelle Vater-Mutter-Kind, Vater-Vater-Kind oder Mutter-Mutter-Kind. Sie verdienen Anerkennung und Respekt, und sie haben das gleiche Recht auf gute Chancen. Enthalten wir ihnen diese Chancen nicht länger vor.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat für die CSU der Kollege Thomas Huber das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich begrüßen wir es seitens der CSU-Fraktion, dass wir uns in dieser Aktuellen Stunde einmal ganz besonders mit den Alleinerziehenden beschäftigen – die durchaus unsere Wertschätzung erfahren –, da sie eine große Gruppe in unserem Land ausmachen.

Liebe Frau Kollegin Schulze, in Bayern – ich operiere mit bayerischen Zahlen – gibt es circa 220.000 Alleinerziehendenhaushalte, in denen rund 303.000 Kinder leben. Es ist bekannt, dass Alleinerziehende oft eine doppelte Belastung zu tragen haben: Da ist zum einen natürlich die Erziehung ihrer Kinder, zum anderen müssen sie auch im Beruf ihren Mann, sehr häufig aber auch ihre Frau stehen.

Das alles geschieht häufig zwar mit familiärer Unterstützung oder mit Unterstützung aus dem Freundeskreis, aber ohne einen Partner oder eine Partnerin, der oder die ein zweites Einkommen beisteuern kann. Das führt gerade in unseren Ballungszentren dazu, dass viele Alleinerziehende Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen.

Frau Schulze, Sie nannten die Zahlen für ganz Deutschland, ich hingegen nehme die bayerischen Zahlen und setze sie ins Verhältnis zu den gesamtdeutschen Zahlen. Die Armutsgefährdungsquote Alleinerziehender liegt in Bayern bei 36,7 %,

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist viel!)

in Deutschland hingegen bei sage und schreibe 43,6 %. Vergleicht man diese Werte mit der allgemei-

nen Armutsgefährdungsquote, die in Bayern bei 12,1 % und in Deutschland bei 15,7 % liegt, dann sieht man sofort, dass Alleinerziehende unsere besondere Unterstützung brauchen.

Liebe Antragsteller, liebe Kollegin Schulze, ich hätte mir schon gewünscht, dazu heute von Ihnen etwas mehr an konkreten und auch umsetzbaren Vorschlägen sowie auf Bayern bezogenen Zahlen zu hören und zu erfahren, an welchen Stellschrauben wir in Bayern konkret drehen müssen, um die Alleinerziehenden noch besser zu unterstützen. Stattdessen fordern Sie, auch in Ihrem Dringlichkeitsantrag vom November, nichts weniger als einen kompletten Systemwechsel, den wir nicht unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, um den Alleinerziehenden in Bayern rasch und effizient zu helfen, möchte ich mich lieber auf konkrete Maßnahmen konzentrieren, die wir in Bayern ergreifen können. Nachdem aber viele dieser Leistungen auch Bundesleistungen sind, setzen wir uns auf Bundesebene für Verbesserungen ein – jetzt auch ganz aktuell bei den Verhandlungen mit der SPD. Dabei müssen wir an mehreren Bereichen ansetzen und haben dies auch schon getan: erstens, finanziell, insbesondere wenn die Kinder kleiner sind. Zweitens, beim Thema Wohnen: Es muss mehr Wohnungen geben, die für Alleinerziehende erschwinglich sind. Liebe Kollegin Schulze, die Wohnungen, von denen Sie vorher gesprochen haben – die gibt es auch noch! Drittens, bei der Kinderbetreuung: Wir brauchen eine verlässliche Kinderbetreuung. Viertens, in der Arbeitswelt:

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Hier sind zunächst vor allem auch die Arbeitgeber gefragt, attraktive, familienfreundliche Rahmenbedingungen zu setzen. Fünftens müssen wir auch an die Altersvorsorge denken.

Ich sage etwas zum ersten Punkt, zur finanziellen Unterstützung von Alleinerziehenden: Wir haben gerade in den letzten Jahren viele Leistungen ausgebaut, bei denen wir besonderes Augenmerk auf die Alleinerziehenden gelegt haben. Ich nenne hier den Unterhaltsvorschuss, für den wir, die CSU, in Berlin intensiv gekämpft haben und der auf unser Betreiben deutlich ausgeweitet wurde.

(Widerspruch bei der SPD – Horst Arnold (SPD): Ne, ne! Jetzt fangen wir nicht an zu lügen! Geht's noch?)

Damit helfen wir alleinerziehenden Müttern und Vätern in schwierigen Zeiten schnell und effektiv.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich nenne unser bayerisches Landeserziehungsgeld – eine eigene Leistung des Freistaats Bayern –, das sich an das Elterngeld anschließt und einkommensabhängig gewährt wird. Weitere Beispiele sind Kindergeld und Kinderfreibetrag. Wir setzen uns für eine Erhöhung des Kindergelds ein. Davon profitieren Alleinerziehende direkt. Geringverdienende Familien profitieren zusätzlich zum Kindergeld auch vom Kinderzuschlag in Höhe von maximal 170 Euro pro Monat. Die CSU setzt sich für die Erhöhung des Kinderzuschlags, und zwar insbesondere für Alleinerziehende, ein.

Meine Damen und Herren, der Anspruch von uns, der CSU, ist – das ist auch ein zentraler Punkt des 10-Punkte-Programms unseres designierten Ministerpräsidenten Markus Söder –: Der Staat muss den Eltern für die ersten zehn Jahre des Kindes eine verlässliche Perspektive bieten. Betreuung muss so organisiert sein, dass für junge Familien und Alleinerziehende keine Brüche oder finanziellen Überforderungen entstehen.

Unser Staatsminister Markus Söder plädiert deshalb für einen Dreiklang aus Ausbau der Betreuungsplätze, einer Offensive zur Gewinnung von Erziehern sowie einer Gebührenentlastung. Das wird meines Erachtens auch Alleinerziehenden eine bessere Unterstützung bieten. Kollege Vogel wird im Bereich der Kinderbetreuung noch näher darauf eingehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vergessen wir nicht das Thema Mieten und Wohnkosten, das sich wirklich zu einer sozialen Frage entwickelt hat. Ich kann als jemand, der aus dem Ballungsraum im Landkreis Ebersberg kommt, feststellen, dass es Familien und vor allem Alleinerziehende immer schwerer haben, bezahlbaren Wohnraum in unserer Region zu finden bzw. ihre Mieten bezahlen zu können.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

– Ja, lieber Kollege, daran ist zu einem großen Teil die enorme Steigerungsrate bei den Mieten gerade hier im Ballungsraum München schuld. Da schauen wir schon auch einmal in die Landeshauptstadt, was der frühere Oberbürgermeister von der SPD hier getan oder, besser gesagt, nicht getan hat!

Bayern hat bereits eine umfangreiche Wohnraumförderung und möchte noch mehr tun. Wir werden deshalb für den Nachtragshaushalt nochmals fast 500 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Wir haben

eine Ballungsrauminitiative erarbeitet, in der wir konkrete Lösungsvorschläge machen, um die Ballungsräume zu entlasten. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Anpassung des Wohngeldes ein. Staatsminister Markus Söder setzt sich in seinem 10-Punkte-Programm für Bayern für eine Unterstützung bei der Schaffung von Wohneigentum für Familien ein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte diesen Weg für richtig und auch notwendig; denn die Bildung von Wohneigentum ist die stabilste und beste Absicherung gegen Altersarmut.

(Zurufe der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) und Florian von Brunn (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch darauf achten, dass Alleinerziehende nicht in die Altersarmut abrutschen. Wir müssen deswegen auch die Altersvorsorge von Alleinerziehenden stärker im Blick haben. Alleinerziehend zu sein, darf nicht Altersarmut bedeuten.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Bedeutet es aber!)

Wir wollen dagegen kämpfen. Wir haben auf Bundesebene in einem ersten Schritt die Mütterrente I durchgesetzt, um die Altersarmut von Müttern zu bekämpfen. Damit sollen Erziehungsleistungen gezielt besser gewürdigt werden. Wir wollen diesen Weg mit der Mütterrente II weitergehen.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir konnten in den Sondierungen mit Ihnen die Mütterrente zumindest für Mütter und Väter mit drei oder mehr Kindern – ich sage jetzt mal – unterbringen.

(Beifall bei der CSU)

Leider hat sich die SPD hier nicht weiterbewegt, um diese Möglichkeit auch für das erste und zweite Kind zu schaffen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Steuerfinanziert!)

Ich sage nur: schade, wirklich schade!

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie zahlen doch keinen Cent dazu! Warum zahlen Sie keinen Cent? Und ich auch nicht!)

– Herr Kollege, denn genau hier würde man auch alleinerziehenden Frauen gezielt bei der Altersvorsorge helfen. Hier zählt nicht das Argument der Steuerfinanzierung. Wollen wir das Geld in die Hand nehmen und alleinerziehenden Frauen helfen oder nicht? Das frage ich jetzt einmal die SPD.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Wir wollen darüber hinaus verhindern, dass die Alleinerziehenden in der Teilzeitfalle stecken bleiben. Wir treten daher für den Anspruch auf befristete Teilzeit ein. Dann können die Menschen wieder zurück in die Vollzeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen auch einen positiven Aspekt nicht ganz außer Acht lassen: Ich bin für die Zukunft optimistisch, da wir in allen Landesteilen Bayerns einen überaus positiven Trend bei Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen verzeichnen können. Ich habe das letztes Jahr an dieser Stelle schon gesagt. Das kann sich in der Zukunft positiv auf die Beschäftigung und damit auch auf den Lebensstandard von Alleinerziehenden auswirken.

Ich habe sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene viele Aufgaben genannt, um die wir uns bereits kümmern – und weiter kümmern müssen. Uns ist besonders wichtig: erstens, gute, passgenaue finanzielle Unterstützungsleistungen. Zweitens, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine familienfreundliche Arbeitswelt. Drittens, verlässliche und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote, auch in Rand- und Ferienzeiten. Viertens, natürlich Ganztagsbetreuungsangebote für Schulkinder in der Grundschule.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Warum haben Sie dann unseren Antrag abgelehnt?)

Das Ziel von uns, der CSU, ist es, allen Menschen in Bayern, vor allem Familien und Alleinerziehenden, ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit gewähren zu können.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Rauscher von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alleinerziehende leisten Großartiges, ja! Dafür sollten sie vonseiten der Staatsregierung und auch von der Gesellschaft gewürdigt und nicht permanent abgestraft werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege, nur 36 % der Alleinerziehenden sind in Bayern von der Armut bedroht – wie zynisch!

(Thomas Huber (CSU): "Nur" habe ich nicht gesagt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie doch bitte endlich mal damit auf, das Leben der Alleinerziehenden in Bayern permanent als annähernd paradiesischen Zustand zu beschreiben!

(Beifall bei der SPD)

Sie dürften diese ewige Leier von Ihnen, dieses ewige Nach-vorne-Kehren, was denn schon alles gemacht wird, doch langsam selbst nicht mehr hören können! Sie blockieren seit Jahren hier im Hohen Haus jegliche Initiative anderer Parteien, lehnen durch die Bank alles ab, und jetzt im Wahljahr 2018 kündigen Sie im Wahlkampf an, was Sie seit Jahren ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich als Sozialpolitikerin der SPD-Fraktion möchte hier wirklich mal infrage stellen, ob das noch glaubwürdig ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mit genau so viel Elan und Eifer endlich Maßnahmen in die Wege leiten würden, anstatt nur zu reden, dann wäre seit Jahren einiges gewonnen. Ja, es gibt die Mütter und Väter, die den Alltag auch als Alleinerziehende annähernd gut bestreiten, aber nur durch Unterstützungssysteme privater Art: durch die Nachbarin, durch die Großeltern, die vielleicht in der Nähe wohnen und zum Babysitten kommen, oder durch hart Ersparnes, um finanziell irgendwie über die Runden zu kommen. Dann gibt es aber auch diejenigen, bei denen es nicht gut läuft. Diese werden von der bayerischen Politik viel zu wenig berücksichtigt. Dabei wird die Gruppe der Alleinerziehenden insgesamt größer und größer. Vor allem immer mehr Mütter, aber auch Väter ziehen ihre Kinder ohne Partner groß. 2016 lebten 21 % der Familien in Bayern mit einem alleinerziehenden Elternteil. Das sind annähernd 400.000 Personen mit insgesamt fast 550.000 Kindern, also jede fünfte Familie. Alleinerziehende sind die Familienform, die am stärksten wächst. Das muss sich endlich in unserer Unterstützung dieser Familienform widerspiegeln.

(Beifall bei der SPD)

Die Realität in Bayern sieht aber ganz anders aus. Da sind Alleinerziehende abhängig und werden das Gefühl nicht los, die Verlierer der Nation zu sein. Besonders deutlich wird das zum Beispiel beim Blick auf das Haushaltseinkommen: 26 % der Alleinerziehenden müssen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von bis zu 1.500 Euro auskommen. Paare liegen mit gera-

de einmal 7 % deutlich seltener unter dieser Einkommensgrenze. Natürlich kann man die Zahlen nicht in den direkten Vergleich stellen, weil bei Alleinerziehenden eine erwachsene Person weniger im Haushalt lebt. Aber Fakt ist, dass gewisse Fixkosten die gleichen bleiben: Miete, Heizung, Telefon, GEZ-Gebühren usw. Es ist logisch, dass die Kinder von Alleinerziehenden dann eine andere Kindheit haben, weil das Geld am Monatsende viel öfter und viel schneller knapp wird. Richtig hart trifft es wieder einmal die Frauen, die Mütter: In neun von zehn Fällen ist der alleinerziehende Elternteil nämlich die Mutter.

(Thomas Huber (CSU): Warum lehnen Sie dann die Mütterrente ab?)

– Daraus könnten wir in einer Aktuellen Stunde ein eigenes Thema machen und ein bisschen differenzierter darauf eingehen, Herr Kollege.

(Thomas Huber (CSU): Gern!)

Wie gesagt, rund ein Drittel hat als gesamtes Nettohaushaltseinkommen maximal 1.500 Euro für sich und die Kinder zur Verfügung, davon wiederum 70 % sogar weniger als 1.300 Euro. Ungeplante Ausgaben wie die neue Schultasche, der Ausflug oder die Reparatur des Autos und eben hohe Mietkosten bringen da die verantwortlichen Alleinerziehenden schnell an die finanziellen, aber vor allem an die nervlichen Grenzen. Mit einem Einkommen wird es schwierig, ein gutes Auskommen und eine gute Kindheit zu ermöglichen, gerade in Regionen, wo die Mietpreise einen großen Teil des Einkommens schlichtweg auffressen. Bezahlbarer Wohnraum ist auch aufgrund des Versagens der Staatsregierung Mangelware.

(Beifall bei der SPD)

Kein Wunder, dass im Freistaat so viele Alleinerziehende von Armut betroffen sind und einen überproportional hohen Anteil an den Verschuldeten im Freistaat ausmachen. Finanzielle Armut führt vor allem bei Kindern zu gesellschaftlicher und emotionaler Armut. Das ist das Dramatische, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nach wie vor ist es doch so: Zeit- und Geldsorgen treffen Familien insgesamt, wie wir häufig festgestellt haben. Alleinerziehende Mütter und Väter trifft es aber doppelt so hart.

(Beifall bei der SPD)

Sie stehen viel zu oft nahe ihrer Belastungsgrenze; denn nicht nur Geld ist knapper als in anderen Familien, sondern auch Zeit. Zeit für sich, die Kinder oder Freunde bleibt kaum. Das Sozialleben leidet. Alleinerziehende stehen unter Stress und hetzen sich ab zwischen der Kita, der Elternsprechstunde, der S-Bahn

und dem Bürostuhl, auf dem sie wirklich Hervorragendes leisten. Diese knapp 400.000 Menschen in Bayern fühlen sich extrem gefordert, häufig sogar überfordert. Wer, wenn nicht sie, hätte nun endlich die notwendige Unterstützung verdient? Alleinerziehende Mütter und Väter haben niemanden, der irgendwann nach Hause kommt. Sie wissen, dass sie mit ihrem Alltag alleine fertig werden müssen. Ihnen fehlt die gegenseitige Unterstützung. Verantwortung und Sorgen lasten nur auf zwei statt auf vier Schultern. Das können wir ihnen politisch gesehen natürlich nur schwer abnehmen. Aber anstatt genau diese Familien in ihrer besonderen Situation wenigstens von außen nach Kräften im Alltag zu unterstützen, gibt es nur leere Phrasen. Umso schlimmer ist es; denn Maßnahmen liegen längst auf der Hand. Auch wir als SPD-Landtagsfraktion haben in den vergangenen Jahren mehrfach Ideen und Initiativen in die Diskussion eingebracht. Gern erkläre ich noch einmal in Richtung der CSU-Landtagsfraktion: Wir brauchen Chancengerechtigkeit für alle Kinder, und zwar von Anfang an, zum Beispiel mit einer eigenen Kindergrundsicherung als Grundlage für Bildung und Gesundheit der Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Und wir brauchen ausreichend Kita-Plätze. Das wurde gerade eben auch vom Kollegen nach Jahren der Ablehnung und des Nichtstuns hier im Hohen Haus erwähnt.

(Lachen der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

– Da brauchen Sie nicht so zu lachen, Frau Kollegin!

(Petra Guttenberger (CSU): Das stimmt aber nicht, Frau Kollegin!)

– Setzen Sie sich einmal in den Sozialausschuss hinein, dann werden Sie mitbekommen, wie hier zu genau diesen Themen entschieden wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen auch eine bessere Versorgung der Grundschulkinder. Das haben wir hier im Hohen Haus auch schon mehrfach diskutiert. Wir brauchen eine familienfreundlichere Arbeitswelt; denn wenn nur 38 % der Alleinerziehenden in Vollzeit arbeiten, liegt das nicht ausschließlich daran, dass sie das so möchten. Es fehlt zu oft an den entscheidenden Rahmenbedingungen: flexible Arbeitszeitmodelle, leichter Einstieg ins Berufsleben und ein Rückkehrrecht auf Vollzeit. Wer hat das denn auf Bundesebene blockiert? Wir brauchen bessere Aufstiegschancen im Unternehmen trotz Baby- oder Kinderpause. Wir brauchen endlich gleiche Löhne für die Frauen. Wir brau-

chen Betreuungsplätze auch zu den Rand- und Ferienzeiten. Genau da liegen die wirklich großen Herausforderungen bei der Unterstützung vor allem der Alleinerziehenden.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, mit einem Teilzeit- oder Minijob, der zu den Kita-Zeiten passt, wird es eine Mutter oder ein Vater nie schaffen, ein gutes Einkommen für sich selbst und die Kinder zu erwerben. Es braucht auch finanzielle Entlastungen: bei den Kitagebühren, beim Bücher- und Busgeld für die Schulkinder oder bei den Alltagskosten, wie zum Beispiel bei der Finanzierung der Wohnung. Entlastungen an dieser Stelle würden gerade Ein-Eltern-Familien effektiv unterstützen.

Passiert ist in den vergangenen Jahren aus unserer Sicht viel zu wenig, und wenn doch, dann nicht auf Initiative der Staatsregierung, Herr Huber, sondern auf Bundesebene durch SPD-geführte Ministerien, so zum Beispiel beim Ausbau des Unterhaltsvorschlusses, einer Schwesig-Initiative. Übermorgen diskutieren wir im Sozialausschuss wieder einmal über Maßnahmen gegen Armut von Alleinerziehenden und ihren Kindern. Kolleginnen und Kollegen, ich bin gespannt und freue mich auf die Debatte im Sozialausschuss; denn dann können Sie endlich einmal unter Beweis stellen, dass Worte bei Ihnen nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben, sondern dass tatsächlich Taten folgen. Packen wir es doch endlich einmal an!

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Bravo! Sehr gute Rede!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Schmidt von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Huber, Sie haben Ihre Rede mit der Aussage begonnen, dass in Bayern alles gut ist. In Bayern seien nur 36,7 % der Alleinerziehenden von Armut bedroht. Herr Kollege Huber, auf Bundesebene sind es mehr, haben Sie gesagt. Das kann man nicht kleinreden. Unser Ansatz und auch Ihrer muss es aber sein, dass da irgendwann mal null Prozent stehen. Null Prozent der Frauen und der Männer sollen von Armut bedroht sein, weil sie alleinerziehend sind. Wenn da noch andere Gründe bestehen, ist das etwas anderes. Aber die Kinder leben bei einem, und Familie ist da, wo Kinder sind. Es ist schlimm genug, dass das ein Grund für Armutsgefährdung ist.

Vor diesem Hintergrund reicht es nicht aus, wenn Sie das Pferd von hinten aufzäumen und von der Rente sprechen. Gerade die von Armut bedrohten Frauen, die alleinerziehend sind, sind sehr oft junge Mütter – das ist nachzulesen –, die teilweise keine Ausbildung haben und noch nicht ins Sozialsystem eingebunden sind, die aber noch nicht einmal in die Teilzeitausbildung gehen können, weil es diese so nicht gibt, die teilweise keine Betreuung für ihre Kinder haben, weil nicht überall Kitaplätze vorhanden sind, und die sich, wenn sie zuvor mit dem Partner zusammen waren, Gedanken machen müssen, wie sie denn, wenn sie eine Wohnung bekommen, die Kaution aufbringen, wenn sie noch nicht im Sozialsystem sind.

Herr Huber, das sind deren Probleme, nicht die Rentenpunkte, die eine Rolle spielen werden, wenn sie älter sind. Die Armut wird weiter vorangetrieben, wenn diese Probleme nicht angegangen werden. Wir haben vor Weihnachten – –

(Abgeordneter Thomas Huber (CSU) unterhält sich mit Fraktionskollegen)

– Herr Huber interessiert das nicht; das ist aber egal.

(Thomas Huber (CSU): Natürlich interessiert es mich!)

Ich dachte, Sie wollten etwas ändern. Sie haben doch große Wünsche geäußert, etwas zu verändern. Ich werde selten sauer, aber jetzt werde ich es langsam.

Wo ist denn Ihr Ansatz? Wenn Sie bei der Rente ansetzen, dann ist das zu spät. Es sind junge Familien, es sind junge Mütter, die Ausbildung und Kinderbetreuung brauchen. Wenn Sie bei der Rente ansetzen, dann reicht das wirklich nicht aus.

Es besteht die große Gefahr, dass Armut von Generation zu Generation weitergegeben wird. Man weiß: Kinder von Alleinerziehenden sind stärker als andere von Armut bedroht, und die Bildungschancen eines Kindes, das in Armut lebt, sind schlechter. Wir müssen doch vermeiden, dass auch die Kinder wieder in das "Modell Armut" rutschen.

Was hat sich insoweit getan? – Nichts hat sich getan! Der Bund hat das Kindergeld um zwei Euro erhöht. Im Gegenzug hat man beim Steuerfreibetrag für Alleinerziehende noch nicht einmal den Inflationsausgleich geschafft. Was das angeht, so muss ich auch zu Ihnen von der SPD schauen. Bitte kämpfen Sie dieses Mal stärker!

(Markus Rinderspacher (SPD): Ist bereits beschlossen!)

Bisher hat es anscheinend niemanden gestört, dass der Steuerfreibetrag nicht einmal mehr diese Mehrbelastung ausgleicht.

Die kostenfreie Kinderbetreuung ist das Nächste, was ansteht. Das reicht allerdings nicht aus. Was geschieht? Spätestens in der Schule rennen die Frauen – meist sind es Frauen – wieder mit Vollgas an die Wand. Vielleicht haben sie etwas gefunden, zum Beispiel eine befristete Stelle. Aber dann fehlt der Hort, und es gibt keine Ferienbetreuung. Gibt es einfach nicht!

In den Familienunterstützenden Diensten engagieren sich viele Freiwillige. Wir schaffen es nicht einmal, die Abrechnungen rechtzeitig fertigzustellen, weil das Zentrum Bayern Familie und Soziales unterbesetzt ist. Sie haben mit einer Handvoll Pulverschnee eine Lawine losgetreten; aber diese führt nicht zu einem ausreichenden Ergebnis. Sicherlich freut sich die eine oder andere, wenn es am Ende des Lebens bei der Rente ein paar Euro mehr sind.

Herr Kollege Huber, Sie haben noch etwas vergessen: Alleinerziehende haben es oft noch mit Nebenkriegsschauplätzen zu tun. Mir hat neulich eine Mutter, die noch nicht hilfsbedürftig ist, erzählt, sie streite sich seit einem Jahr mit dem Vater des Kindes herum wegen der Zahnspange oder des Schulwechsels. Eine andere Mutter streitet sich seit einem Jahr herum, weil das Kind eine andere Schule, eine Privatschule mit dem Schwerpunkt Sprachen, besuchen will. Die Eltern müssen in Vorleistung gehen; das kommt hinzu.

Angesichts all dessen kann ich Sie von der CSU nicht verstehen. Ich erinnere an den Bericht zum Thema Kinderarmut, der vor Weihnachten erstattet wurde. Sie sind in einen Singsang eingestimmt. Das ändert nichts daran, dass das Armutsrisiko von Alleinerziehenden in Kinderarmut übergeht.

Schaffen Sie die Kindergartengebühren ab! Schaffen Sie vorrangig Plätze für Alleinerziehende! Und, und, und. Aber nur – nur! – 36,7 %? Es ist schade, dass jemand so etwas sagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Vogel von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal gilt es, etwas klarzustellen: Kein Mitglied der CSU-Frak-

tion diskriminiert Alleinstehende oder Alleinerziehende. Diesen Vorwurf weise ich auf das Schärfste zurück. Ich weise genauso die Behauptung zurück – ich zitiere Kollegin Schulze –, wir hätten noch den Geist von 1961, als Alleinerziehende noch nicht einmal sorgeberechtigt waren.

Das weisen wir in aller Entschiedenheit zurück. Für uns, für die CSU, ist Familie auch dort – selbstverständlich! –, wo Kinder sind und damit auch bei Alleinerziehenden. Gegenteilige Behauptungen lassen wir uns nicht vorhalten.

(Beifall bei der CSU)

Es gilt insgesamt etwas klarzustellen: Sie von der Opposition erwecken den Eindruck, die Situation von Alleinerziehenden wäre im Freistaat Bayern besonders dramatisch.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben bundesweit die Situation,

(Katharina Schulze (GRÜNE): Wir sind für Bayern zuständig! Wer regiert denn in Bayern?)

dass Alleinerziehende besonders stark von Armut gefährdet sind. Das ist kein bayerisches Problem und keine bayerische Herausforderung, sondern eine deutsche Herausforderung. Daher lassen wir uns den Schwarzen Peter nicht zuschieben, auch wenn Sie mit dem Finger auf uns zeigen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Wer regiert denn im Bund mit?)

Auch und insbesondere die SPD trägt im Bund dafür die Verantwortung.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Und die CSU nicht?)

Ich erinnere daran: In den vergangenen 19 Jahren hat die SPD 15 Jahre lang das Sozialministerium geführt. Insoweit ist das, was Sie alles vorgetragen haben, ein Stück weit die Beurteilung der eigenen Arbeit, der eigenen Leute im Bund.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: In Bayern gibt es keine Sozialministerin?)

Um es noch einmal klarzustellen: Natürlich sind 43 % Armutsrisikogefährdung – im Bund – für Alleinerziehende eine dramatische Situation. Wir, der Freistaat Bayern, versuchen, uns diesem Trend entgegenzustellen. Deshalb bitte ich, die von Herrn Kollegen Huber erwähnte Zahl nicht bewusst falsch zu interpretieren nach dem Motto, 36 % seien doch gut. 36 %

sind zu viel! Wir, der Freistaat Bayern, unternehmen selbstverständlich Maßnahmen, diesen Prozentsatz zu senken. Wenn man es prozentual betrachtet, kommt man zu dem Ergebnis: Das Armutsgefährdungsrisiko von Alleinerziehenden in Bayern ist 20 % niedriger als im Rest von Deutschland. Das ist doch ein deutliches Indiz dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass wir in die richtige Richtung gehen.

Die Argumentation von Frau Kollegin Schulze – Sie haben sich auch in einer Pressemitteilung entsprechend geäußert – spiegelt die Realität nicht korrekt wider. So haben Sie heute behauptet, jedes vierte Kind unter drei Jahren sei in einer staatlichen Betreuungseinrichtung. In der Altersgruppe der Null- bis Dreijährigen sind es 33 %, also fast ein Drittel, nicht 25 %.

(Katharina Schulze (GRÜNE): 27,2 %!)

Betrachtet man nur diejenigen mit Rechtsanspruch, also die Altersgruppe der Ein- bis Dreijährigen, dann sind es schon über 40 %. Wo nehmen Sie Ihre Zahlen her? Sie stellen sich hier vorn hin und behaupten, in Bayern seien es bei den unter Dreijährigen 25 %. Die Wahrheit ist: In der Altersgruppe der Ein- bis Dreijährigen sind es schon über 40 %.

Als Nächstes behaupten Sie, wir bräuchten ein Sonderinvestitionsprogramm. Ich weiß nicht, ob Sie es nicht mitbekommen haben: Wir haben ein Sonderinvestitionsprogramm! Es ist das vierte und hat ein Volumen von 180 Millionen Euro. Die prozentuale Förderung haben wir deutlich aufgewertet, weil auch wir den weiteren Ausbau des Angebots an Betreuungsplätzen wollen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir liegen auf Platz 14 im Bundesländervergleich!)

Die Gemeinden erhalten einen Aufschlag von bis zu 35 % auf die reguläre FAG-Förderung. In meinem Stimmkreis "Haßberge, Rhön-Grabfeld" gibt es auch finanzschwache Kommunen. Diese können eine Förderung von 90 % plus X für den weiteren Ausbau von Betreuungseinrichtungen abrufen. Das ist doch ein starkes Signal. Angesichts dessen können Sie sich doch nicht hier hinstellen und behaupten, wir bräuchten ein Investitionsprogramm. Wir haben bereits ein Sonderinvestitionsprogramm!

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer Punkt bei Ihnen war die bessere Bezahlung. Jetzt habe ich sie nicht da, aber die Ministerin hat im vergangenen Jahr eine Presseerklärung abgegeben, in der es auch um die Bezahlung ging. Die Ministerin hat an die Tarifparteien ein klares Signal ge-

sandt: Jawohl, es muss sich auch in der Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern, von Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern etwas tun; denn diese wertvolle Arbeit verdient höhere Wertschätzung. Wir, der Freistaat Bayern und die Staatsregierung, rufen die Tarifparteien auf, einen deutlichen Aufschlag vorzusehen. Wir fordern dies aber nicht nur. Wenn es zu dieser Tarifierhöhung kommt, dann werden wir sofort auch die Förderung entsprechend anpassen, damit das Geld nicht irgendwo hängen bleibt. Klar ist: Wir leisten unseren Beitrag dazu, dass Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden. Auch das haben Sie von der Opposition mit keinem Satz erwähnt.

Insgesamt ist viel passiert, auch in den Betreuungseinrichtungen. Ich möchte nicht alles im Detail schildern. Wir haben 80 % plus X mehr Erzieherinnen und Erzieher. Wir haben fast eine Milliarde Euro eigenes Geld – Landesgeld, zusätzlich zu den Bundesmitteln – ausgegeben, um mehr Betreuungsplätze in Bayern zu schaffen. Wir verzeichnen geradezu eine Explosion der Zahl der Plätze. Wir brauchen aber noch mehr; das ist vollkommen klar. Deshalb haben wir das Sonderinvestitionsprogramm aufgelegt.

Der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers soll attraktiver gemacht werden. Die Zahl der Fachakademien betrug im Ausbildungsjahr 2006/2007 39; heute haben wir 59. Die Zahl der Absolventen ist von ungefähr 1.800 auf heute 2.800 gestiegen. Das entspricht einer Steigerung um über 50 % bei der Zahl der Absolventinnen und Absolventen der Fachakademien. Auch insoweit ist also sehr viel passiert.

Angesichts all dessen lassen wir uns nicht vorwerfen, wir hätten etwas gegen Alleinerziehende oder wir würden sie diskriminieren; eine Vorrednerin sprach davon, wir würden sie permanent diskriminieren. Richtig ist vielmehr, dass auch wir die Situation von Alleinerziehenden sehr wohl sehen.

Deshalb gibt es bei uns das Landeserziehungsgeld. Das gibt es in keinem anderen Bundesland. Deshalb gibt es bei uns das Betreuungsgeld. Deshalb investieren wir in die Kinderbetreuung stärker als andere Bundesländer. Deshalb ist die Armutsgefährdungsquote in Bayern niedriger als in anderen Bundesländern. Das lassen wir uns nicht schlechtreden. Wir lassen falsche Behauptungen nicht unwidersprochen stehen. Wir haben uns in diesem Bereich nichts vorzuwerfen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Brendel-Fischer von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich nimmt die CSU-Fraktion das Leben und die Biografie von Alleinerziehenden ernst. Wir lassen uns aber von Ihnen kein sozialpolitisches Nirwana verkaufen. Das besteht in Bayern absolut nicht.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ich dachte, jetzt kommt eine bessere Rede!)

Wir haben weitaus bessere Daten, als dies in anderen Bundesländern der Fall ist. In den letzten Jahren haben wir auch die nötigen finanziellen Mittel eingesetzt, um die Rahmenbedingungen zu verbessern.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Aber es gibt doch so viele Alleinerziehende, die von Armut betroffen sind!)

– Eine Alleinerziehende ist nicht mit einer anderen Alleinerziehenden zu vergleichen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Nein, aber mehr Flexibilität brauchen sie alle!)

Erstens. Alleinerziehende haben ganz unterschiedliche Biografien und Hintergründe und befinden sich in unterschiedlichsten Situationen. Es gibt Alleinerziehende, die arbeiten. Teilweise arbeiten sie sogar in Vollzeit, da eine entsprechende verwandtschaftliche Infrastruktur vorhanden ist. Das ist doch nichts Verwerfliches. Wir müssen doch nicht alle, die das nicht brauchen, in Einrichtungen hineinzwingen.

(Doris Rauscher (SPD): Das sagt ja keiner!)

Das sei zum Ersten gesagt.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Was haben Sie denn da vorne für ein sozialpolitisches Nirwana?)

Zum Zweiten sei gesagt: Es gibt natürlich auch alleinerziehende Mütter, die diese Struktur nicht vorfinden und unsere Hilfe und Unterstützung brauchen. Deshalb ist eine gute Infrastruktur an familienunterstützenden Einrichtungen notwendig. Mein Kollege hat gerade ausgeführt, was in den letzten Jahren geschaffen wurde. Bei den Kindertagesstätten haben wir seit 2007 die Zahl der Einrichtungen von knapp 8.000 auf fast 9.500 erhöht. Das soll uns erst einmal jemand nachmachen. In Bayern sind über eine halbe Million Kinder in Kindertagesstätten untergebracht. Unser Ziel sieht so aus: Wir wollen diese Einrichtungen vermehren und setzen auch darauf, dass die Kommunen diese Programme annehmen. In den letzten Jahren gab es tolle Investitionsprogramme, die leider gerade von den großen Städten weniger gut angenommen worden sind. Es ist nicht unsere Schuld, wenn die

Verantwortung auf kommunaler Ebene nicht übernommen wird. Ich habe Achtung vor jeder kleinen Kommune, die sich hier auf den Weg gemacht hat und mittlerweile sogar mehr Krippenplätze anbieten kann, als momentan gebraucht werden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist aber eine steile These!)

Wir streben in den Einrichtungen eine weitere Qualitätssteigerung an. Wir setzen nicht auf Ihre pauschale Forderung, alles beitragsfrei zu gewähren. Können wir es uns leisten, dass die Eltern gar nichts mehr bezahlen und gleichzeitig die Qualität der Einrichtungen erhöht wird? – Wir müssen auch die Randzeiten noch besser abfedern, die zweifelsohne wichtig sind. Es gibt hier viele gute Beispiele. Diese gilt es weiter voranzutreiben, auch vonseiten der Kommunen.

Daneben möchte ich darauf hinweisen, dass wir vonseiten des Bundes das Bildungs- und Teilhabepaket geschaffen haben. Wir müssen uns immer in Kommunikation und Kooperation mit dem Bund betrachten. Das Paket unterstützt die Familien sehr gut, insbesondere natürlich auch Alleinerziehende. Sie können sich die Funktionsweise von Müttern oder Vätern gerne einmal erklären lassen. Dieses Paket unterstützt bei Vereinsmitgliedschaften oder auch beim Schulbedarf. Hier wurde noch einmal nachgebessert, und man hat vor allem die bürokratischen Hürden abgebaut. Das war ebenfalls sehr wichtig.

Ich möchte auf den Unterhaltsvorschuss hinweisen. Kinder von alleinerziehenden Müttern haben auch einen Vater. Hier haben wir auf Bundesebene entsprechende Schritte eingeleitet. Die Qualifizierungsangebote für Alleinerziehende, die noch keine Ausbildung absolviert haben oder sich beruflich weiterentwickeln wollen, müssen vorangetrieben werden. Über die Jobcenter oder die Agenturen für Arbeit passiert momentan sehr viel Gutes. Hier werden die Zeitfenster für die Seminarangebote auf den Tagesablauf einer Mutter mit kleinen Kindern abgestimmt. Zum Teil wird sogar Kinderbetreuung vor Ort angeboten. Es geschieht also viel Gutes.

In der Generation junger Frauen sind weitaus weniger lange Unterbrechungen in der Berufstätigkeit zu erwarten. Dies war auch in der vorherigen Generation bei vielen Frauen der Fall. Schauen Sie sich die Lebensläufe der Frauen von 50 Jahren an. Immer mehr haben eine fast durchgängige Berufsbiografie. In der nächsten Generation wird sich das noch einmal wandeln und weiter verbessern.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das ist eine Teilzeit-Biografie! – Katharina Schulze (GRÜNE): Altersarmut!)

– Die Teilzeit-Biografie ist ein Thema, da haben Sie recht. Aber auch hier gibt es mittlerweile mehr weibliche Vorbilder. Es gibt bessere Rahmenbedingungen, als sie unsere Mütter hatten.

Zum Schluss noch ein Wort und ein Dankeschön an die vielen Träger in unserer Gesellschaft, die Alleinerziehenden-Gruppen anbieten. Dort können sich Alleinerziehende austauschen, und es werden Qualifizierungsmaßnahmen angeboten. Dort gibt es auch eine Rechtswegeberatung. Das ist ganz wichtig. Dort unterstützt man sich in der jeweiligen Lebenslage und hält zusammen.

Bitte verwenden Sie nicht immer die Zahlen des Bundes. Bayern steht grundsätzlich doch besser da, auch wenn Ihnen das wehtut. Inzwischen haben unsere benachteiligten Kinder mehr schulische und berufliche Chancen. Sie kennen die Schulabbrecherquoten. In Bayern liegt die Zahl der Schulabbrecher weiter unter der Zahl des Bundes. Wir können den Kindern von Alleinerziehenden weitaus bessere Ausbildungs- und Berufschancen als in anderen Bundesländern anbieten. Deshalb bitte ich Sie, einen Gang zurückzuschalten. Schauen Sie doch einmal auf das, was wir schon erreicht haben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Jetzt hat Frau Kollegin Claudia Stamm für zwei Minuten das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute vieles gehört, was in der Analyse richtig ist. Zum Beispiel haben wir gehört, dass Frauenarmut mit Kinderarmut zusammenhängt. Ja, es stimmt, Bayern geht es relativ gut, Kollege Huber, aber genau aus dem Grund muss es Sie doch reißen. Sie kennen die Zahlen auch. Sie wissen, dass Bayern auch hier nicht homogen ist. In Bayern gibt es Regionen, beispielsweise Schweinfurt, in denen das Kinderarmutsrisiko bei über 20 % liegt. Das muss ein Ansporn für alle hier im Haus sein. Das Kinderarmutsrisiko steigt übrigens. Es liegt bei über 20 % im reichen Land Bayern. Wir müssen endlich wirklich etwas gegen Kinderarmut tun.

Ja, es braucht eine Menge an Maßnahmen. Das reicht von der Kinderbetreuung bis zum bezahlbaren Wohnraum. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ich finde schon, dass Sie sich irgendwann einmal für Ihr Konzept entscheiden müssen. Was ist jetzt Ihr Konzept, um wirklich etwas dagegen zu tun? Welches Konzept wollen Sie denn forcieren?

Wir haben gemerkt, dass eine Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro nichts nutzt. Die Kinderarmut in Deutschland ist gewachsen. Sagen Sie endlich, was Sie wollen! Forcieren Sie das! Sie haben ja auch mal nebenbei und mal hier und da eine Kindergrundsicherung gefordert. Eine Kindergrundsicherung wäre eine Reform. Sie wäre eine Reform, die man vielleicht endlich mutig nennen könnte. Die Kindergrundsicherung würde alle Maßnahmen, die es gibt, alle Transferleistungen, zusammenfassen. Darin wären dann das Wohngeld und das Kindergeld enthalten. Somit müsste kein Kind mehr mit einem ALG-II-Stempel im Fußballverein sein, weil sich seine Mutter, alleinerziehend oder nicht, die Mitgliedschaft leisten könnte.

Frau Kollegin Schulze, es ist richtig, wie in Ihrer Analyse dargestellt, dass Alleinerziehende steuerlich benachteiligt sind. Aber dann nennen Sie doch auch ein Konzept! Dann sagen Sie doch, was helfen würde. Nennen Sie Ross und Reiter!

Das Ehegattensplitting müsste abgeschafft werden. Das ist das Einzige, was hilft.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das muss man doch auf Bundesebene machen!)

Dann würde tatsächlich mehr beim Kind ankommen. Eine Kindergrundsicherung ist das Einzige, was hilft. Das wünsche ich mir endlich. Haben Sie Mut zu dieser Reform. Zeigen Sie Mut im Hohen Haus! Gerne können wir daran politisch gemeinsam arbeiten. Im vorpolitischen Raum gibt es genügend Verbände, die das bereits betreiben und wollen. Forcieren Sie das endlich! Machen Sie es dem Kind und den Alleinerziehenden zuliebe!

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Jetzt hat Herr Staatssekretär Hintersberger das Wort. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, alleinerziehende Familien haben wirklich tagtäglich große Herausforderungen zu meistern. Die Familien- und Erwerbsaufgaben lasten eben nur auf zwei Schultern. Daher gebühren allen alleinerziehenden Müttern und Vätern großer Respekt und große Anerkennung. Sie werden den Familien- und Erziehungsaufgaben mit großem Verantwortungsbewusstsein gerecht. Dies ist auch eine wichtige Botschaft, die aus dieser Aktuellen Stunde, aus diesem Hohen Haus, an die betroffenen Alleinerziehenden gehen soll, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Auch möchte ich allen Großfamilien einen herzlichen Dank sagen, die – ich sage das ganz bewusst – von verschiedenen Seiten Alleinerziehenden große Unterstützung angedeihen lassen. Auch dies macht unsere Gesellschaft aus, auch dies ist Großfamilie, die unsere Gesellschaft bildet.

(Beifall bei der CSU)

Die bayerische Familienpolitik hat diese Lebenswirklichkeit auf dem Schirm und trägt diesen anspruchsvollen Lebensrealitäten auch Rechnung. Liebe Frau Kollegin Rauscher, hier wird nichts abgestraft.

(Doris Rauscher (SPD): So fühlt es sich aber an!)

Es ist ein unmöglicher Ausdruck, wenn Sie in diesem Zusammenhang vom Abstrafen der Alleinerziehenden reden. Das Gegenteil ist der Fall. Unsere bayerische Familienpolitik beruht auf drei Schwerpunkten. Dies ist erstens – nach wie vor, immer aktualisiert – im Interesse der Planungssicherheit ein bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung, der qualifizierten Kinderbetreuung. Zweitens ist dies ein flächendeckendes Beratungs- und Unterstützungsangebot, ein Angebot für Eltern, für Alleinerziehende. Drittens sind dies ganz differenzierte, unterschiedlichste finanzielle Leistungen, vom Kindergeld über Kinderfreibeträge und den Kinderzuschlag bis hin zu speziellen bayerischen finanziellen Leistungen für Familien, besonders auch für Alleinerziehende.

Gerade bei den unterstützenden finanziellen Leistungen haben wir uns in Bayern für Familien stark gemacht und ganz besonders auch Alleinerziehende in den Fokus genommen. Ich nenne hier zum Beispiel nach dem Elterngeld das bayerische Landeserziehungsgeld. Damit wir mehr Alleinerziehende unterstützen können, haben wir die Einkommensgrenzen für alleinerziehende Väter und Mütter mit einem Kind ab Januar 2017 von 22.000 Euro auf 31.000 Euro erhöht. Das haben wir ganz konkret getan und nicht gesagt: Wir müssen, wir brauchen! – Wir machen es!

(Beifall bei der CSU)

Für jedes weitere Kind wird die Grenze noch einmal erhöht, und zwar von 3.410 Euro auf 4.400 Euro.

Liebe Frau Kollegin Stamm – sie ist gar nicht mehr da –, von Kindergrundsicherung halte ich überhaupt nichts, weil sie den Kern der Beziehung zwischen Eltern und Kindern nicht nur nicht berücksichtigt, nicht nur nicht fördert, sondern einem Auseinanderdividieren geradezu Vorschub leistet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Wie Sie wissen, sind wir bei den Koalitionsverhandlungen im Begriff, das Kindergeld für alle Familien, die verantwortlich Kinder erziehen, deutlich anzuheben.

Ich denke, es war auch und ganz besonders für Alleinerziehende ein Meilenstein, dass der Unterhaltsvorschuss nun für Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres in Anspruch genommen werden kann. Dies ist auch ein wichtiger Mosaikstein, ja ein Eckstein für die Planungssicherheit der alleinerziehenden Väter und Mütter, um zu wissen, wie es am Ende des Monats oder im nächsten Monat weitergeht. Dies sind ganz konkrete lebenswirkliche, unterstützende Maßnahmen für diese Zielgruppe, die uns sehr am Herzen liegt.

Seit Juli 2017 entfällt außerdem die maximale Bezugsdauer von 72 Monaten. Ich darf auch unterstreichen, was bereits gesagt worden ist: Der Freistaat trägt hier 60 % der Kosten dieser Verbesserungen.

Auch der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wurde – nicht als Wahlkampfpaket, sondern bereits 2015 – deutlich erhöht und nach Kindern gestaffelt. Was heißt "deutlich erhöht"? Auch hierzu die konkreten Zahlen: Es erfolgte eine Erhöhung von 1.308 Euro auf 1.908 Euro. Das ist immerhin eine Erhöhung um 600 Euro. Ab dem zweiten Kind wird jeweils nochmals um 240 Euro erhöht.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auf Bundesebene treten wir nicht nur dafür ein, sondern kämpfen massiv für weitere Verbesserungen gerade beim Kinderzuschlag oder bei steuerlichen Leistungen. Damit wollen wir alleinerziehende Mütter und alleinerziehende Väter im Niedriglohnbereich besonders unterstützen und stärken.

Eine finanzielle Unterstützung ist das eine und ist wichtig, ist aber nicht alles. Die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist genannt worden. Das ist völlig richtig. Eine familienfreundlichere Arbeitswelt zu gestalten, muss unser Auftrag sein. Für Alleinerziehende ist dies eine unabdingbare Notwendigkeit. Was machen wir dafür? – Auch kein Wahlkampfpaket, sondern bereits das 4. Sonderinvestitionsprogramm, um genau diese Planungssicherheit für qualifizierte Kinderbetreuung weiterhin zu gewährleisten. Das 4. Sonderinvestitionsprogramm – Herr Kollege Vogel hat es gesagt, ich kann es nur unterstreichen – bedeutet 85 % der Investitionskosten für die Kommunen, für die Träger. Meine Damen und Herren, wenn dies keine Vorlage ist, dann weiß ich nicht, in welcher Größenordnung wir die finanzielle Grundlage für eine planungssichere Betreuung noch ansetzen sollen. In dieser Größenordnung ist das in ganz Deutschland einmalig.

Auch das, was zur weiteren engagierten Entwicklung des Erzieherberufs gesagt wurde, ist richtig. Hier kann man nicht genug machen. Was wurde auf den Weg gebracht? Was wird umgesetzt? – In den letzten zehn Jahren wurde von 39 Fachakademien auf heute 59 aufgestockt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da kann man sich doch nicht hinstellen und sagen, es werde nichts gemacht! Das ist doch nicht seriös!

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Auch das, was zum finanziellen, attraktiven Schub gesagt wurde, ist richtig. Es ist richtig, dass hier vor allem die Tarifpartner, die Tarifparteien, gefordert sind. Dennoch geht der Freistaat hier voran. Meine Ministerin hat dies im letzten Jahr durch zweimalige Darstellung deutlich gemacht. OptiPrax ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Was ist dies? Das ist eine verkürzte Ausbildung, die im Schnitt mit 900 Euro monatlich vergütet wird. Wir gehen mit diesem Modell OptiPrax nicht nur theoretisch, sondern ganz konkret voran und wünschen uns, dass die Tarifparteien nachziehen.

Die Verzahnung von Schule und Jugendhilfe, die weitere Entwicklung, auch was den Ausbau der Horte im Ganztagsbetreuungsbereich der Grundschüler angeht, ist ein weiterer wichtiger Aspekt.

Lassen Sie mich noch kurz den Gesichtspunkt der Betreuungsnetze nennen. Er wurde vollkommen zu Recht mehrfach angesprochen. Alleinerziehende Väter und alleinerziehende Mütter fühlen sich oft alleine, sie sind oft alleine. Daher muss es unser Ansatz sein, neben weiteren gesellschaftlichen Kräften wie den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden und den Kommunen diese Impulse zu geben. Was meine ich damit konkret? – Wir bilden Netzwerke. Mittlerweile haben wir 135 Familienstützpunkte vor Ort. In aller Regel sind diese Familienstützpunkte an Kindertageseinrichtungen angedockt. Jeder, der in seiner Kommune einen solchen Familienstützpunkt hat, sieht, welchen Segen diese niederschweligen Angebote gerade auch für alleinerziehende Väter und Mütter darstellen. Lassen Sie uns diese Angebote engagiert zusammen mit den Kommunen und den Trägern der Kindertagesstätten weiter ausbauen.

Das Gleiche gilt für über 180 Erziehungsberatungsstellen, die wir massiv unterstützen, oder die 124 Ehe- und Familienberatungsstellen der beiden großen christlichen Kirchen und der Wohlfahrtsverbände, wo wir unsere Mittel, Ihr Steuergeld, mit einfließen lassen.

Alleinerziehende Eltern müssen uns ein wichtiges Anliegen sein. Wir haben dieses Anliegen nicht nur fest im Blick, wir haben es nicht nur auf dem Schirm, son-

dern wir setzen alles daran, bestmöglich unsere alleinerziehenden Familien in ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen, sie anzuerkennen und ihnen großen Respekt zu zollen. Dafür lassen Sie uns gemeinsam alles Weitere tun und kämpfen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung des Feiertagsgesetzes
Festlegung des 8. November 2018 als einmaliger gesetzlicher Feiertag in Bayern anlässlich der 100. Wiederkehr des Datums der Ausrufung des Freistaates Bayern am 8. November 1918
(Drs. 17/20325)
- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit beträgt die Redezeit für die SPD-Fraktion elf Minuten. Ich eröffne die Aussprache, möchte aber gleich darauf hinweisen, dass die Uhr im Moment hängt. Das Landtagsamt stoppt deshalb die Redezeit mit. – Als Erstem erteile ich dem Kollegen Rinderspacher das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! 2018 feiern wir ein großes Jubiläum, auf das wir alle stolz sind, unabhängig davon, wo wir uns weltanschaulich verorten. Wir feiern 100 Jahre Freistaat Bayern. Der 8. November 1918 legte mit der Ausrufung des Freistaates den Grundstein für die Entwicklung Bayerns hin zu einer demokratischen, offenen und modernen Gesellschaft. Das ist ein stolzes Jubiläum. Wir, die SPD-Fraktion, schlagen deshalb vor, dass Bayern den 8. November 2018 als Tag des 100. Geburtstags unserer Demokratie als gesetzlichen Feiertag festlegt.

(Beifall bei der SPD)

Ein gesetzlicher Feiertag wird diese überragende historische Wegmarke im öffentlichen Bewusstsein stärker verankern, als es jeder noch so würdige Staatsakt zu erreichen vermag. Wir wollen, dass alle 13 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Bayern an den Demokratiefestlichkeiten aktiv teilhaben können, und nicht nur einige wenige Hundert Gäste im Münchner Nationaltheater auf Einladung des Bayerischen Ministerpräsidenten. Ein gesetzlicher Feiertag ist hierzu der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD)

Bayern first – mit Blick auf die bayerische Demokratie stimmt das. Erstmals entstand am 7./8. November 1918 auf deutschem Boden eine demokratische Republik, und das ohne blutige Gewaltanwendung. Der unabhängige Sozialdemokrat Kurt Eisner war knapp 30 Stunden vor Philipp Scheidemann derjenige, der eine Demokratie auf deutschem Boden ausgerufen hat. Philipp Scheidemann war am 9. November 1918 vor dem Deutschen Reichstag knapp 30 Stunden später dran. Die Monarchie wurde nach 738 Jahren in Bayern abgeschafft. Das Prinzip der Volkssouveränität bahnte sich den Weg. Zuvor ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen wie Arbeiter und Frauen konnten über allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlen an der Willensbildung teilhaben. Der repräsentative Parlamentarismus fand ebenso wie die Proklamation der Menschenrechte in der Ausrufung des Freistaates Bayern an diesem Tag eine entscheidende historische Wegmarke.

(Beifall bei der SPD)

Kurt Eisner verstand sich als Anwalt für die föderale Eigenständigkeit Bayerns. Er erhob für unser Land einen europäischen Anspruch als Bollwerk gegen den preußischen Militarismus und für die Aussöhnung mit den Kriegsgegnern. Viele Segnungen gab es in der Amtszeit Kurt Eisners. In den folgenden Monaten wurde der Achtstundentag eingeführt, die Arbeitslosenversicherung wurde eingeführt. Wenige Tage nach der Ausrufung des Freistaates gab es zum ersten Mal auf bayerischem Boden ein Wohlfahrtsministerium, heute würde man Sozialministerium sagen. Der Schriftsteller Heinrich Mann bewertete diese Zeit mit den Worten: Die 100 Tage der Regierung Eisners haben mehr Ideen, mehr Freuden der Vernunft, mehr Belebung der Geister gebracht als die 50 Jahre zuvor.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass die bayerische und die deutsche Demokratiegeschichte keine historische Zielgerade waren. Ganz im Gegenteil, es gab Brüche. In der Zeit ab 1933 wurde die Demokratie ins barbarische Gegenteil, in den nationalsozialistischen Totalitarismus umgedreht. Wer den 8. November 1918 in Erinnerung ruft, muss zugleich auch den 9. November 1923, den Tag des Hitler-Putsches und des Marsches auf die Münchner Feldherrnhalle, als totalitären Antipoden zum 8. November 1918 in Erinnerung rufen. Er muss auch an den 9. November 1938 erinnern, den Tag der Reichspogromnacht oder der Reichskristallnacht, die die Ideen der Eisner-Zeit ins barbarische Gegenteil, in Totalitarismus und in Menschenvernichtung umdrehte. Wenn man so will, muss man auch an den 9. Novem-

ber 1989 denken, an den Tag, an dem wir Deutsche uns mit unserer Demokratie wieder ein Stück weit veröhnten.

Wir, die sozialdemokratische Fraktion, beantragen diesen gesetzlichen Feiertag nicht um unser selbst willen, nicht deshalb, weil wir sozialdemokratische Nabelschau betreiben wollen, auch wenn es gerade Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren, die an den entscheidenden historischen Wegmarken der bayerischen Demokratie besondere Leistungen erbracht haben. Sie haben den Freistaat ausgerufen. Sie haben unsere Demokratie verteidigt, als am 29. April 1933 16 Abgeordnete der SPD heldenhaft gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz hier im Bayerischen Landtag gestimmt haben,

(Beifall bei der SPD)

während Konservative, Liberale und auch die Bauernpartei mit Hitler an diesem Tag gemeinsame Sache machten. Wir erinnern uns an Wilhelm Hoegner, den Vater der Bayerischen Verfassung, der nach zwölfjährigem Exil in der Schweiz am 6. Juni 1945 in einem amerikanischen Jeep an der Seite einer US-Majorin in seine Heimatstadt München unter Tränen, wie er in seinen Erinnerungen schrieb, wieder zurückkehrte. In seinem Säckel hatte er einen Apfel, ein Scherzl Brot und 23 voll ausformulierte Gesetzentwürfe für den Bayerischen Landtag, darunter die Bayerische Verfassung, ausformuliert in 160 Artikeln, in Gabelsberger-Stenografie niedergeschrieben. Hoegner hatte sich als Stenograf in der Schweiz regelrecht durchgeschlagen.

Es geht uns nicht darum, sozialdemokratische Geschichtsschau zu halten, auch wenn wir in besonderer Weise stolz auf diese historischen Wegmarken sind. Es geht um viel mehr. Es geht um die Identität des Freistaates Bayern, die nicht durch eine wie auch immer geartete Leitkultur geprägt ist, sondern durch ein hoffentlich gemeinsames republikanisches Bewusstsein, unabhängig davon, wie unsere religiösen Prägungen und unsere unterschiedlichen weltanschaulichen Ansichten sind, unabhängig davon, ob wir als Sozialdemokraten, Christsoziale, Freie Wähler oder Bündnisgrüne für unsere Demokratie eintreten.

Die meisten Staaten dieser Welt feiern einen Nationalfeiertag. In der UNO sind 150 Republiken organisiert, die ihren Jahrestag der Unabhängigkeit, der Wiedervereinigung oder der nationalen Revolution feiern. Es handelt sich immer um bedeutende Daten für die eigene Identität, an denen entscheidende Weichen für die weitere Entwicklung des Staates gestellt wurden. Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte traten oft

zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt ihren Siegeszug in diesen Republiken an.

Der 8. November 1918 hat für den Freistaat Bayern eine Bedeutung, die der des 14. Juli 1789 für Frankreich oder der des 4. Juli 1776 für die USA in nichts nachsteht. Bayern kennt im Besonderen zehn christliche Feiertage sowie den 1. Mai und den deutschen Nationalfeiertag am 3. Oktober, der an die deutsche Wiedervereinigung erinnert. Völlig unzweifelhaft ist, dass unsere christlichen Feiertage sowie der Tag der Arbeit und der Tag der Deutschen Einheit in Bayern identitätsstiftend wirken und daher zu Recht gewürdigt werden. Spezifisch bayerisch sind diese Feiertage jedoch nicht. Nein, sie orientieren sich vielmehr an der Feiertagssystematik auch der anderen Bundesländer.

Bis heute gibt es keinen spezifisch bayerischen Feiertag, der das freistaatlich-demokratische Selbstbewusstsein Bayerns sinnstiftend in den Mittelpunkt stellen würde. Auf meine parlamentarische Anfrage hat die Staatsregierung geantwortet, es sollte doch bitte nur nationale gesetzliche Feiertage geben. Damit bricht ausgerechnet jene Staatsregierung aus der Tradition aus, die es seit der Hoegner-Regierung 1945/1946 in Bayern gegeben hat; denn seit Kriegsende haben alle Staatsregierungen und alle Bayerischen Landtage der bayerischen Staatlichkeit eine besondere Bedeutung beigemessen und damit eine wichtige Traditionslinie der bayerischen Geschichte fortgeschrieben. Hieraus hat sich ein besonderes bayerisches Selbstbewusstsein entwickelt und bewahrt. Regierung und Parlament waren sich im Kern bis heute in der Frage von Bayerns Staatlichkeit überaus einig. Sie lässt sich in der Betonung des bayerischen Föderalismus erkennen, auch mit eigenen außenpolitischen Ambitionen, selbst wenn die Regierung und die Opposition dabei in den letzten Jahren unterschiedliche Akzente setzten.

Umso erstaunlicher ist es, dass bis heute die Grundsteinlegung für die demokratische Staatswerdung Bayerns regelrecht verschwiegen wird, anstatt sie staatlich selbstbewusst als gemeinschaftsstiftendes Freiheitsfest zu feiern, als Feiertag für uns alle im besten Sinne. Können wir es uns leisten, ausgerechnet mit dem für unser Zusammenleben zentralen Thema Demokratie so geschichtsvergessen zu sein oder uns gar in kleinkarierten, parteipolitisch motivierten Debatten zur geschichtspolitischen Deutungshoheit zu verlieren?

Nein, es ist nicht die Leitkultur, die uns in unserem Land zusammenhält, das sind auch nicht Schweinebraten oder Schäufele. Auch das Freibier macht nicht den Freistaat aus, sondern vielmehr, dass sich Demokraten aus unterschiedlichen weltanschaulichen Rich-

tungen auf Augenhöhe begegnen und dass Bürgerinnen und Bürger des Freistaats in voller Volkssouveränität die Geschicke ihres Landes in den eigenen Händen halten.

(Beifall bei der SPD)

100 Jahre nach der Ausrufung des Freistaats dürfen wir feststellen, dass wir eine institutionell gefestigte Demokratie haben, die beste Staatsordnung, die wir jemals auf bayerischem Boden hatten. Darin sind wir uns wohl alle einig. Dennoch hat es Bayern seit den Fünfzigerjahren verabsäumt, den Wert von Demokratie nicht nur als institutionellen Abwehrmodus zum Totalitarismus zu betonen, sondern auch als staatspolitischen Wert an sich herauszustellen. In den vergangenen Jahrzehnten wurden weder die großen Wegmarken der demokratischen Geschichte gebührend gefeiert noch wurde der Geburtsstunde des Freistaats an öffentlichen Orten besonderes Augenmerk geschenkt.

Die Demokratiegeschichte Bayerns spielt in den Lehrplänen an bayerischen Schulen keine angemessene Rolle. Während andere Staaten wie selbstverständlich Straßen und Plätze nach bedeutungsvollen historischen Wegmarken, Heldinnen und Helden benennen, genügt sich Bayern in auffälliger demokratieerinnerungspolitischer Zurückhaltung. Ja, Bayern ist auch heute noch monarchisch geprägt. Die Herzkammer der bayerischen Demokratie tagt in einem Maximilianeum. Die öffentlichen Räume sind geprägt von Leopoldstraßen, Luitpoldgassen und Maximilianstraßen. Wo sind eigentlich, wie beispielsweise in Frankreich, Straßen und Plätze wie die Place de la République, die an den Sturm auf die Bastille, an die Revolution und an die Demokratiewerdung erinnern?

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zum Ende. Um dieser Bedeutung für unseren Freistaat Rechnung zu tragen, sollte das Feiertagsgesetz geändert werden. Wir können uns in Bayern ökonomisch einen Freistaats-Feiertag leisten. Die Profite für das demokratisch-seelische Volkseinkommen unseres Gemeinwesens wären höher als die wirtschaftlichen Kosten. So schließe ich, mit der Bitte um Zustimmung, mit den Worten aus Kurt Eisners Freistaatsproklamation: "Jedes Menschenleben soll heilig sein! ... Es lebe die Bayerische Republik!"

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön.– Herr Kollege Westphal ist schon am Rednerpult. Ich erteile Ihnen das Wort.

Manuel Westphal (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der SPD soll der 8. November 2018 einmalig zu einem gesetzlichen Feiertag anlässlich der 100. Wiederkehr der Ausrufung des Freistaats Bayern erklärt werden. Bei der Beurteilung, ob dieser Gesetzentwurf zielführend ist, sind einige Punkte herauszuheben: Ich glaube, einiges spricht dafür, sich die Frage zu stellen, ob Einzelfeiertage auf bundesweit bedeutsame Ausnahmen beschränkt bleiben sollten, wie das etwa beim 500. Reformationstag der Fall war. Dies war ein Ereignis, das nicht nur deutschlandweite, sondern europaweite Folgen hatte. Hier gilt es, eine gewisse Abstufung zu wahren.

Außerdem können die Entwicklungen, die sich im Jahr 1918 Bahn gebrochen haben, nicht auf einen einzigen Tag und schon gar nicht auf eine einzige Person reduziert werden. Deshalb war das von der Staatsregierung entwickelte Konzept, ein Jubiläumsjahr anzusetzen, der richtige Weg. Bei diesem Konzept des Jubiläumjahres wird es eine Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungen geben, sodass sich die Bevölkerung, anders als beim Einzelfeiertag, auf verschiedene Weise einbringen und an diesen Ereignissen teilnehmen kann. Ich bin mir sicher, dass durch diese Art des Jubiläums und der Feierlichkeiten die Ereignisse historisch viel besser dargestellt und eingeordnet werden können, als dies bei einem Einzelfeiertag der Fall wäre.

Zusammenhänge, Zeitlinien und Kausalketten verständlich darzustellen und deutlich zu machen, wird durch die Vielzahl der Veranstaltungen im politischen, im gesellschaftlichen und im schulischen Bereich sicherlich besser gelingen. Ein breiter Ansatz ist besser geeignet als die Konzentration auf einen einzigen Tag, dessen Gewicht durch die zeitliche Nähe zum 9. November eingeschränkt würde. Dadurch entstünde bei der Bevölkerung eine Vermischung. Nicht zuletzt bestünde die Gefahr, dass durch einen solchen Tag die Beiträge zur Pflegeversicherung steigen könnten. Beim Reformationstag war dies ausgeschlossen worden. Auch dieser Aspekt ist hier zu diskutieren.

Aus diesen Gründen werden wir den Gesetzentwurf ablehnen. Wir werden unsere Position in den Ausschüssen ausführlich darstellen.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Das war eine traurige Rede! Das war nicht angemessen!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Herr Kollege Streibl. Sie haben das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es hier? – Es geht darum, dass wir 100 Jahre Freistaat Bayern begehen und feiern wollen. Wir wollen uns an die Demokratie in Bayern erinnern. Ob wir hierzu einen einmaligen Feiertag brauchen oder nicht, über diese Frage können wir in den Ausschüssen sprechen.

Kurt Eisner hat den Freistaat am 8. November 1918 ausgerufen. Am 13. November 1918 hat König Ludwig III. die Beamten, Soldaten und Offiziere vom Treueeid entbunden. Am 21. Februar 1919 wurde Kurt Eisner ermordet. Die kurze, junge Republik mündete dann in die Revolution in Bayern.

Am 12. Mai 1919 tagte der frisch gewählte Landtag in Bayern zum ersten Mal in Bamberg. Am 14. August 1919 hat der Landtag eine Verfassung mit 165 Stimmen gegen 3 Stimmen verabschiedet. Vielleicht sollten wir uns überlegen, den Tag zu wählen, an dem sich Bayern als verfasster Freistaat etabliert hat. Über diesen Feiertag könnten wir genauso diskutieren. Diesen müssten wir dann nur ein Jahr später feiern. Ja, es gibt etwas zu feiern. Die Fragen, wann der richtige Zeitpunkt ist, wo der richtige Ort ist und welches Ereignis herausgegriffen wird, sind jedoch noch offen. Insofern besteht viel Raum für Spekulation und zur Diskussion.

Wir können auf unsere demokratische republikanische Geschichte in Bayern zu Recht stolz sein. Sie ist jedoch kein Geschenkartikel der Geschichte. Sie musste blutig erkämpft werden. Außerdem musste Bayern die harten Zeiten des Nationalsozialismus und des totalitären Systems überstehen. Aus diesem Grund können und müssen wir viel bedenken.

Ich bin skeptisch, ob wir den 8. November als Feiertag brauchen. Das liegt vor allem an der Nähe zum 9. November, der als Schicksalstag der Deutschen gilt. Diese Ereignisse könnten miteinander vermischt werden. Deshalb wäre mir persönlich eine größere Distanz lieber. In den vergangenen 100 Jahren ist der Freistaat Bayern außerdem nicht immer Freistaat Bayern gewesen. Dazwischen gab es auch zwölf dunkle Jahre, die berücksichtigt werden müssen.

Wir können jedoch stolz auf unsere Geschichte in Bayern sein. Es ist eine altherwürdige Geschichte. Das gilt nicht nur für die republikanische Zeit, sondern auch für die Zeiten davor. Letztendlich wurde die bayerische Monarchie aus der Französischen Revolution geboren. Sie wurde im Grunde auf Napoleons Gnaden eingesetzt. Im Gefüge des Heiligen Römischen Reiches hat Bayern schon davor eine gewichtige Rolle gespielt. Die Wurzeln reichen zurück bis ins

römische Imperium. Das bedeutet, die bayerische Geschichte reicht weit zurück. Bayern war schon immer ein Land im Herzen Europas, das vielen Einflüssen ausgesetzt war. Für viele Menschen und Generationen war Bayern eine sowohl schenkende als auch empfangende Heimat. Diese Punkte müsste man viel stärker herauskristallisieren. Wir sollten feiern, dass wir ein weltoffenes Land sind. Aufgrund unserer geografischen Situation geht das auch gar nicht anders. Das hat uns alle geprägt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Insofern freue ich mich auf die Diskussionen in den Ausschüssen. Demokrit hat gesagt: "Ein Leben ohne Feste ist wie ein langer Weg ohne Einkehr." Schauen wir mal, wo wir dieses oder nächstes Jahr den Einkehrschwung machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Dürr.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zu einem geschenkten Feiertag kann man schlecht Nein sagen. Trotzdem fragt man sich bei unerwarteten Geschenken, wer wem etwas schenken will, warum und auf wessen Kosten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man wird misstrauisch, wenn es ein Missverhältnis gibt. Manchmal erscheint das Geschenk im Hinblick auf den Anlass übertrieben. Das gilt auch für Wahlgeschenke. Die SPD will die abhängig Beschäftigten in Bayern beschenken. Zwar haben wir in Bayern schon sehr viele Feiertage, aber es handelt sich um ein Einmal-Geschenk. Unserer Meinung nach hätten sich das die hart arbeitenden Menschen in Bayern wirklich verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wirtschaft boomt. Die Profite steigen. Es ist nur recht und billig, wenn auch diejenigen etwas davon hätten, die diesen Wohlstand produzieren. Angemessen ist der Anlass des Geschenks also. Der Termin stimmt ebenfalls. An dieser Stelle bin ich anderer Meinung als Herr Kollege Streibl. Das wäre ein Festtag der Demokratie. Wenn man einen Festtag für Luther übrig hat, warum nicht auch für unsere Demokratie? – Das muss man mir erst mal erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war der friedliche Teil. – Allerdings ist es äußerst fragwürdig, dass sich die SPD gleich selber feiern will.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich ausdrücklich verneint!)

– Das hast du ausdrücklich gesagt.

(Widerspruch bei der SPD)

Es ist ziemlich dreist, wenn die SPD behauptet, dass Eisner ein Sozialdemokrat war.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie verkaufen seine politischen Taten wie die Ausrufung des Freistaats und des Frauenwahlrechts in diesem Hause als Ihre eigenen Segnungen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich nicht getan!)

Eisner wollte gerade mit dieser Partei und ihren Kriegskrediten sowie ihrer Kriegspolitik nichts mehr zu tun haben. Er war schon lange in seiner eigenen Partei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ihr auch noch den Besitzanspruch auf den Begriff "Freistaat" und die Revolution selber erhebt, ist das Geschichtsfälschung. Noch am Tag vor der Revolution hat die bayerische SPD in Person von Herrn Auer der königlichen Regierung in die Hand versprochen, die Revolution zu verhindern und Eisner an die Wand zu drücken. Das habt ihr gemacht.

(Widerspruch bei der SPD – Der Redner erhebt seine Stimme)

Während eure Leute schon lange heimgegangen sind, ist Eisner weitermarschiert und hat die Revolution ausgerufen. Was haben die Sozis gefordert? – Ich zitiere: Die Niederschlagung der Erhebung durch die Regierung muss noch in dieser Nacht erfolgen. – Das ist euer Beitrag zur Revolution. Ein halbes Jahr später habt ihr das, was in München los war, selber blutig niedergeschlagen. Wenn ihr schon bei der Revolution keine entscheidende Rolle gespielt habt, dann wenigstens bei der Niederschlagung. Wie habt ihr das gemacht? – Ihr habt die Freikorps geholt. Ihr habt diese brutalen Mörder geschickt. Eure Berliner Regierung, eure Bamberger Regierung hat diese Truppen nach München geschickt und ihnen den Freibrief für den Terror erteilt.

(Widerspruch bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich mit Traditionen schmücken will, muss sich auch mit den weniger schönen Zeiten der Vergangenheit auseinandersetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich verlange von euch, euch kritisch dazu zu verhalten. Das gilt natürlich auch – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt muss ich doch einschreiten. Herr Dr. Dürr, wir sind nicht schwerhörig. Sie können ganz normal reden.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Du stehst aber nicht da, wo ich stehe. Du hörst nicht das, was die da plärren.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nein, das hören wir alle gut. Wir sollten eine Vorbildfunktion einnehmen. Oben sitzen lauter Schülerinnen und Schüler, die später einmal ins Parlament sollen.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Dann können sie gleich lernen, wie das Streiten hier geht.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ein Gruß an euch da oben: So geht es nicht immer zu!

(Allgemeine Heiterkeit)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das gilt auch für die Staatsregierung. Jede CSU-Regierung in diesem Haus hat Eisner als Inbegriff des Bösen hingestellt. Immer wieder hat sie abgestritten – ich zitiere –, dass er sich um die jetzige Staats- und Rechtsform verdient gemacht habe. Das haben Sie ihm aberkannt. Jetzt behaupten Sie auf einmal unvermittelt und ohne jede Erklärung das Gegenteil. Ich bin gespannt, was von dieser Regierung in diesem Wahljahr noch alles gewendet wird. Rasche Kehrtwenden können einen schon ins Stolpern bringen. Mancher kann einen Slapstick hinlegen, wie beispielsweise das Haus der Bayerischen Geschichte. Dieses inszeniert die Erinnerung an die Gründung des Freistaats, also die Abschaffung des Königtums, ausgerechnet als Königstraum. Darauf muss man erst mal kommen. Der König ist weg, und Sie sagen: Es lebe der König! Kurt Eisner hat das nicht verdient. Er war ein bayerischer Held. Die Staatszeitung hat recht. Er wusste damals schon, wie sich eine Demokratie entwickeln muss. Eisner hat die Republik ausgerufen. Ohne Eisner gäbe es sie nicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist kein Eisner-Feiertag, sondern ein Demokratie-Feiertag!)

60.000 Sozis unter Führung von Auer sind heimgegangen. Eisner ist in die Kasernen gegangen und hat die Leute geholt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende. Sie haben 40 Sekunden

überzogen. – Jetzt hat sich Herr Kollege Rosenthal zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Damit haben Sie zwei Minuten Redezeit gewonnen. Schnaufen Sie erst mal durch. Jetzt kommt Herr Rosenthal, bitte schön.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Georg Rosenthal (SPD): Sie haben leider das Wort nicht mehr und müssen das Schreien einstellen. Und das ist eigentlich auch ganz angenehm, glaube ich.

(Beifall bei der SPD – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Plärren tut doch ihr!)

Es gibt den Spruch: Wer schreit, hat unrecht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der ist aber falsch!)

– Der trifft voll zu. – Ich weiß nicht, welchen Geschichtsunterricht Sie wann wo genossen haben. Aber mit dem D-Zug, mit dem Sie hier soeben Geschichtsklitterung betrieben haben, werden Sie dieser Zeit nicht einmal im Ansatz gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Sie können meinem Kollegen, unserem Fraktionsvorsitzenden, nicht zugehört haben; denn er hat diese Zeit eigentlich sehr differenziert beschrieben und dabei durchaus sehr deutlich gemacht, in welcher Zeit Eisner was gefordert hat. Die Auseinandersetzung um Kriegskredite wie die Auseinandersetzung, die zur Spaltung der Partei geführt hat, und auch den Prozess, der zur Wiedervereinigung geführt hat, haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weit aus besser aufgearbeitet, als Sie es gerade eben in einer grobschlächtigen Art und Weise versucht haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich für die Art und Weise hier entschuldigen. Ich habe mit Ihnen nicht in der Gosse geknickert und möchte mich von Ihnen hier nicht duzen lassen – schon gar nicht möchte ich hier mit "ihr" und "du" angedet werden. Entschuldigung – dazwischen liegen Jahrzehnte Geschichte. Vielleicht könnten Sie sich dem Hohen Haus und der Diskussion hier anpassen, damit wir in diesem Plenarsaal in würdiger Weise über diese Zeit miteinander diskutieren könnten. Dafür wäre ich dankbar. Das erfordert eigentlich der Anstand, den Sie in Ihren nächsten Worten bringen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Also, wenn du den Unterschied zwischen "ihr" und "du" nicht kennst, tust mir leid. Ich kann ihn dir gern einmal beibringen.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

Was ich gesagt hab, hast du nicht widerlegt. Ja! Ich möchte wissen, was ich falsch gesagt habe: Auer hat dem Innenminister in die Hand versprochen, Eisner werde an die Wand gedrückt – ja? –, und er hat den Innenminister aufgefordert, die Revolution sofort niederzuschlagen, ja. Das hat Auer gemacht. Es ist doch kein Wunder, dass nach dem Attentat auf Eisner ausgerechnet auch auf Auer geschossen wurde. Das ist doch kein Zufall. Schaut's doch selber mal in den Büchern nach. Ich hab nachgeschaut.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ha? – Weilst nicht lesen kannst! Du kannst scheinbar nicht lesen. Ich hab's g'lesen. Eisner war ein großer Demokrat; er wollte neben dem Parlament die Räte als Schule der Demokratie. Er wollte den Volksentscheid als Vollendung des demokratischen Gedankens. Er war überzeugt davon – und das ist etwas, was für uns heute wichtig ist –, dass die Schäden der Demokratie nur durch mehr Demokratie überwunden werden können. Er würde uns heute gut zu Gesicht stehen, und deswegen war die Ausrufung des Freistaats eine Sternstunde unserer Demokratie, die wir mit Recht feiern können.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir können das auch mit den Sozis feiern, aber ihr müsst einfach zur Kenntnis nehmen: Die Revolution war nicht euer Werk.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: So. Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen. – Ich bitte um etwas Aufmerksamkeit. –

Nun rufe ich den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Europaangelegenheiten und Anträge, die
gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Die Nummer 17 der Anlage ist von der Abstimmung ausgenommen. Dies ist der Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte" auf Drucksache 17/18801, der auf Wunsch der SPD-Fraktion gesondert beraten werden soll. – Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktionen FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Bericht
der Enquete-Kommission "Gleichwertige
Lebensverhältnisse in ganz Bayern"
(Drs. 17/19700)**

Auf der Ehrentribüne begrüße ich die sachverständigen nichtparlamentarischen Mitglieder der Enquete-Kommission ganz herzlich, Herrn Walter Keilbart, Herrn Prof. Dr. Lothar Koppers, Frau Dr. Isabelle Kürschner, Herrn Dr. Reinhard Paesler, Herrn Roland Spiller und Herrn Dr. Detlev Sträter. Ich möchte mich im Namen des Landtages bei Ihnen ganz, ganz herzlich für Ihre außerparlamentarische Mitarbeit bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich kurz auf die Redezeiten hinweisen: Im Ältestenrat wurde eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 96 Minuten für die Aussprache zum Bericht vereinbart. Darüber hinaus erhalten die beiden Vorsitzenden jeweils 5 Minuten zusätzliche Redezeit für ihre jeweilige Berichterstattung zum Verfahren und zum Ablauf der Kommission. Beide Vorsitzenden werden ihre Berichte zu Beginn erstatten. Dann erfolgt die allgemeine Aussprache. Die Redezeit beträgt für die CSU-Fraktion 32 Minuten, für die SPD-Fraktion 24 Minuten, für die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN jeweils

20 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten Frau Stamm, Herr Felbinger und Herr Muthmann können bis zu 4 Minuten sprechen. Die Redezeit der Staatsregierung beträgt 32 Minuten.

Ich eröffne nun die Aussprache und bitte den Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Herrn Berthold Rüth, zum Mikrofon.

Berthold Rüth (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei einer Enquete-Kommission ist es Brauch, dass der Vorsitzende einen Bericht geben darf. Mir wären eigentlich zehn Minuten Redezeit zugestanden. Aber Kollege Dr. Rabenstein und ich haben diese Kommission zu einem hervorragenden Ende geführt und so gut zusammengearbeitet, dass wir gesagt haben: Wir teilen uns die Zeit; jeder darf fünf Minuten reden.

(Allgemeiner Beifall)

– Danke. – Meine Damen und Herren, am 15. September 2013 wurde die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bei einem Volksentscheid mit einer Zustimmung von über 90 % der bayerischen Wählerinnen und Wähler in den Verfassungsrang erhoben. Die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist nun als Staatsziel in der Verfassung verankert. Alle Entscheidungen der Bayerischen Staatsregierung müssen an diesem Ziel ausgerichtet sein.

Im Juli 2014 wurde auf Antrag aller Fraktionen eine Enquete-Kommission eingesetzt; dann wurde ein Katalog mit über 110 Fragen erarbeitet. Im Oktober 2014 haben wir die Arbeit aufgenommen. Nach drei Jahren und zwei Monaten intensiver Arbeit haben wir nun am 30.11. unseren Bericht ohne Gegenstimme verabschiedet – "einstimmig" kann ich nicht sagen, weil es eine Enthaltung gab. Eigentlich war der Beschluss einstimmig; zumindest gab es keine Gegenstimme.

Wir hatten 34 Sitzungen, 5 redaktionelle Sitzungen, 4 Außentermine in Niederbayern, Oberfranken, Unterfranken, im Heimatministerium. Der Kollege Rabenstein und ich waren natürlich auch mit unseren jeweiligen Fraktionen bayernweit unterwegs. Wir hatten zahlreiche Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit dem Bezirktetag, dem Landkreistag, dem Städtetag, dem Gemeindetag. Wir haben Fachgespräche mit den Jugendverbänden – die waren sehr spannend, weil es um Zukunftsthemen ging –, mit der Landwirtschaft und auch mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns geführt. Wir haben über den Tellerrand hinausgeschaut und sogar in Schweden Anregungen geholt.

Jetzt liegt ein Bericht mit 152 Seiten vor. Der Kollege Muthmann ist da; er hat einmal gesagt, er hoffe, dass am Ende mehr Personen diesen Bericht lesen, als ihn geschrieben haben. Ich denke, dass diesem Wunsch nachgekommen wird und dass es sehr, sehr viele Leser gibt; denn der Bericht ist sehr, sehr gut gelungen.

Meine Damen und Herren, abgesehen von aller kleinsten Reibereien ist alles gut, kollegial, harmonisch gelaufen. Auch ein Bericht in der Presse hat uns nicht irritiert. Wir haben die Aufgabe gemeinsam abgeschlossen, und wir haben diesen Bericht, wie gesagt, ohne Gegenstimme beschlossen.

Es gibt 120 Handlungsempfehlungen; 114 von diesen 120 Handlungsempfehlungen oder 95 % wurden einstimmig beschlossen. Bei 6 Handlungsempfehlungen gab es zum Teil abweichende Nuancen. Die Abweichungen gingen über alle Fraktionen hinweg; auch bei den Experten gab es manchmal unterschiedliche Ansätze. Trotzdem haben wir am Ende des Tages immer ein gutes Ergebnis erzielt.

Ich danke allen, die mitgewirkt haben, für ihre große Kompromissbereitschaft, und glaube, wir haben ein sehr, sehr gutes Ergebnis erzielt.

Der Bericht gliedert sich in sechs Teile: erstens das Formale, zweitens das Konzept der räumlichen Gerechtigkeit, drittens enthält er ein Set von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren, viertens die Bestandsaufnahmen und Prognosen zur Situation in Bayern, fünftens Handlungsempfehlungen und sechstens die Beantwortung des Fragenkataloges. Wir haben alle 110 Fragen ausführlich beantwortet.

Als Vorsitzender darf ich am Ende insbesondere all jenen danken, die mitgewirkt haben. Ich beginne mit meinem Stellvertreter Dr. Christoph Rabenstein. Wir haben sehr gut zusammengearbeitet. Lieber Christoph, dir vielen Dank. – Die SPD muss jetzt klatschen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr gut! – Ich danke allen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern. Ich danke den Experten – in alphabetischer Reihenfolge – Herrn Walter Keilbart, Herrn Prof. Dr. Koppers, Frau Dr. Isabelle Kürschner, Herrn Prof. Dr. Holger Magel, Herrn Prof. Dr. Manfred Miosga, Herrn Dr. Reinhard Paesler, Herrn Roland Spiller und Herrn Dr. Detlev Sträter. Herrn Spiller sage ich nochmals Danke; denn er war auch Leiter unseres Redaktionsteams. Er hat das hervorragend gemacht und ist wesentlich daran beteiligt gewesen, dass dieser Bericht so gut zustande kam.

Ich danke am Ende auch den Mitarbeitern des Landtagsamtes: Herr Julius Heigl war bis Mai 2016 für uns verantwortlich. Frau Feldmann hat ihn zwischenzeitlich vertreten. Ab August 2016 hat uns Frau Jarawan begleitet. Ich danke auch Frau Wasowski, ihrer Mitarbeiterin. Die Mitarbeiterinnen sind immer ganz besonders wichtig.

Ich danke ebenso Herrn Dr. Seitz vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat; er hat uns bestens unterstützt, hat immer Material geliefert. – Herr Dr. Seitz, vielen Dank auch Ihnen!

Ich danke allen Vertretern der Staatsregierung und ganz besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen: Herrn Bastian Sauer von der SPD, Herrn Humplmair und Herrn Schmöller von den FREIEN WÄHLERN, Frau Petersohn von den GRÜNEN und besonders auch Frau Ritthammer von der CSU. Herzlichen Dank von meiner Seite für die gute Unterstützung! Der Vollständigkeit halber nenne ich auch noch die ehemaligen, bis 2015 zuständigen Referenten: Frau Marfeld von der CSU und Herr Kohl von den GRÜNEN.

Meine Damen und Herren, wir haben interessante Erkenntnisse gewonnen. Wir werden dann in der Aussprache auf die Themen eingehen. Es war eine anstrengende, eine spannende, aber vor allen Dingen eine schöne Zeit. Ich darf nun das Wort an meinen Kollegen Dr. Christoph Rabenstein weitergeben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte schön, Herr Dr. Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den Ausführungen des Vorsitzenden nur anschließen. Auch wir Mitglieder der SPD in der Enquete, also Annette Karl, Günther Knoblauch und meine Wenigkeit, haben diese dreieinhalb Jahre zwar als sehr anstrengend empfunden – die meisten von uns haben das schließlich neben ihrer normalen parlamentarischen Arbeit gemacht, wenn ich das so ausdrücken darf –, aber ich glaube, insgesamt war unsere Arbeit zielführend und erfolgreich, und wir können froh darüber sein, dass wir heute den Bericht vorlegen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte jetzt nicht noch einmal alle erwähnen, denen bereits gedankt worden ist; ich schließe mich dem Dank natürlich voll an. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möchte ich aber schon noch einmal nennen. Gerade in der letzten Phase, bei der Bearbeitung

des Berichts, hat es doch einige Reibereien, einige heftige Diskussionen gegeben. Das ist so üblich. Ich glaube, sie haben hier bemerkenswert vermittelt, und deswegen ist dieses gute Gesamtergebnis sicherlich auch ihrer Arbeit zu verdanken. Herzlichen Dank noch einmal dafür!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich glaube, dass diese gute Arbeit auch zustande gekommen ist, weil wir nichtöffentlich getagt haben. Einerseits fehlt dadurch natürlich die Transparenz. Die Presse war nicht dabei. Dadurch war die Berichterstattung nicht so, wie sich der eine oder andere das vorgestellt hat. Auf der anderen Seite hat das aber dazu geführt, dass parteipolitische Schaufensterreden – die kennen wir schließlich auch – selten gehalten wurden. Es ging nicht um Profilierungen, sondern es ging um Themen und Inhalte, und das war letztlich auch gut so. Das hat zu einem Abschlussbericht geführt – ich habe das schon gesagt –, der sich sehen lassen kann und – wir werden das noch ausführen – der sicherlich auch Langzeitwirkungen hat und über die Grenzen Bayerns hinaus Beachtung finden wird.

Ein Wermutstropfen ganz zum Schluss – auch das möchte ich ansprechen – waren Unstimmigkeiten in den letzten zwei, drei Sitzungen. Obwohl wir den Fraktionen einen gut abgestimmten Vorschlag präsentiert haben, kamen von der Mehrheitsfraktion doch massive Änderungs- bzw. Streichungswünsche. Meiner Meinung nach war dabei der Druck aus den einzelnen Ministerien zu spüren, aber letztlich hat sich die vertrauensvolle Zusammenarbeit durchgesetzt. Auch die Experten haben dazu beigetragen, die gesagt haben: Schauen wir doch, dass wir das, was wir mühsam erarbeitet haben, auch über die letzten Hürden bringen. – Auch für diese vermittelnden Gespräche – Herr Spiller, Sie haben die Redaktionskonferenz geleitet – den Experten einen herzlichen Dank! Es war toll, dass Sie hieran mitgewirkt haben.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss gilt es nun, diese Ergebnisse unter die betroffenen Menschen zu bringen. Der Bericht sollte nicht in Schubladen landen und dort schlummern, sondern er sollte gelesen werden, über ihn sollte diskutiert werden; denn dieser Abschlussbericht ist kein abschließendes Manifest, sondern ein Papier mit Vorschlägen, Anregungen und Empfehlungen, wie sich Bayern positiv entwickeln kann – zum Wohle aller Bürger. Das war unser Ziel, und ich glaube, das haben wir weitestgehend auch erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun eröffne ich die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Rüth.

Berthold Rüth (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bayern ist ein wunderbares Land mit seinen Bergen, Seen, Flüssen und Mittelgebirgen, als Heimat, mit seiner Tradition und vor allen Dingen mit seinen Menschen. Viele Menschen kommen nach Bayern und verbinden damit die Hoffnung auf ein besseres Leben. Wir nähern uns deshalb der 13-Millionen-Einwohner-Grenze. Bayern wächst und wächst. Die Geschwindigkeit des Wachstums ist aber nicht überall gleich. In den Ballungsräumen und in den Entwicklungsachsen haben wir eine sehr hohe Dynamik, und wir müssen darauf achten, dass diese Geschwindigkeit bayernweit gleichmäßig verteilt wird. Deshalb ist es ganz besonders wichtig, dass wir und auch die Staatsregierung das Augenmerk auf die gleichwertigen Lebensbedingungen richten.

Meine Damen und Herren, gleichwertig ist aber nicht gleichartig. Es gibt unterschiedliche historische, strukturelle, kulturelle und gesellschaftliche Voraussetzungen. Die Unterschiede sind vorhanden, und es geht nicht darum, diese Unterschiede zu nivellieren, sondern es geht um eine Art gleichgestellter Verschiedenartigkeit. Ungleichheiten sind bis zu einem gewissen Grad akzeptabel, wenn trotz der Unterschiedlichkeit und Vielfalt die gleichen Chancen für individuelle Entwicklung bestehen und sich Abweichungen in einem akzeptablen Rahmen bewegen. Wenn allerdings der Rahmen überschritten oder Mindeststandards nicht erreicht werden, muss der Staat handeln.

Meine Damen und Herren, wir haben uns zu Beginn unserer Arbeit sehr lange mit der Frage auseinandergesetzt, was denn gleichwertige Lebensverhältnisse sind, wie man das definieren kann. Was ist Gleichwertigkeit? – Ich will das an einem einfachen Beispiel darstellen: Betrachten wir den ÖPNV. In einer großen Stadt fährt die U-Bahn beispielsweise alle fünf Minuten. Auf dem Land fährt beispielsweise der Bus alle 60 Minuten. Was ist nun gleichwertig? Nehme ich 60 Minuten plus fünf Minuten ist gleich 65 Minuten, geteilt durch zwei. Wäre es gerecht, wenn überall die U-Bahn bzw. der Bus nur alle 32,5 Minuten fahren würde? – Eine schwierige Frage! Man kann sie nicht mit Ja oder Nein beantworten. Als Realist weiß man natürlich, dass dies ein sehr zugespitztes Beispiel ist. In der Stadt sind die Menschen froh, dass die U-Bahn alle fünf Minuten fährt, und auf dem Land – bei mir zu Hause zumindest – sind die Menschen ebenfalls froh, dass der Bus jede Stunde fährt.

Betrachten wir das Thema Gesundheit: Braucht ein Landkreis ein Krankenhaus oder zwei Krankenhäuser? Ist es wichtig, dass man von jedem Ort im Landkreis ein Krankenhaus, vielleicht auch im nächsten Landkreis, in zwanzig Minuten mit dem ÖPNV erreichen kann? Oder gibt es gar eine Quote zum Thema Gesundheit oder Krankheit? Wäre das etwas für die Gleichwertigkeit? Sie sehen daran, wie schwer es war, diese Definition zu packen. Vor allen Dingen hat uns auch die Frage interessiert, wie man das messen kann. Aber dazu noch später.

Es gab dankenswerterweise einen Impuls unserer Experten. Sie haben das Konzept der räumlichen Gerechtigkeit entwickelt. Dieses Konzept liegt unserer gesamten Arbeit zugrunde. Die Idee dabei ist, dass der Staat nicht nur für die Grundversorgung und die Infrastruktur sorgt, sondern die Lebensverhältnisse und Bedürfnisse der Menschen in einer Region berücksichtigt. Dieses Konzept beinhaltet in der Mitte eigentlich den Staat als Gewährleister und Befähiger und die Region als Ausgestalter von Vielfalt. Der Staat setzt die Leitplanken, gibt den Rahmen vor und gibt auch Geld. Die Region hat die Verantwortung und kann vor Ort entscheiden. Das bedeutet aber auch, dass die Region in der Tat in der Lage ist, zu entscheiden und das, was sie vom Staat bekommt, praktisch umzusetzen.

Es gibt vier Dimensionen der Gerechtigkeit, einmal die Chancengerechtigkeit. Dabei geht es um das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Familie auf dem Land muss in den Fragen von Kinderkrippe, Kindergarten und Ganztagsangeboten die gleichen Chancen haben wie die Familie in der Stadt. Wenn es in der Familie vielleicht eine Oma gibt, die gepflegt werden muss, muss eine gute Pflegemöglichkeit bestehen.

Dann haben wir die Verfahrensgerechtigkeit. Da geht es um die Teilhabe und die Mitgestaltung der Menschen, und es geht um die Bürgerdialoge. Daneben gibt es das Thema der Generationengerechtigkeit. Da geht es um den fairen Ausgleich der Generationen. Es geht um die Interessen der jüngeren und der arbeitenden Bevölkerung und der älteren Menschen. Aber für die Generationen, die nach den Jüngeren kommen, dürfen keine unverantwortlichen Belastungen entstehen. Wir brauchen schließlich die Verteilungsgerechtigkeit. Da geht es um eine angemessene Grundversorgung. Es geht um die Digitalisierung, und es geht um die Mobilität.

Meine Damen und Herren, wir haben festgestellt, dass der Freistaat Bayern schon vieles geleistet hat. Ich will nur den Finanzausgleich nennen. Es gab einen Finanzausgleich, Bedarfszuweisungen und Sta-

bilisierungshilfen in Höhe von 9,5 Milliarden Euro. Es gibt Räume mit besonderem Handlungsbedarf und die Breitbandinitiative, und hierfür wurde viel Geld in die ländlichen Räume gegeben. Die ländlichen Räume konnten sich so hervorragend entwickeln.

Wir hatten das Thema Behördenverlagerung. Es gab 50 Verlagerungen mit 2.200 Beschäftigten. Bei uns zum Beispiel wurde ein Finanzamt von Nürnberg nach Obernburg verlagert. Es geht um 30 Arbeitsplätze. Das war ein sehr gutes Signal für die Region. Die Menschen freuen sich. Es entsteht Optimismus, und es entsteht Aufbruchsstimmung. Alle diese Maßnahmen haben den Vorteil, dass in den Städten wieder mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht, in den ländlichen Regionen die Kaufkraft gestärkt wird und die Verdichtungsräume insgesamt entlastet werden. Wir haben auch die Hoffnung, dass die Ansiedlung auf dem Land ein Signal für die Industrie und die Wirtschaft ist, diesem Beispiel zu folgen und auch auf das Land zu gehen.

Aber ein Fall sticht mir immer in die Augen: Ich erlebe vor Ort, dass die heimischen Banken – in Bayern gibt es ja zwei große Banken – ihre Zweigstellen schließen und ihre Automaten stilllegen. Das ist etwas, was mir natürlich nicht gut gefällt, weil da vor Ort Entscheidungen getroffen werden, die dem, was wir wollen, eigentlich zuwiderlaufen.

Meine Damen und Herren, interessant sind auch die wirtschaftlichen Unterschiede. Wir haben in Bayern eigentlich überall eine ganz ordentliche Entwicklung. Man kann das objektiv an der Arbeitslosenquote messen. Wir haben überall eine Arbeitslosenquote von unter 3 % oder von etwa 3 %. Das war früher deutlich anders. Da gab es eine sehr große Schere, und die Arbeitslosenquoten hatten zum Teil eine Differenz von 4 bis 5 %. Wir haben heute sogar einen Fachkräftemangel. Überall wird beklagt, dass wir zu wenige Fachkräfte haben. Es gibt viele Maßnahmen und viele Initiativen, beispielsweise von der Handwerkskammer das Projekt "Elternstolz", das bei jungen Menschen werben will.

Meine Damen und Herren, die entscheidende Frage ist, was für die Menschen wichtig ist, um Gleichwertigkeit zu erreichen. Es geht im Prinzip um die Themen, die die Politik momentan bestimmen. Es gibt die Themen Infrastruktur, Breitband, Mobilfunk, Mobilität, bezahlbarer Wohnraum, insbesondere für die Familien, die ärztliche Versorgung und Pflege, die Themen Arbeit, Arbeitsplätze und Bildung, die Themen Freizeit und Kultur. Das gilt nicht nur für die kleineren ländlichen Gemeinden, sondern das gilt auch für die Städte.

Wir konnten heute in der Zeitung lesen, dass es angeblich Unterschiede gibt und dass in Oberbayern das Pro-Kopf-Einkommen jährlich um 4.000 Euro höher liegt als in anderen bayerischen Gebieten. Das ist nur die halbe Wahrheit. In dieser Zahl sind auch die Zahlen von München berücksichtigt. Wenn ich München einmal außen vor lasse und ganz genau hinschaue, sehe ich auch in Oberbayern Regionen, wo die Entwicklung nicht so stattfindet, wie das heute in der Presse dargestellt wurde. Man muss auch sehen, dass man in ländlichen Räumen viel günstiger wohnen kann. Die Mieten sind günstiger. Die Gebühren für die Kindergärten sind niedriger, und auch die Gebühren für die Kinderkrippen sind niedriger. Insofern ist das Pro-Kopf-Einkommen nur eine sehr schwache Größe, um das zu messen.

Meine Damen und Herren, wichtig ist das Thema Wohnen. Wir müssen uns noch einmal ganz intensiv dem Thema Städtebauförderung und dem Thema Dorferneuerung widmen. Wir brauchen in den Ortskernen generationenübergreifende Projekte, und es geht auch darum, den Flächenverbrauch insgesamt einzudämmen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, darauf unser Augenmerk zu richten.

Bei der Mobilität geht es darum, die ÖPNV-Mittel aufzustocken, und es geht darum, die Kommunen in den strukturschwachen Gebieten zu stärken. Wir müssen die regionalen Verkehrsangebote optimieren. Wir müssen die Digitalisierung einführen. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Wir haben bei uns die Maintalbahn. Sie wurde jetzt neu ausgeschrieben, und der Zuschlag wurde wieder für neun Jahre erteilt. Die Bahn an sich ist digitalisiert; aber an den Schnittstellen mit den Bussen in die Seitentäler hinaus hat die Digitalisierung noch nicht stattgefunden. Es muss die Möglichkeit geben, die Digitalisierung zwischen der Bahn und den Bussen herzustellen. Interessant ist natürlich auch die mittlerweile erfolgte bekannte Elektrifizierungsinitiative der Staatsregierung. Auch die genannte Bahn soll in absehbarer Zeit elektrifiziert werden.

Ein mittelfristig ganz spannendes Thema ist die ärztliche Versorgung. Wir haben in Bayern die Situation, dass das Durchschnittsalter der Ärzte bei 55 Jahren liegt. Das klingt nicht ganz so dramatisch; aber 34,7 % der Ärzte sind schon 60 Jahre und älter. Irgendwann werden diese Menschen in Pension gehen, und wenn sie fehlen, hat das konkrete Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger. Dazu gibt es ein großes Maßnahmenpaket. Die Staatsregierung hat schon viel getan. Es gibt Förderprojekte. 27 Millionen Euro wurden seit 2005 aufgewendet. Für Neuansiedlungen gibt es 60.000 Euro und für Studierende vier Jahre lang 200 Euro pro Semester, wenn sie aufs Land gehen wollen. Das sind alles gute Ansätze.

Aber wir haben auf der anderen Seite die Kassenärztliche Vereinigung. Die KV ist für uns ein wichtiger Gesprächspartner, wenn es um diese Themen geht. Wir müssen dafür sorgen, dass wir mit der KV stärker ins Gespräch kommen und das, was wir vor Ort erleben, stärker einbringen; denn die Zahlen, auf denen die Berechnungen der KV aufbauen, stammen etwa aus dem Jahr 1990. Seitdem hat sich vieles verändert. Ich hoffe und wünsche mir, dass der Auftrag, alles neu zu berechnen, den der gemeinsame Bundesausschuss in Berlin bekommen hat, Früchte trägt. Für 2018 wird ja ein neues Gutachten erwartet, und ich hoffe und wünsche mir, dass wir dann günstigere Zahlen bekommen.

Meine Damen und Herren, dieses Thema ist auch für die Kommunen wichtig; denn die Gesetzesvorgaben erlauben es Kommunen auch, Gemeinschaftspraxen zu gründen. Bei uns gibt es ein Beispiel. Die Gemeinde Weilbach plant jetzt, selbst ein MVZ zu gründen. Sie hat schon konkret zwei Ärztinnen, die sie einstellen will. Sie hat mir aber gesagt, dass es noch eine Reihe von bürokratischen Hürden gibt. Wir müssen da den Gemeinden helfen und den Bürokratismus abbauen. Ganz wichtig ist auch, dass wir vor Ort Angebote haben, die die Ärzte aufs Land ziehen. Da gibt es weiche Faktoren wie Tourismus, Freizeit und vor allen Dingen auch Kinderbetreuung.

Meine Damen und Herren, wir wollen Bayern zusammen mit den Menschen weiterentwickeln. Das ist uns in der Vergangenheit sehr gut gelungen. Bayern hat sich durch das Engagement der Menschen und vieler Unternehmen von einem Agrarstaat zu einem High-techstandort und zu einer Zukunftsregion entwickelt. Daran wollen wir weiterarbeiten. Wir möchten deshalb vieles von dem, was wir Ihnen heute in unserem Vorschlag darstellen, in die Realität umsetzen. Wir sind auch der Meinung, dass wir das, was wir Ihnen vorschlagen oder was Sie im Bericht lesen können, parlamentarisch verankern müssen bzw. verankern wollen. Wir denken beispielsweise an einen eigenen Heimatausschuss oder daran, dass wir das Thema zumindest in einem Ausschuss stärker platzieren könnten, weil es als Querschnittsaufgabe parlamentarisch viel stärker verankert werden muss. Wir glauben auch, dass die Wissensbasis insgesamt verbreitert werden muss. Es gibt schon viele Forschungsergebnisse; aber wir glauben, dass noch vieles zu tun ist.

Was wir auch brauchen, ist ein Monitoringsystem, das misst, wie sich das Land entwickelt. Es gibt viele Kenngrößen, die man messen kann. Aber es hat keinen Sinn, die Größe jetzt zu messen. Sie muss über einen längeren Zeitraum gemessen werden, damit man sehen kann, wie sich ein Landesteil entwickelt.

Von daher glauben wir schon, dass es sinnvoll ist, ein solches Monitoringsystem aufzubauen.

Meine Damen und Herren, es liegt an uns, die Handlungsempfehlungen, die im Bericht stehen, in die Realität umzusetzen und in parlamentarische Initiativen einzubringen. Wir sind dazu bereit und möchten mit Ihnen gemeinsam die Zukunft Bayerns gestalten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche meinen Nachrednern alles Gute.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Rüth. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Rabenstein. Bitte schön.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den drei Jahren, in denen die Enquete-Kommission getagt hat, viele Besichtigungen in Bayern durchgeführt. Dabei hat sich überall gezeigt: Bayern ist ein großartiges Land. Wir können alle miteinander stolz sein auf dieses einzigartige Bundesland.

Wir waren in Niederbayern: im wunderschönen Landkreis Freyung-Grafenau und in Passau. Wir waren in meiner Heimat, im Fichtelgebirge, und wir waren in Unterfranken: in Aschaffenburg und im Landkreis Miltenberg, wo es dem Vorsitzenden sehr gut gefällt.

Überall trafen wir auf beeindruckende Landschaften mit lokalen Spezialitäten und Menschen, die sich im Ehrenamt oder hauptberuflich engagieren. Dieses schöne Bayern – das möchte ich an dieser Stelle sagen – ist nicht etwa eine Erfindung der CSU. Nicht sie hat die Zugspitze aufgetürmt oder die oberbayerischen Seen geschaffen und ist allein stolz auf Bayern. Vielmehr sind auch wir Sozialdemokraten stolz auf dieses Bayern und auf all seine Schönheiten.

(Beifall bei der SPD)

Wer das nicht glaubt, dem möchte ich sagen: Schon Wilhelm Hoegner hat sich in diesem Sinne für Bayern eingesetzt. Man spürt es an vielen Stellen in der Bayerischen Verfassung. Er hat einmal geäußert – ich zitiere –: "Mit Tausenden der Besten unseres Volkes werde ich weiterkämpfen für die Rettung unserer Heimat, so lange ich lebe." So Wilhelm Hoegner.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Bayern geht es vor allem wirtschaftlich gut. Wir haben aber auch festgestellt: Es geht nicht allen Orten gleich gut; es gibt sogar ausgesprochene Problemregionen.

Noch etwas fällt auf: Es gibt das Bayern der unterschiedlichen Geschwindigkeiten mit all seinen Vor- und Nachteilen. Darauf müssen wir reagieren. Wie wirkt sich der demografische Faktor aus? Wie gehen wir mit einer älter werdenden Gesellschaft um? Was machen wir, wenn sich die Infrastrukturen verschlechtern, wenn die Post, die Bank, die Läden oder auch die Gaststätten dichtmachen?

Diese Fragen müssen wir ernst nehmen und die einzelnen Defizite ansprechen – das möchte ich ausdrücklich betonen, und zwar mit einer positiven Einstellung zu Bayern – sowie problematische Entwicklungen benennen.

(Beifall bei der SPD)

Herr König, damit wollen wir nicht etwa eine Region schlechtreden, wie ein häufiges Totschlagargument lautet, sondern wir wollen den Menschen vor Ort helfen, dass sie sich in ihrer Heimat wohlfühlen und nicht wegziehen. Das ist das Entscheidende!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Umsetzung des Verfassungsziels der Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern – das war und ist das Hauptanliegen der Enquete-Kommission. Wir haben Lösungen aufgezeigt, die in die Zukunft gerichtet sind und Substanz haben, von denen wir nach drei Jahren Enquete-Kommission sagen können: Die Arbeit hat sich wirklich gelohnt.

(Beifall bei der SPD)

2010 wurde von Ministerpräsident Seehofer der sogenannte Zukunftsrat einberufen. Dabei ging es um die Frage, wie sich Bayern weiter entwickeln soll. Es wurden umfangreiche Berichte herausgegeben. In den Bereichen Wissenschaft, Bildung und Familie haben sie durchaus gute Ansätze gezeigt, aber im Zusammenhang mit den Vorschlägen zum Thema Infrastruktur hat es massive Kritik gegeben.

Die Mitglieder des Zukunftsrates – übrigens 17 Männer und 5 Frauen – empfahlen, das wirtschaftliche Leben auf die Ballungszentren zu konzentrieren. Der ländliche Raum, so heißt es wörtlich, habe "eine eher noch zunehmende Bedeutung als natürlicher Erholungsraum für die urbanen ... Wirtschaftszentren", also anders ausgedrückt: Die Großstädter können dort Urlaub machen.

Dann kam es noch besser: Teile Niederbayerns – die Region Passau – und Teile Oberfrankens – da ist der Raum Hof gemeint – sollten nicht weiter gefördert

werden; sie sollen sich vielmehr Richtung Österreich und Richtung Sachsen orientieren.

(Zuruf von der SPD: Niemals!)

Meine Damen und Herren, das hätte eine falsche Entwicklung eingeleitet. Gedacht war dabei nur an die wirtschaftliche Entwicklung. Das Land Bayern wurde quasi als Bayern AG betrachtet. Ein Land ist jedoch kein Industriebetrieb, und Menschen sind keine Produktionsfaktoren.

Der Bericht der Enquete-Kommission ist insofern ein deutlicher Gegenentwurf zu den Vorstellungen des Zukunftsrates. Und das ist gut so! Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern, in Stadt und Land. Das ist die richtige Herausforderung für die Zukunft. Noch einmal: Natürlich soll die Wirtschaft prosperieren – es geht jedoch nicht um Gewinnmaximierung um jeden Preis, es geht nicht um Shareholder Value, sondern es geht darum, den Menschen in jeder Region gerecht zu werden. Letztlich geht es um räumliche Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Begriff der räumlichen Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt des ersten inhaltlichen Teils des Abschlussberichts. Er wurde in den ersten Sitzungen ausführlich diskutiert. Hier haben die Experten der Kommission, allen voran Prof. Dr. Holger Magel, hohe Verdienste erworben.

Ich verweise auf die Studie, die wir – mit Prof. Dr. Koppers, Prof. Dr. Miosga, Dr. Sträter und Dr. Höcht – erstellt haben. Darin wurde der Begriff der räumlichen Gerechtigkeit vertieft und auf dieser Grundlage die Herstellung von gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern entwickelt. Für unsere Arbeit war diese Konzeption sehr viel wert; deshalb an dieser Stelle noch einmal einen herzlichen Dank an die genannten Experten.

(Beifall bei der SPD)

Die einzelnen Dimensionen sind bereits aufgezählt worden, ich möchte sie nicht wiederholen. Die räumliche Gerechtigkeit bietet quasi den geistigen Überbau, von dem sich die entsprechenden Handlungsempfehlungen ableiten. Dass dieser Begriff derart in den Mittelpunkt gestellt wird, bedeutet Neuland und zeichnet die Arbeit der Kommission aus.

In dem Begriff "räumliche Gerechtigkeit" steckt auch das Wort "Recht". Der ländliche Raum hat quasi ein Recht auf Entwicklung und ist nicht auf Almosen angewiesen. Das ist die Philosophie der räumlichen Gerechtigkeit, und das ist die richtige Antwort.

(Beifall bei der SPD)

Erst dann, wenn man dieses räumliche Konzept im Hinterkopf hat, kann man überzeugend begründen, warum benachteiligte Regionen besonders gefördert werden sollen oder warum beispielsweise der ÖPNV ausgebaut werden soll, auch wenn dafür einige Mittel in die Hand genommen werden müssen. Erst dann kann man sagen, warum auch der letzte Weiler, der zurzeit noch schlecht versorgt ist, mit schnellem Internet angebunden und versorgt werden muss und warum wir auch eine funktionierende ärztliche Versorgung im ländlichen Raum brauchen.

Noch einmal: All das ist nicht zum Nulltarif zu haben; das muss jedem klar sein. Der ländliche Raum muss uns das aber wert sein.

(Beifall bei der SPD)

Im Zusammenhang mit der räumlichen Gerechtigkeit liegt, wie übrigens im gesamten Bericht der Enquete-Kommission, der Fokus auf dem ländlichen Raum. Das heißt aber nicht, dass wir die großen Städte und Ballungsräume außen vor lassen; denn eine Stärkung des ländlichen Raums schwächt die Ballungsräume gerade nicht – ganz im Gegenteil. Viele Probleme in den großen Städten wie Immobilienpreise, teurer Wohnraum, Verkehrsinfrastruktur, Umweltprobleme usw. lassen sich so zumindest abfedern.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass mehr Menschen auch in attraktive ländliche Gemeinden ziehen bzw. nicht von dort in die Städte flüchten. Wir müssen zudem dafür sorgen, dass die Arbeit zu den Menschen gebracht wird und nicht umgekehrt, so wie es der Zukunftsrat mit den Pendlern vorgesehen hat. Arbeit zu den Menschen, das muss unser Motto sein!

(Beifall bei der SPD)

Was schlägt nun der Bericht der Enquete-Kommission im Einzelnen vor? – Zunächst sind wir auf die Indikatoren eingegangen, wie sich gleichwertige Lebensverhältnisse messen lassen und wie auf dieser Basis entsprechendes Handeln begründet werden kann. Nach langer Diskussion haben wir uns auf 50 Indikatoren geeinigt. Wir haben aber auch festgestellt, dass bei der Messbarkeit große Defizite bestehen. Das Bruttoinlandsprodukt zu messen, mag einfach sein, beim Thema Erreichbarkeit von Grundschulen mit dem ÖPNV gibt es schon große Probleme. Hier muss noch nachgebessert werden.

In unserem Bericht spielt die folgende Bestandsaufnahme deshalb nur eine untergeordnete Rolle. Sie stellt nur einen exemplarischen Teilausschnitt dar. Es wird aber auch in diesem Kapitel deutlich, dass Hand-

lungsbedarf besteht. In vielen Bereichen, die auch schon im Sozialbericht angesprochen worden sind, existieren deutliche Defizite. Die dann formulierten Handlungsempfehlungen und die Beantwortung der Fragen in Kapitel 6 bilden diejenigen Vorschläge, die wir vor Ort umsetzen können.

Dieser Abschnitt ist sehr umfangreich. Das hängt auch damit zusammen, dass die Strukturen in Bayern sehr unterschiedlich sind. Was in der einen Region wichtig ist, spielt in der anderen keine Rolle. Die Handlungsempfehlungen sind deswegen auch eher eine Art Werkzeugkasten, aus dem sich jede Region das Instrument herausnehmen kann, das für die Lösung der Probleme vor Ort geeignet ist. Die Beteiligten vor Ort – ich werde darauf noch zu sprechen kommen – sind deshalb auch so wichtig.

Zunächst nur zu einigen Handlungsempfehlungen, mein Kollege Günther Knoblauch wird dann noch auf andere eingehen: Es geht bei allen Kommunen, die wir besucht haben, natürlich um die kommunale Finanzausstattung. Hier wird festgestellt, dass die vorgenommene strikte Aufteilung zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen überprüft werden muss. Der Bürger erwartet nämlich, dass vieles, was jetzt freiwillige Leistung ist, etwa Sport- und Freizeitangebote, bereitgestellt wird. Er empfindet das quasi als Pflichtaufgabe. Deswegen soll das auch finanziell entsprechend unterstützt werden. Insbesondere, so der Bericht, ist der allgemeine ÖPNV als Pflichtaufgabe der Kommunen aufzunehmen und mit entsprechenden Mitteln auszustatten. Das ist für mich ein ganz wichtiger und entscheidender Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Einer der wenigen Punkte, bei denen wir keinen Konsens erzielen konnten, war die Forderung, den Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund schrittweise anzuheben. SPD, FREIE WÄHLER und GRÜNE glauben aber nach wie vor, dass dies die Kommunen stärken würde. Die CSU ist für eine Streichung dieser Handlungsempfehlung. Wir wurden hier übrigens von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützt, die auch für eine Anhebung plädieren. Wir haben Vertreter des Städte- und des Gemeindetages sowie der Landkreise und Bezirke im Oktober 2017 zu unseren Sitzungen eingeladen. Diese Vertreter haben ihre Positionen dargelegt. Auch das findet sich im Bericht.

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass sich die Kommunen insbesondere bei den freiwilligen Aufgaben mehr Gestaltungsspielraum wünschen. Ausführlich wurde über das Thema kommunaler Finanzausgleich und über die Förderprogramme diskutiert. Die

Spitzenverbände haben ausführliche schriftliche Stellungnahmen eingebracht. Ich betone das deshalb so ausdrücklich, weil es mir wichtig erscheint zu erwähnen, dass wir in unseren Sitzungen mit den jeweiligen externen Experten diskutiert und gemeinsame Konzepte entwickelt haben. Das gilt auch für viele weitere Themen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Wir haben die Jugendverbände in den Landtag eingeladen, mit den Ärztevertretern gesprochen und mit den Tourismusexperten Debatten geführt. Die Ergebnisse finden sich in Kapitel 6. Sie stellen eine Vertiefung der Handlungsempfehlungen dar.

Ich möchte jetzt nicht auf weitere Handlungsempfehlungen eingehen. Diese können nachgelesen werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was mir aber besonders wichtig ist: Die betroffenen Bürger vor Ort sollen bei der Umsetzung der Ergebnisse eingebunden werden. Die Hauptamtlichen in den Kommunen, die Ehrenamtlichen in den Verbänden und auch die, ich möchte es einmal so ausdrücken, ganz normalen Bürger wissen am besten, was vor Ort geplant und umgesetzt werden kann. Wie wir auf Fränkisch sagen würden, ist nicht Top-down, sondern Bottom-up das Prinzip des Prozessablaufs. Top-down, Bottom-up – das sind so schöne Ausdrücke.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wir haben hier bei Flurneuordnung und Dorferneuerung gute Beispiele gesammelt. Vom Amt für Ländliche Entwicklung wurde nach diesem Prinzip verfahren. Dabei hat auch unser Enquete-Experte Roland Spiller, Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Niederbayern, wichtige Impulse eingebracht. Das ist wichtig: den Betroffenen vor Ort nicht von oben herab zu sagen, was notwendig ist, sondern sie einzubinden. Das ist das Prinzip der Verfahrensgerechtigkeit, das wir auch untersucht und mit auf den Weg gebracht haben.

Ich glaube, wenn wir die Ergebnisse der dreijährigen Arbeit der Kommission insgesamt anschauen, können wir sagen, dass hier wichtige Impulse für die weitere Entwicklung gegeben und formuliert worden sind. Dieser Bericht enthält vor allem Empfehlungen, die über den Tag und über diese Legislaturperiode, die nicht mehr allzu lange währt, hinausreichen und die auch in der nächsten Legislaturperiode noch Anregungen geben werden.

Es ist auch schon gesagt worden, dass wir schauen müssen, diese Empfehlungen parlamentarisch zu verankern. Außerdem müssen wir auch die Forschung zur räumlichen Gerechtigkeit weiter vorantreiben.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss: Seit neun Jahren haben wir wirtschaftliche Prosperität, die aber auch hier in Bayern nicht ewig anhalten wird. Wir müssen deswegen jetzt Akzente setzen, jetzt – in der Zeit, in der es uns wirtschaftlich gut geht!

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Ich möchte auch noch erwähnen: Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission ist sicherlich auch für andere Bundesländer und für Deutschland insgesamt von großer Bedeutung. Diese Empfehlungen sind auch für die neuen Bundesländer, in denen es im ländlichen Raum noch viel größere Probleme gibt als bei uns, von Bedeutung. Es heißt auch im neuesten Sondierungsprogramm:

Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse ... im ländlichen Raum in Ost und West. ... Wir werden Strukturschwächen im ländlichen Raum in Regionen, Städten und Kommunen in allen Bundesländern bekämpfen, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. ... Eine Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" soll hierzu konkrete Vorschläge erarbeiten.

Das ist der Text der Sondierungsgespräche. Da kann ich nur sagen: Bayern ist hier im wahrsten Sinne des Wortes der Zeit voraus.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Wie immer!)

Aber ich füge hinzu: dank der SPD; denn wir haben den Gesetzentwurf eingebracht, der gleichwertige Lebensverhältnisse in der Verfassung verankert. Es war unsere Initiative zu einer Enquete-Kommission, die dann dankenswerterweise von allen Parteien unterstützt wurde. Wir Sozialdemokraten in Bayern werden mit dafür sorgen und kämpfen, dass sich unser Bundesland zum Wohle der Bevölkerung in allen Landesteilen gut entwickelt.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

So wie wir hier in der Enquete-Kommission über die Parteigrenzen hinweg gut zusammengearbeitet haben, sollten wir auch weiterhin beim Thema "Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen" hier im Parlament an einem Strang ziehen; denn es geht um die Sache, nicht um irgendwelches parteipolitisches Hin und Her. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Dr. Rabenstein. – Unser nächster Redner ist der Kollege Hanisch. Bitte schön, Herr Hanisch.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" ist fertiggestellt und wurde heute der Presse vorgestellt. Wir werden ihn jetzt diskutieren und in den kommenden Wochen und Monaten – so hoffe ich zumindest – noch einiges zu besprechen und zu beraten haben.

Meine Damen und Herren, ich darf mich zu Beginn meiner Ausführungen ganz herzlich bei allen bedanken, die mitgewirkt haben. Es war sicherlich keine leichte Aufgabe, und manch einer in diesem Gremium ist über seinen Schatten gesprungen. Selbst wenn es zum Schluss mal so ausgesehen hat, als ob keine Einstimmigkeit zustande kommen sollte, ist dieser Bericht letztlich doch ohne Gegenstimmen so beschlossen worden. Ich glaube, das ist ein Zeichen, dass wir dieses Thema ernst genommen haben und dass alle Parteien bereit waren, miteinander zur Lösung dieses Problems beizutragen und gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu erreichen. Das ist wirklich ein hehres Ziel, wofür es sich lohnt zu kämpfen. Wir FREIE WÄHLER haben unseren Beitrag schon zu Beginn geleistet, als wir einen Gesetzentwurf für gleichwertige Lebensverhältnisse eingereicht haben und ihn dann wieder zurückgenommen haben, als wir gesehen haben, dass sich hier ein interfraktioneller Antrag abzeichnet. Im Rahmen des Volksbegehrens wurde der Grundsatz "Gleichwertige Lebensverhältnisse" mit einigen anderen Änderungen in die Bayerische Verfassung aufgenommen.

Meine Damen und Herren, ich denke daran, wie ein Zukunftsrat oder Rat der Weisen – es ist noch nicht so lange her, wie es vorhin hier in diesen Reihen behauptet wurde; es war in der letzten Legislaturperiode – ganz eigenartige Empfehlungen gegeben hat, wie Bayern in Zukunft aussehen soll. Im Gegensatz zu diesem Bericht und zu diesen Ergebnissen haben wir, so glaube ich, einen vernünftigen Vorschlag gemacht, um wenigstens schrittweise zu erreichen, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern in die Tat umgesetzt werden können. Ich bin überzeugt davon: Wenn wir ehrlich daran arbeiten, werden wir das erreichen, selbst wenn immer noch sechs Punkte mehr oder weniger strittig sind, darunter einer der wichtigsten Punkte, die man in solchen Diskussionen haben kann, nämlich der finanzielle Aspekt. Wir glauben, dass der Finanzausgleich deutlich überarbeitet werden muss, um letztlich gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen.

Meine Damen und Herren, Danke an alle, die mitgewirkt haben, auch an die Experten und all die Stellen, die uns beraten und uns geholfen haben, ohne deren Mitwirkung dieser Bericht wohl nicht in dieser Form möglich gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern ist ein Bundesland mit höchst unterschiedlichen Regionen, mit verschiedenen Gebieten, Städten und Dörfern, verschiedenen Mundarten und Traditionen, Prägungen und Erfahrungen. Gerade in einem solch großen, heterogenen Bundesland wie Bayern das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen auf Verfassungsrang zu heben, ist mutig, fordert uns alle aber gleichzeitig auf, entsprechend zu handeln. Meine Damen und Herren, wir wissen, dass diese gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern in manchen Bereichen im Argen liegen. Wenn wir sehen, was die Bevölkerungsvorausrechnungen manchen Regierungsbezirken prognostizieren, nämlich schwindende Einwohnerzahlen und ein Anwachsen der Zahl der leerstehenden Häuser, dann, glaube ich, muss dem entgegengearbeitet und entgegengewirkt werden.

Die Breitbandversorgung nimmt in unserem Abschlussbericht breiten Raum ein. Wenn wir das anschauen und sehen, dass die Großstädte da wesentlich besser versorgt sind als der ländliche Raum, dann muss uns das regelrecht zum Handeln auffordern, meine Damen und Herren. Da müssen wir auch bereit sein, unsere Zuschussrichtlinien zu ändern. Wir haben sie in einigen Bereichen geändert, und zwar dort, wo es um die Grenzbereiche entlang zu Tschechien geht. Da haben wir solche Änderungen. Aber grundsätzlich muss es möglich sein, dass jede Kommune heute mit mindestens 100 Mbit/s versorgt ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Alles andere darunter ist nicht mehr zeitgemäß. Wenn wir heute noch bei Zuschüssen, wo die EG mit dabei ist, von 30 Mbit/s sprechen, meine Damen und Herren, dann ist das Schnee von gestern und eine Zumutung für unseren ländlichen Raum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Trotzdem sind manche Gemeinden darauf angewiesen, diese Zuschüsse zu beantragen. Meine Damen und Herren, wir brauchen eine leistungsstarke Breitbandversorgung.

Wir brauchen aber auch eine gute ärztliche Versorgung, eine Pflegeversorgung, bei der wir wissen, dass auf dem Land ähnliche, gleichwertige Lebensverhältnisse wie in den Städten herrschen. Wir brauchen

eine flächendeckende ärztliche Versorgung, auch wenn wir ein System einführen müssen, mit dem wir jungen Ärzten, die bereit sind, auf das Land rauszugehen, Zuschüsse für die Einrichtung einer Praxis geben, und mit dem wir Rücksicht auf Studenten nehmen, die bereit sind, hinterher in die Fläche, auf das flache Land rauszugehen.

Meine Damen und Herren, all das sind Punkte, die wir diskutiert und erörtert haben und wo wir glauben, dass noch einiges getan werden muss. Gute Bildungsangebote, wohnortnahe Schulen, starke, lebenswerte ländliche Regionen – das ist es, wofür wir eintreten, wofür wir mit Überzeugung kämpfen können und müssen. Meine Damen und Herren, "Hochschule im ländlichen Raum" wird seit einigen Jahren praktiziert; aber ich kann mich noch an eine Zeit erinnern, als es geheißen hat, da mischt sich der Freistaat Bayern nicht ein, das überlassen wir den Hochschulen draußen. – Ich schaue auf die FH in Deggendorf, die weit über Niederbayern hinaus positive Auswirkungen zeigt. Dies wird letztlich auch darin münden, dass im Rahmen des dualen Studiums die Menschen, die dort studieren und in einem Betrieb arbeiten, in der Regel in diesem Betrieb bleiben werden, in unserem ländlichen Raum bleiben werden. Das ist es, was wir brauchen. Das ist es, was die Lebensqualität in diesen ländlichen Räumen ausmacht. Auch das zeigt dieser Bericht in sehr eindeutiger und starker Form.

Meine Damen und Herren, der ÖPNV ist halt nicht überall in der Stadt und nicht überall im ländlichen Raum gleich. Das ist von meinen Vorrednern schon angesprochen worden. Im ländlichen Raum hat man oft eine Stundentaktung, meine Damen und Herren. Wir haben aber auch Regionen in unserem Raum, wo keine Stundentaktung gegeben ist und man nur zweimal am Tag in die Kreisstadt kommt. Meine Damen und Herren, da muss etwas geändert werden. Es gibt gute Ansätze. Es gibt Lösungsvorschläge. Aber dafür muss auch das Geld da sein. Da müssen wir eben mehr Gelder aus dem Kfz-Steuerverbund an die Kommunen weitergeben, damit hier einigermaßen gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir waren uns auch einig, dass wir die freiwilligen und die Pflichtleistungen der Kommunen in unserer Gemeindeordnung überarbeiten müssen und hier Änderungen notwendig sind. Auch das wird uns in den nächsten Monaten und Jahren beschäftigen. Meine Damen und Herren, diese Enquete-Kommission wurde ins Leben gerufen – wir kannten diese Probleme schon vorher im großen Rahmen –, um dieser wichtigen Querschnittsaufgabe gerecht zu werden

und diese nicht aufgrund tagespolitischer Auseinandersetzungen und Streitereien aus den Augen zu verlieren.

Für uns FREIE WÄHLER steht fest: Bayern muss lebenswerte Heimat sein und lebenswerte Heimat bleiben, vom Untermain bis zum Königssee, vom Bayerischen Wald bis zum Allgäu. Das gelingt nur durch die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in unserem Freistaat Bayern. Ungleiche Lebensverhältnisse haben dazu geführt, dass wir in Bayern eine Binnenwanderung erleben, ein Land-Stadt-Gefälle. Der ländliche Bereich verliert, die Stadt gewinnt.

Meine Damen und Herren, diese Zuwanderungen und Abwanderungen stellen sowohl die Gewinner als auch die Verlierer vor riesengroße Probleme. Diese Probleme gilt es zu verhindern bzw. zu vermeiden. Auch dafür werden in dem Enquete-Bericht vernünftige Lösungen aufgezeigt.

Uns FREIEN WÄHLERN war in den Beratungen der Enquete-Kommission wichtig, dass nicht nur blumige Forderungen und Empfehlungen in den Abschlussbericht, der nun vorliegt, einfließen, welche sich nicht sonderlich von den bereits erwähnten Tagesordnungspunkten unterscheiden. Klar sind Forderungen wie die nach Bereithaltung eines möglichst wohnortnahen Grundschulangebots oder nach bedarfsgerechten Investitionen in den ÖPNV auch in unseren Augen wichtig und richtig; doch können diese allein keine gleichwertigen Lebensverhältnisse herbeiführen. Es geht also darum, das große Ganze im Blick zu behalten. Leidenschaftlich wurde daher in der Enquete-Kommission diskutiert, wie diese am besten erreichbar wären.

Nochmals zurück zur Begrifflichkeit: Was bedeuten Worte wie "wohnortnah" oder "bedarfsgerecht" eigentlich? Handelt es sich um Wörter mit Gehalt, oder sind es vielmehr politische Begriffe? Was nutzen uns solche Begriffe also in der Diskussion um gleichwertige Lebensverhältnisse?

Wie sich mit Blick auf die im Abschlussbericht enthaltenen Handlungsempfehlungen zeigt, sind diese zwar nicht zu vernachlässigen, können jedoch erst in Kombination mit einem weiteren Aspekt voll zur Wirkung und zur Geltung kommen. Deshalb haben wir, die FREIEN WÄHLER, vehement um die Entwicklung eines Indikatorensystems gerungen, mit dem man den Begriff "Gleichwertigkeit" messen, aber auch sichtbar machen kann.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Erreichung des Ziels der Gleichwertigkeit immer wieder auf den Prüfstand stellen. Die Festschreibung dieses Ziels müssen wir immer zum Anlass nehmen, um festzu-

stellen, wie weit wir mit den Punkten, die wir ändern wollen, gekommen sind. Wenn ich hierfür kein Indikatorensystem habe, dann werde ich weder Fortschritte verzeichnen noch Rückschritte messen können. Wir haben das Indikatorensystem im Bericht festgehalten. Wir meinen, dass zumindest zweimal in einer Legislaturperiode ein Bericht gegeben werden muss, damit wir sehen, was sich gebessert hat. Anhand der Zahlen können wir vergleichen, was sich getan hat: Ist zum Beispiel die ärztliche Versorgung um 10 Ärzte je 100.000 Einwohner im ländlichen Raum besser geworden – was uns nicht viel weiterhelfen würde –, oder sind es 50 oder 100 geworden? All diese Zahlen müssen wir vergleichen. Nur dadurch werden wir in der Zukunft messen können, ob wir die Kriterien, die wir ja auch an uns selbst stellen, einhalten und die Ziele zum Wohle Bayerns realisieren. Wir sind der festen Überzeugung, dass ein Indikatorensystem, wie es in den Schlussbericht Eingang gefunden hat, für Bayern ein großer Schritt in Richtung gleichwertige Lebensverhältnisse ist.

Gemeinsam mit den Experten der Enquete-Kommission, denen ich ebenfalls für ihr intensives Engagement danken möchte, haben wir zahlreiche Indikatoren anhand von vier Gerechtigkeitsdimensionen festgelegt:

Zum Ersten geht es um die Verteilungsgerechtigkeit, das heißt um die Verteilung der Mittel, die der Freistaat Bayern zur Verfügung hat. Zum Zweiten geht es um die Verfahrensgerechtigkeit: Passen die Verfahren, die wir haben? Müssen wir die Stellschrauben ändern? Was ist zu tun? Die dritte Gerechtigkeitsdimension umfasst die Chancengerechtigkeit, die vierte die Generationengerechtigkeit. All diese Dimensionen müssen wir beachten.

Durch diese Indikatoren wird es möglich, sich auf der Basis erhobener Daten ein Bild zu verschaffen und, darauf aufbauend, konkretes Handeln einzuleiten.

Auffällige Indikatorenwerte sollen uns zeigen, wenn etwas in einem bestimmten Gebiet in Schiefelage geraten ist, damit wir dann zielorientiert konkrete Schritte einleiten können. Ich möchte dies an einem kleinen Beispiel verdeutlichen: Nehmen wir den Indikatorenwert Kitaplätze, welcher unter die Dimension der Verteilungsgerechtigkeit fällt. Würde die Zahl der Kitaplätze pro Einwohner im Erhebungsraum unter einen Wert X fallen, würde dies schwarz auf weiß aufzeigen, dass Handlungsbedarf besteht. Wenn diese Zahlen positiv sind, dann können wir erkennen, dass wir das, was wir wollten, erreicht haben. Genauer gesagt handelt es sich hierbei um eine Art Frühwarnsystem, da diese Daten in regelmäßigen Zeitabständen erhoben, ausgewertet und interpretiert werden sollen. Somit

können Problemlagen schneller erkannt und entschärft werden. Insgesamt haben wir 43 solcher Indikatoren in das System übernommen, welche von sozialer Infrastruktur über Wirtschaft und Gesundheitsversorgung bis hin zum kulturellen Angebot weite Bereiche abdecken.

Was ist das Besondere an diesem System? – Es ist kein starres System. Die Regionen können eigene Schwerpunkte bei der Heranziehung von Indikatoren setzen. Somit werden die Regionen vergleichbarer, und innerhalb der Regionen ist der Vergleich ebenfalls wesentlich besser als bisher möglich.

Wir können zu Recht behaupten, der Öffentlichkeit mit diesem Abschlussbericht ein Werk zu präsentieren, das genügend Anknüpfungspunkte für die in der Politik Handelnden enthält, um in Sachen Gleichwertigkeit voranzukommen.

Aufbauend auf den Erkenntnissen aus den Kommissionssitzungen kündige ich die rasche parlamentarische Umsetzung an, um nun auch die Staatsregierung in dieser Sache anzutreiben. Von Arbeitspolitik über Finanzpolitik bis hin zur Landwirtschaft – wir wollen die Staatsregierung in die Pflicht nehmen, um tatsächlich Verbesserungen im Freistaat zu erreichen. Auf die Debatten hier im Landtag sind wir schon gespannt.

Ich darf ankündigen, dass wir ein Paket mit 20 Anträgen relativ zeitnah einbringen werden, weil wir glauben, dass wir mit der Umsetzung dieses Berichts, mit der Realisierung des Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse für ganz Bayern nicht allzu lange warten sollten.

Meine Damen und Herren, wir FREIE WÄHLER hoffen, dass dieser Abschlussbericht mehr Wirkung entfalten wird, als es so manche vorausgegangene Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags getan hat; davon gab es ja nicht allzu viele.

Tragen wir alle gemeinsam dafür Sorge, dass zukünftig in Bayern Fehlstellungen schneller erkannt und Probleme schneller gelöst werden – zumindest schneller, als es bisher der Fall war. Es gibt wahrlich viel zu tun. Packen wir es an! "Gleichwertige Lebensverhältnisse" dürfen nicht länger Worthülse sein, sondern müssen rasch realisiert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Hanisch. – Nächster Redner ist Herr Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! "Der Staat ... fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land." So steht es seit Oktober 2013 in der Bayerischen Verfassung.

Wir wollen faire Chancen für alle Menschen erreichen, egal wo und wie sie leben. Damit dieser berechtigte Anspruch für alle Menschen gilt, braucht es mehr als eine Verfassungsänderung. Deswegen war es mir persönlich eine Ehre, in der Enquete-Kommission an Lösungsstrategien mitarbeiten zu dürfen.

Dem Dank an die Experten, die Referentinnen und Referenten der Fraktionen und die Mitarbeiter des Landtagsamtes möchte ich mich anschließen.

Mein Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen für den fairen Stil und die konstruktive Zusammenarbeit über dreieinhalb Jahre hinweg.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Ich denke, es wird allen Fraktionen so gehen, dass einzelne Handlungsempfehlungen hinter den Forderungen der jeweiligen Partei zurückbleiben. Auch wenn es deshalb auf der Zielgeraden manchmal geknirscht hat, war es mir persönlich ein wichtiges Anliegen, dass wir diesen Abschlussbericht weitgehend einstimmig, im Konsens verabschieden. Dafür gilt mein Dank namentlich dem Vorsitzenden Berthold Rüth und seinem Stellvertreter Christoph Rabenstein. Wir haben mit diesem einstimmigen Abschlussbericht ein kraftvolles Zeichen gesetzt: Wir alle im Bayerischen Landtag meinen es ernst mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wir haben fraktionsübergreifend Handlungsbedarf aufgezeigt und fordern geschlossen die Staatsregierung zum Handeln auf.

An diesem Bericht wird sich die gegenwärtige und die kommende Bayerische Staatsregierung messen lassen müssen. Anders als es die Heimatberichte der Staatsregierung in den letzten Jahren suggerieren wollten, entwickeln sich die einzelnen Landesteile in Bayern unterschiedlich. Es besteht ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Es besteht ein Gefälle zwischen Stadt und Land und zwischen Zentrum und Randlage. Menschen, die im ländlichen Raum, in kleinen Orten, abseits der Ballungsräume leben, haben im Alltag oft hohe Hürden zu bewältigen. Der Weg zur Arbeit dauert lange. Einen Arzt kann man allenfalls im Nachbarort oder in der nächsten Kreisstadt aufsuchen. Der Weg zum nächsten Gymnasium beträgt 20 km. Wer kein Auto hat, kommt in der Regel im Alltag nicht zu recht, weil nur selten ein Bus fährt, an den Wochenenden und in den Abendstunden schon gar nicht. Auch

die Möglichkeiten, die das Internet bieten würde, helfen nicht, weil nämlich der schnelle Internetanschluss, sprich der Glasfaseranschluss, fehlt.

Am auffälligsten sind diese Unterschiede in den Grenzregionen Bayerns, von Unterfranken über die Grenzgebiete zu Tschechien bis ins südliche und östliche Niederbayern. Sicher, kein Mensch kann von der schönen Landschaft allein leben. Die Menschen brauchen Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven. Aber an dieser Stelle gibt es keinen Anlass, den ländlichen Raum schlechtzureden. Schauen wir doch einfach auf die Arbeitslosenzahlen.

Die Statistik vom November zeigt für den Agenturbezirk Bamberg-Coburg eine Arbeitslosenquote von 2,8, für Schwandorf 2,5 und für Deggendorf 2,5. Das sind die Regionen, die oftmals die Randlage darstellen und in vielen Lebensbereichen deutliche Abstriche in Kauf nehmen müssen. Jedoch herrscht in diesen Regionen im Gegensatz zu den Ballungsräumen nahezu Vollbeschäftigung, was man an den Arbeitslosenquoten sehen kann. Die Unternehmen in diesen Regionen haben mittlerweile das Problem, Fachkräfte zu finden. Trotzdem wandern junge Menschen aus diesen Regionen ab. Wir müssen uns fragen: Warum ist das so? – Ganz einfach, weil das Leben eben nicht nur aus Arbeit besteht. In Zeiten von Vollzeitbeschäftigung kann ein Unternehmer eben nur dort, wo die Lebensqualität stimmt, junge, engagierte und gut ausgebildete Menschen als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen oder halten.

"Should I stay or should I go?" Das ist die Frage: Soll ich hierbleiben, oder soll ich gehen? – Für diejenigen, die des Englischen nicht ganz so mächtig sind. – Diese Frage stellen sich viele junge Menschen im ländlichen Raum. Meist entscheidet man sich dafür oder dagegen, je nachdem, ob die weichen Standortfaktoren stimmen. Viele Gespräche während der Enquete-Kommission haben bestätigt, dass es vor allem die weichen Standortfaktoren sind, die das Leben auf dem Land lebenswert machen.

Im Bayerischen Landtag ist es üblich, dass man mit dem Beschluss zur Einrichtung einer Enquete-Kommission den Experten einen Fragenkatalog mit auf den Weg gibt. Ich musste jedoch feststellen, dass uns der detaillierte Fragenkatalog bei der Arbeit oftmals abgelenkt hat. Er hat unseren Fokus zu sehr auf Detailfragen gelenkt. Trotzdem ist es uns immer wieder gelungen, uns von einzelnen Detailfragen zu lösen und das Gesamte im Blick zu haben und die Fragestellung grundsätzlich und ganzheitlich zu beantworten.

Das Ergebnis ist das Modell der räumlichen Gerechtigkeit und die Notwendigkeit der Subjektperspektive. Menschen aus strukturschwachen Regionen oder aus sozial schwächeren Familien dürfen wegen ihrer räumlichen oder sozialen Herkunft eben nicht benachteiligt oder abgehängt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher müssen wir den Menschen in den Mittelpunkt unserer Wahrnehmung rücken. Wir müssen die individuellen Lebensverhältnisse besonders derjenigen im Blick haben, die von ungleichen Lebensverhältnissen in besonderer Weise benachteiligt sind. Die vier Dimensionen der räumlichen Gerechtigkeit müssen daher Richtschnur und Kompass der politischen Entscheidungen werden. Neben der Verteilungs-, der Chancen- und der Verfahrensgerechtigkeit ist auch die Generationengerechtigkeit zu berücksichtigen. Gerade hier zeigt sich ganz deutlich ein großer Handlungsbedarf bei der bisher verfehlten Politik des Noch-Heimatministers.

Durch die Aufweichung der landesplanerischen Vorgaben soll die Bebauung großflächiger Gewerbegebiete jenseits bestehender Siedlungsstrukturen ermöglicht werden. Der ungebremste Flächenverbrauch in Bayern zerstört natürliche Lebensgrundlagen und trägt zur Verödung unserer Ortskerne bei. Aber Generationengerechtigkeit bedeutet doch, dass wir bei politischen Entscheidungen dafür sorgen müssen, dass die Entfaltungsmöglichkeiten der zukünftigen Generationen nicht beeinträchtigt werden. Deswegen müssen wir den Flächenverbrauch in Bayern reduzieren. Den Menschen auf dem Land sind die vierte Dimension der räumlichen Gerechtigkeit, die Generationengerechtigkeit und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, wichtig. Dies zeigt sich auch am Zuspruch der Menschen zum Volksbegehren "Betonflut eindämmen. Damit Bayern Heimat bleibt."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie bereits erwähnt, liefert der schön gefärbte Heimatbericht eben keine Antwort auf die Frage, wie groß das Ausmaß der regionalen Disparitäten in Bayern ist. Wir brauchen eine objektive und wiederkehrende Bestandsaufnahme. Es ist als großer Erfolg der Enquete-Kommission zu werten, dass wir ein Indikatorensystem entwickelt haben, das die Unterschiede entlang der vier Dimensionen der räumlichen Gerechtigkeit erfassbar und messbar machen soll.

Ich halte eine weitere und tiefergehende Auseinandersetzung mit den Indikatoren für dringend notwendig. Aber die Implementierung ist umso wichtiger. Wir müssen dieses Messsystem, dieses Koordinatensystem implementieren. Dies wäre ergänzend oder ana-

log zum Raumordnungsbericht eine ganz wichtige Sache. Die Lebensverhältnisse in Bayern müssen regelmäßig und objektiv gemessen und bewertet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Schlüsselrolle zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse kommt ohne Zweifel den Kommunen zu. Die Menschen erwarten von den Kommunen, dass die notwendigen Leistungen der Daseinsvorsorge bereitgestellt werden. Die Menschen nehmen in der Regel eine Einteilung in freiwillige Leistungen und Pflichtaufgaben nach dem Kommunalrecht nicht vor. Dass das Wasser aus der Leitung kommt und die Straßen in Schuss gehalten werden, erachten die Menschen als eine Selbstverständlichkeit. Aber die Menschen erwarten genauso ein Mindestangebot an ÖPNV. Sie erwarten genauso ein Mindestangebot an Kultur- und Sporteinrichtungen. Die letzteren Punkte machen als weiche Standortfaktoren das Leben richtig lebenswert. Das sind eben freiwillige Leistungen. Die finanzielle Ausgangslage der bayerischen Kommunen ist trotz des kommunalen Finanzausgleichs sehr unterschiedlich. Wir werden die Kommunen in die Lage versetzen müssen, ausreichend in freiwillige Leistungen, in weiche Standortfaktoren, investieren zu können, um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.

Deshalb haben wir es als wichtig erachtet, die Handlungsempfehlung mitzufassen und den Katalog der freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben zu überarbeiten. Wie die anderen Oppositionsfraktionen haben auch wir uns dafür ausgesprochen, den Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund schrittweise zu erhöhen. Damit kann der freie Gestaltungsspielraum der Kommunen ermöglicht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir nun zu einem weiteren wesentlichen Punkt der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten: die Mobilität. Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen und eine Grundvoraussetzung, um am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass es relevante Bevölkerungsgruppen gibt, die kein Auto haben, auch wenn das Auto heute Hauptverkehrsmittel Nummer eins im ländlichen Raum ist und vermutlich auch in Zukunft bleiben wird.

Nehmen wir die jungen Menschen, die noch keinen Führerschein haben, die sozial Schwachen, die sich kein Auto leisten können, oder die alten Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr Auto fahren können. Auch sie wollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben, auch sie haben Mobilitätsbedürfnis-

se. Daher ist es ganz wichtig, dass wir diese Menschen mit einem auch im ländlichen Raum wieder gut ausgebauten und dichten ÖPNV-Angebot am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, das Kapitel Mobilität ist ein wirklich großer Erfolg. Es trägt eindeutig eine grüne Handschrift. Wir haben zahlreiche Handlungsempfehlungen einstimmig verabschiedet, zum Beispiel die konsequente Umsetzung der Nahverkehrsrichtlinie, flächendeckende Verkehrs- und Tarifverbände, ein landesweit einheitliches Tarifsystem, die Aufstockung der bestehenden ÖPNV-Fördermittel und vieles mehr. Es ist dringend notwendig, zu handeln und bald zu handeln. Noch-Heimatminister Söder hat in seinem 10-Punkte-Programm angekündigt, bis zum Jahr 2050 dafür zu sorgen. Das ist viel zu spät. Wir erwarten, dass sofort gehandelt wird.

Mich freut es, dass wir diese Forderungen einstimmig erhoben haben, weil noch vor wenigen Monaten einzelne dieser Forderungen als grüne Initiative von der CSU abgelehnt worden sind. Deswegen ein besonderer Dank, dass man sich dazu durchringen konnte, dies einstimmig zu verabschieden. Jetzt ist eben auch die Umsetzung gefordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE fordern darüber hinaus schon seit Langem einen flächendeckenden Glasfaserausbau, weil die Bundesregierung und auch die Bayerische Staatsregierung unserer Meinung nach viel zu lange auf den Ausbau mit Kupferkabeln gesetzt haben. Aber die damit erzielten Übertragungsgeschwindigkeiten sind heute schon kaum mehr wettbewerbsfähig, und wenn die Entwicklung so weitergeht, werden die Unterschiede und der technologische Rückstand auf dem Land schnell noch viel größer werden. Ein flächendeckender Zugang zum schnellen Internet ist sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmer als auch für die digitale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger unabdingbar. Deswegen besteht hinsichtlich der Bereitstellung einer schnellen Internetverbindung und eines flächendeckenden Glasfaserausbaus dringender Handlungsbedarf, der auch von der Enquete-Kommission gesehen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dünn besiedelten Regionen ist das Ladensterben am gravierendsten. Mittlerweile ist in jeder vierten Gemeinde in Bayern kein eigener Lebensmittelladen mehr vorhanden. Aber gerade die kleinen Läden im Dorf versorgen die Menschen nicht nur mit Lebensmitteln, sie schaffen auch Leben im Dorf. Wenn der

letzte Laden geschlossen wird, dann bedeutet das auch eine Abwertung der Kommune als Wirtschafts- und Lebensraum.

Meiner Meinung nach macht es sich die CSU-Regierung zu einfach, wenn sie sagt: Ja mei, die Leute stimmen mit dem Gaspedal bzw. mit dem Einkaufswagen ab und fahren lieber mit dem Auto zu Aldi auf die grüne Wiese. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Lebensqualität schwindet, weil der Markt versagt, dann ist die Politik gefragt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist es dringend notwendig, dass wir die Dorfläden-Initiativen, die neues Leben in die Dörfer bringen wollen, mehr unterstützen. Um das Ladensterben in unseren Ortskernen aufzuhalten und den Bau von Supermärkten auf der grünen Wiese zu unterbinden, brauchen wir ganz dringend wieder strengere Vorgaben im Landesentwicklungsprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit komme ich zum nächsten Gesichtspunkt. Das Staatsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist ein klarer Gestaltungsauftrag an den Staat. Dafür braucht es einen Plan. Dem steht diametral entgegen, dass die Landesentwicklung als Kernstück der Landesplanung bei den Reformprozessen der letzten Jahre immer mehr geschliffen worden ist. Dadurch ist ein unkoordiniertes Nebeneinander von fachlichen Konzepten und Programmen entstanden. Das verursacht Reibungsverluste und lässt Synergieeffekte ungenutzt.

Der Plan von Heimatminister Söder, Ministerpräsident zu werden, mag vielleicht aufgehen; aber dieser Plan reicht bei Weitem nicht für eine gute Landesentwicklung aus. Deswegen fordert auch die Enquete-Kommission, dass die Landesplanung wieder ihre koordinierende Funktion übernimmt.

Zwei Dinge möchte ich noch kurz ansprechen. Zunächst zum Bauen und Wohnen: Wir dürfen natürlich auch die Lebenssituation der Menschen in den Ballungsräumen nicht aus den Augen lassen. Gegen die explodierenden Mietpreise müssen wir dringend vorgehen, damit das Wohnen in der Stadt nicht nur vom Geldbeutel abhängig ist, sondern dass auch "Normalsterblichen", also Menschen mit einem normalem Einkommen, das Leben in Ballungsräumen möglich ist.

Auch die Gesundheitsvorsorge ist ein ganz wichtiges Kapitel. Hier haben wir große Defizite und müssen dringend schauen, dass wir durch eine Zusammenarbeit der Beteiligten im Gesundheitsbereich einer weiteren Ausdünnung der Gesundheitsangebote im länd-

lichen Raum entgegenwirken können. Auch hierzu schlagen wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen vor.

Ich fasse am Schluss zusammen: Trotz der guten wirtschaftlichen Lage in Bayern entwickeln sich einzelne Landesteile unterschiedlich und zum Teil in entgegengesetzter Richtung. Zum Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse besteht in vielen Politikbereichen dringender Handlungsbedarf. Hier reicht ein Heimatministerium alleine nicht aus. Wir brauchen eine andere Politik für den ländlichen Raum. Handlungsempfehlungen liegen seit dem heutigen Tag auf dem Tisch. Diese gilt es jetzt umzusetzen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ganserer. – Nächster Redner ist Herr Kollege Gibis. Bitte schön, Herr Gibis.

Max Gibis (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern – dies ist, wie wir wissen und heute schon des Öfteren gehört haben, inzwischen eine Forderung mit Verfassungsrang. Dies hört sich zunächst einfach an, ist es aber im Detail nicht. Bei der Arbeit in unserer Enquete-Kommission haben wir sehr schnell feststellen müssen, dass dies eine sehr komplexe Herausforderung ist.

Wir haben uns zu Beginn der Arbeit in der Enquete-Kommission über sehr grundsätzliche Fragen unterhalten: Wie definiert man überhaupt Gleichwertigkeit? Wie kann man Gleichwertigkeit messen? Stichwort Indikatoren, über die heute ja auch schon des Öfteren geredet wurde. Vor allem: Was bedeutet Gleichwertigkeit für die Menschen in Bayern, wo doch jeder ein anderes Lebensumfeld, eine andere Lebenssituation hat? Was ist der Unterschied zwischen Gleichheit und Gleichwertigkeit? Oder auch: Sind die vorab formulierten Fragen des Fragenkatalogs überhaupt geeignet, um zielführend an diese Aufgabe heranzugehen?

Viele, ich gebe zu, oft auch theoretische Diskussionen wurden in der Kommission geführt, natürlich auch unter Einbringung des fachlichen Know-hows unserer Expertinnen und Experten und der Kolleginnen und Kollegen des Landtags. Ich darf mich an dieser Stelle für die wirklich sehr konstruktive Zusammenarbeit und vor allen Dingen für die zielorientierte Zusammenarbeit sehr herzlich bedanken. Ich kann, glaube ich, schon sagen, dass wir alle miteinander das gleiche Ziel verfolgt haben. Selbstverständlich gab es in der einen oder anderen Frage Diskussionen über den

richtigen Weg, aber am Ende des Tages wurde das Papier einmütig verabschiedet.

Ich bedanke mich besonders bei den Fraktionsmitarbeitern, die die Kommission begleitet haben. Diese möchte ich an dieser Stelle auch erwähnen. Sie hatten die hehre Aufgabe, das Gesagte, das Diskutierte am Ende einer Sitzung in eine Struktur zu bringen und zusammenfassend darzustellen. An dieser Stelle sei mir auch ein herzlicher Dank an Frau Jarawan dafür erlaubt, dass sie sozusagen den Laden zusammengehalten hat.

(Allgemeiner Beifall)

Um nicht nur theoretisch zu diskutieren, waren wir mit der Kommission auch in Bayern unterwegs und haben uns die jeweiligen Herausforderungen in den einzelnen Regionen angesehen. Wir haben mit den dortigen Akteuren und in erster Linie auch mit den verantwortlichen Kommunalpolitikern gesprochen. Dabei haben wir auch gesehen, dass durchaus unterschiedlich an die jeweiligen Herausforderungen herangegangen wird. Wir haben in Niederbayern, in Unterfranken, in Oberfranken gesehen, was alles positiv entwickelt werden kann, wenn sich mehrere Gemeinden im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung – ILE – zur interkommunalen Zusammenarbeit zusammenschließen und gemeinsam und zielgerichtet an den bevorstehenden oder an den bestehenden Aufgaben arbeiten und an diese herangehen, ganz gleich, ob es um Leerstände, um ÖPNV im ländlichen Raum, um medizinische Versorgung, um Kinderbetreuung, um Wohnen oder ganz generell um öffentliche Infrastruktur geht oder ging.

Grundsätzlich kann man feststellen: Wenn man interkommunal denkt und arbeitet, wenn der Horizont der kommunalpolitisch Verantwortlichen nicht am eigenen Kirchturm endet, wenn man aktiv und am besten gemeinsam mit der Bevölkerung die bestehenden Herausforderungen aufgreift und wenn man nicht bereit ist, vor zurückgehenden Einwohnerzahlen, abnehmenden Arbeitsplätzen und negativer demokratischer Entwicklung zu kapitulieren, dann ist vieles möglich, wie die Beispiele gezeigt haben.

Wir haben dafür auf unseren Infofahrten sehr viele gute Beispiele, sogenannte Best-Practice-Beispiele, gesehen, die uns auch gezeigt haben, dass den Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgaben und Herausforderungen eine sehr große Verantwortung zukommt. Wir haben auch festgestellt, dass es bereits sehr viele gute Werkzeuge gibt. Christoph Rabenstein hat den Begriff Werkzeuge heute auch schon benutzt, ohne dass wir uns darüber abgesprochen haben. Wir haben schon sehr viele gute Werkzeuge im Werk-

zeugkasten des Freistaates Bayern, um die Gemeinden, die Landkreise, die Regionen und die Kommunalpolitiker bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu unterstützen.

Ich gebe zu – das weiß ich auch aus eigener Erfahrung als Bürgermeister –, dass es nicht immer ganz einfach ist, sich in diesem Werkzeugkasten zurechtzufinden. Man muss schon permanent suchen, um das jeweils richtige Werkzeug zu finden und das jeweilige Problem, das gelöst werden soll, lösen zu können. In der Regel und im Normalfall gibt es dafür aber ein Werkzeug. Ebenfalls kann ich aus meiner Erfahrung als Bürgermeister sagen – das bestätigen mir auch heute noch sehr viele Bürgermeister –, dass wir manchmal zu viel Zeit und auch zu viel Geld für theoretische Konzepte verschwenden, statt die Mittel zielgerichtet für die Durchführung praktischer Projekte einzusetzen.

Manchmal wäre auch eine flexiblere Verwendung von Fördermitteln aus den verschiedenen Fördertöpfen und den verschiedenen Förderprogrammen, die es gibt, wünschenswert. Die Kommunen sollten mit den Fördermitteln flexibler umgehen können und nicht in die bestehenden Richtlinien eingezwängt werden. Dann wäre manches in der Praxis einfacher realisierbar.

(Beifall bei der CSU)

Ich schlage deshalb vor – das ist jetzt zwar kein Handlungsfeld, das sich aus dem Bericht der Enquete-Kommission ergibt, aber das ist eine Erfahrung aus der Lebenswirklichkeit –, dass wir weniger Konzepte aufstellen, aber mehr Projekte durchführen. Das könnte man auch den Ausführungen über die Hilfe für die Kommunen als Überschrift geben.

Der Freistaat Bayern hat viele Förderprogramme im Angebot. Man muss sich nur unter einem bestimmten Stichwort auf die Suche machen und findet dann immer gleich eine ganze Reihe von Förderprogrammen, die vielleicht infrage kommen, egal, ob es um die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, um die Dorferneuerung oder den Städtebau geht, die im Übrigen sehr effektive Werkzeuge sind, oder ob es um den normalen FAG-Fördertopf, um die GVFG-Förderung oder die ÖPNV-Förderung und viele andere Förderprogramme geht.

Neben dem Angebot der passenden Werkzeuge muss der Freistaat aber auch gezielt auf die strukturellen Veränderungen reagieren. Dort, wo mehr Wirtschaftskraft, mehr Unternehmen und mehr Arbeitsplätze gebraucht werden, muss zielgenau in diese Richtung gefördert werden. Das heißt, Wirtschaftsinvestitionen und Ansiedlungen müssen gefördert werden. Dort, wo

eine bessere Infrastruktur gebraucht wird, muss verstärkt in den Straßenbau oder in den ÖPNV investiert werden. Der ÖPNV ist heute schon mehrmals genannt worden. Bei den Formen des ÖPNV müssen wir noch viel flexibler werden. Die Takte im ländlichen Raum immer noch mehr zu verdichten, wird nicht zielführend sein. Wir müssen modernere Bedienformen in Form von Rufbussen, Ruftaxen oder was es alles so gibt schaffen. Es macht keinen Sinn, im Halbstundentakt warme Luft durch die Gegend zu fahren. Das ist Verschwendung von Geld. Da müssen wir innovative Formen zulassen, damit sind wir aber auch auf einem sehr guten Weg.

Zusammengefasst heißt das: Wir dürfen nicht mit der Gießkanne übers Land gehen, wenn es um finanzielle Unterstützung geht, sondern wir müssen die Mittel gezielt dort einsetzen, wo Nachholbedarf besteht, um vor allem die Chancengerechtigkeit herzustellen und zu fördern. Ich denke dabei an die bestehende Wirtschaftsförderung und an den Breitbandausbau.

Beim Breitbandausbau sei mir eine Anmerkung erlaubt, Kollege Ganserer: Sie haben vorhin so getan, als ob wir in Bayern noch keinen Meter Glasfaser verlegt hätten. Wir haben in Bayern bisher 40.000 Kilometer Glasfaserkabel verlegt. Das ist doch eine Leistung. In welchem Umfang und mit welchem Standard das Glasfasernetz ausgebaut wird, entscheiden die Kommunen vor Ort. Hier ist wahnsinnig viel passiert. Dass der Glasfaserausbau nicht in der Geschwindigkeit vonstattengeht, wie wir es uns selber wünschen, liegt eher an den Kapazitätsproblemen. Wir haben schlicht gesagt zu wenig Bagger in Bayern, die die Schächte für diese Kabel ausgraben. Trotzdem ist viel passiert. Andere Themen sind die Behördenverlagerung, die Dezentralisierung der Hochschulen oder die Investitionen generell in Bildung und Kinderbetreuung. Bei diesen Beispielen sind wir bereits auf dem Weg, um die Chancengerechtigkeit im ganzen Land herzustellen.

Natürlich müssen wir auch permanent prüfen, ob die gesetzten Prioritäten noch passen. In einer sich sehr schnell verändernden Gesellschaft ändern sich auch immer schneller die Herausforderungen. Auf die müssen wir auch reagieren. Wenn wir von Gerechtigkeitsdimensionen sprechen, brauchen wir dazu auch messbare Indikatoren. Der Wert der Indikatoren muss jedes Mal hinterfragt werden. Dass die Zahl der in öffentlichen Einrichtungen betreuten Kinder in manchen Regionen geringer ist als in den Ballungsräumen, ist nicht per se schlecht oder negativ. Im ländlichen Raum sind die Familienstrukturen nun einmal anders. Im ländlichen Raum entscheiden sich viele Mütter oder Eltern dazu, die ersten zwei, drei Jahre bei ihrem Kind zu Hause zu bleiben. Das ist nicht per se

schlecht. Bei der Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss kann man aber Vergleiche anstellen. Das ist in der Stadt genauso schlecht wie auf dem Land.

Bei diesen Indikatoren geht es nicht nur um irgendwelche Zahlen, Quoten oder Prozente, sondern es geht um Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist dann hergestellt, wenn beim Beispiel der Kinderbetreuung alle Eltern, die es wollen, auch die Möglichkeit und die Chance haben, einen Betreuungsplatz in Anspruch zu nehmen. Das ist Gerechtigkeit. Das darf – das füge ich als meine persönliche Meinung hinzu – durchaus auch etwas kosten. Kinderbetreuung darf auch etwas kosten. Das akzeptieren die Eltern auch. Gerechtigkeit ist dann gegeben, wenn alle Menschen in Bayern, egal wo sie wohnen, die gleichen Chancen und die gleichen Möglichkeiten haben.

Deshalb soll dieser Bericht mit all seinen Handlungsempfehlungen als Leitplanke für alle zukünftigen politischen Entscheidungen in Bayern dienen. Ich bin fest davon überzeugt – das sieht man schon an den ersten Entwicklungen –, dass der ländliche Raum eine Renaissance erleben wird. Der ländliche Raum kann und soll – dessen bin ich mir sicher – eine gute Zukunft haben.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Gibis. – Nun kann ich dem Kollegen Knoblauch das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Knoblauch.

Günther Knoblauch (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Initiator der Enquete-Kommission Dr. Rabenstein hat heute schon aus der Sicht der SPD und als stellvertretender Vorsitzender verschiedene Aspekte genannt. Ich möchte aus meiner Sicht auf zwei oder drei Punkte eingehen, die entscheidend sind, um das gute Ergebnis, das die Kommission erzielt hat, umzusetzen.

Auch im Fall, dass in einem Landkreis der Arzt, die Pflege, die Schule und die Versorgung vor Ort vorhanden sind, das Kultur- und Freizeitangebot top ist und die Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze im Landkreis liegen, stellt sich trotzdem für viele die Frage: Wie komme ich hin? Wie sind diese Angebote für Junge, für Alte, für Kranke und für Behinderte erreichbar? Viele verfügen nicht über zwei oder drei Autos. Manche wollen sich auch kein Auto zulegen.

Der Bericht hat gezeigt: Mobilitätsangebote und die Erreichbarkeit sind zentrale Herausforderungen für die Schaffung von Lebensqualität und Chancengleichheit sowie für die soziale und gesellschaftliche Inklusion, insbesondere im ländlichen Raum. Dazu gehört

der ÖPNV. Wir haben hier verschiedene Standards vorgegeben, wobei uns eines klar sein muss: Gelingt es nicht, den ÖPNV menschengerecht zu machen, wird diese fehlende Infrastruktur zu einer Isolierung der Menschen im ländlichen Raum führen.

Der Bericht hat auch gezeigt: Die Ertüchtigung des ÖPNV in den prosperierenden Räumen hat noch nicht mit den Bedürfnissen Schritt gehalten. Herr Kollege Gibis, deshalb haben wir gesagt, wir brauchen verbindliche Nahverkehrspläne.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Wir brauchen eine Aufstockung der Mittel für den ÖPNV und eine Stärkung der Kommunen, die letztlich dafür die Verantwortung haben. Wir brauchen auch Verkehrs- und Tarifverbände, die landesweit aufgestellt sind.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Wir brauchen auch ein einheitliches Tarifsysteem. Überall dort, wo diese Voraussetzungen vorhanden sind, sind wir weit voraus. Dabei darf es nicht nur nach der Zahl der Fahrgäste gehen. Das ausschlaggebende Kriterium müssen die Fahrten pro Stunde sein. Dieses Kriterium bestimmt die Akzeptanz. Hier handelt es sich um freiwillige Aufgaben der Landkreise und der kreisfreien Städte. Das müssen wir beachten. Wir müssen sie unterstützen und dürfen sie dabei nicht alleinlassen.

Ein weiteres Thema, das ich ansprechen möchte, ist die Bahnanbindung und der Bayern-Takt. Auch über dieses Thema haben wir in der Enquete-Kommission Einvernehmen erzielt. Der Stundentakt trägt dazu bei, dass die Leute nicht in die Stadt ziehen, sondern auf dem Land wohnen und ohne Auto in die Stadt fahren können. Dies trägt auch zu einer Verringerung der CO₂-Werte in den Innenstädten bei. Wir müssen deshalb die Bayerische Eisenbahngesellschaft auffordern, hier mehr Geld einzusetzen. In den Beratungen über den Nachtragshaushalt müssen wir uns deshalb auch darüber unterhalten, ob der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mehr Geld zur Verfügung gestellt werden sollte.

Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt eingehen, nämlich den Breitbandausbau. Trotz aller Leistungen der letzten Jahre hinken wir hier noch hinterher.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Die SPD?)

In Schweden sind 95 % der Menschen ans Internet angebunden und nutzen es. Schweden liegt damit im

europäischen Vergleich auf Platz 4. Wir befinden uns auf dem 24. von 28 Plätzen. Außerdem haben wir immer noch im ganzen Land Funklöcher, wodurch die Firmen und die Nutzer beeinträchtigt werden.

(Ingrid Heckner (CSU): Die Kommunen wehren sich gegen Funkmasten!)

Wir sollten die Glasfaserkabel in den Siedlungen nicht nur bis zu den Verteilkästen verlegen, sondern auch in die Häuser. Wir sollten uns einmal ein Beispiel an der Post nehmen. Sie hat es vor 100 Jahren fertiggebracht, jedes Haus anzuschließen und nicht nur einen Anschlusspunkt im Dorf zu schaffen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Günther Knoblauch (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend noch ein Aspekt. Wir müssen den Kommunen helfen. Nach dem Bundesprogramm sind die Kommunen, wenn sie die Zwischenfinanzierung nach sieben Jahren nicht mehr leisten können, keine Eigentümer mehr. Wir müssen hier die Kommunen stärken; denn ohne die Kommunen und ihre finanzielle Unterstützung wird es nicht gehen. Packen wir's an. Setzen wir dieses gute Werk um!

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Knoblauch. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Trautner. Bitte schön.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Experten! Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, worum geht es genau? – Für mich – das hat sich auch an den bereichernden Beiträgen unserer hochkarätigen Experten gezeigt – ging es stets darum, die Weichen für die Zukunft des größten Flächenlandes Deutschlands richtig zu stellen. Ich habe diesen Fragenkatalog meinen Bürgermeistern vorgelegt. Die ersten Punkte, die sie mir genannt haben, waren die Gesundheitsversorgung, die ärztliche Versorgung, die Apotheken und die Pflege. Das sind ganz wichtige Punkte. Sie nannten außerdem die Infrastruktur. Die Reaktivierung einer Bahnstrecke steht bevor. Das ist ganz entscheidend.

Ein wichtiger Punkt ist auch die Bildung. Was entscheidet mehr über die Zukunft als die Bildung? – Die Bildung ist ein Standortfaktor. Warum sollte sich eine Familie an einem Ort ansiedeln oder in ihrer Heimat bleiben, wenn sich dort keine Schule in vertretbarer Entfernung befindet?

(Claudia Stamm (fraktionslos): Stimmt!)

Natürlich können wir uns kein Wunderland malen und von oben herab verordnen, wie sich jede bayerische Region entwickelt; denn die Entwicklungen entscheiden sich nicht nur auf regionaler, sondern auch auf lokaler Ebene. Deshalb wird es nicht ohne die Mitwirkung der Kommunen gehen.

Da die Bildung wichtig ist, lautet in der Konsequenz unsere einstimmige Handlungsempfehlung an die Staatsregierung, neben den wohnortnahen Grundschulen auch an einem möglichst dichten Netz von Mittelschulen und weiterführenden Schulen festzuhalten, damit jede Schule in einer zumutbaren Zeit mit dem Schulbus oder dem ÖPNV erreicht werden kann. Hier geht es darum, dass jeder einen Abschluss machen kann.

Wir haben uns natürlich auch mit den modernen Herausforderungen beschäftigt, zum Beispiel mit den Chancen der Digitalisierung, die heute schon häufig erwähnt und angesprochen worden sind. Auch hier besteht breiter Konsens: Wir müssen nicht nur unsere Schüler und die Lehrkräfte, sondern auch die Schulen für die digitale Zukunft fit machen. Hier haben wir noch viel zu tun. Wir befinden uns aber am Beginn des Weges dorthin und haben bereits vieles vorangebracht. Ergänzende Fernlehrgänge oder das E-Learning können bei der Meisterausbildung oder in der Fort- und Weiterbildung noch eine ganz wichtige Rolle spielen. Bei Berufsschulen, die nicht überall in unmittelbarer Nähe des Ausbildungsortes die gesamte Ausbildungspalette anbieten können, ist es möglich, mithilfe dieser modernen Lernmethoden kleine fachspezifische Gruppen gezielt zu unterstützen und damit Berufsanfänger oder Schüler in der Region zu halten.

Meine Damen und Herren, Bildung hört aber nicht nach dem Schulabschluss auf. Sie spielt auch im weiteren Erwachsenenleben eine große Rolle. Im Sinne der Gerechtigkeit für alle Generationen müssen wir die Erwachsenenbildung deshalb stärker ausbauen und unterstützen. Wir müssen dabei künftig mehr auf die Kooperation und die Vernetzung achten. Es hat sich herauskristallisiert, dass die Bildungsregionen, die sich in Bayern etabliert haben, noch viel mehr Potenzial entfalten könnten, wenn sie sich mit anderen regionalen Initiativen vernetzen würden.

Gleiches gilt für die interkommunale Zusammenarbeit, die Herr Kollege Gibis angesprochen hat. Wir müssen ein Stück weit weg vom Konkurrenzdenken und hin zur Kooperation kommen. In manchen Fällen wäre das gar nicht so aufwendig. So könnten in Nachbarorten die Zeiten des Schulbeginns abgestimmt werden, um die Fahrtzeiten zu verkürzen. Diese Potenziale gilt

es verstärkt auszuschöpfen, auch über die Grenzen von Gebietskörperschaften hinweg.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist von hoher Priorität. Auch hier geht es um Gerechtigkeit, die insbesondere auch die Frauen betrifft. "Passgenaue Betreuungsangebote", "bedarfsgerecht" und "zukunftsorientiert" sind die richtigen Schlagworte. Die Wünsche der Eltern sind vor Ort sehr unterschiedlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb gilt es, eine breite Palette anzubieten. Nach Ansicht der Kommission liegt in der Weiterentwicklung der Betreuung in den Rand- und Ferienzeiten großes Potenzial.

Nun zur Gerechtigkeit gegenüber Menschen mit Behinderungen und mit besonderem Förderbedarf. Wir haben diese Gruppe berücksichtigt und festgestellt, dass wir im ländlichen Raum verstärkt inklusive Angebote schaffen und Förderschulen einrichten müssen. Das ist ein gutes Signal. Die berufliche Bildung liegt uns natürlich auch sehr am Herzen. Praktika, verstärkte Berufsorientierung an allen Schularten und Partnerschaften mit Betrieben könnten dazu führen, dass die Vorteile der beruflichen Bildung noch stärker genutzt werden. Wir brauchen nicht in jedem Bereich eine steigende Akademisierung. Der brandaktuelle Fachkräftemangel führt es uns eindrucksvoll vor Augen. In manchen Ausbildungsberufen gibt es eine sehr hohe Spezialisierung. Wenige wissen, dass es bundesweit 321 Ausbildungsberufe gibt, davon können 250 in Bayern angeboten werden. Unsere Empfehlung ist deshalb die Schaffung einer zentralen Stelle, an der alle offenen Ausbildungsplätze aufgelistet werden und per Mausklick auf einer Plattform das Ausbildungsangebot in einer bestimmten Region, das beispielsweise innerhalb eines bestimmten Zeitfensters mit dem ÖPNV erreicht werden kann, zugänglich ist.

Bei den Hochschulen hat es bereits eine Dezentralisierung mit der Etablierung von Außenstellen gegeben. Das war sehr erfolgreich. Die Technologietransferzentren sind wunderbar angekommen und schaffen Arbeitsplätze vor Ort. Das stärkt wiederum die Regionen.

Zum Schluss sage ich: Bei der Frage nach Gerechtigkeit sollte immer der Mensch und nicht die Parteipolitik – Herr Kollege Rabenstein, Sie haben völlig recht – im Mittelpunkt stehen. Für mich steht deshalb nicht die Frage, wer es erfunden hat, im Vordergrund. Für mich ist wichtig, was hinten herauskommt. Der Bericht ist nicht das Ende der Arbeit, sondern erst der Beginn der Umsetzung einer sehr großen Herausforderung. Bayern bietet großartige Möglichkeiten. Jeder sollte diese Möglichkeiten vor Ort voll ausschöpfen können. Die Menschen sollten bleiben und nicht wegziehen,

weil es dafür keinen Grund gibt. Die Menschen fühlen sich dort wohl, wo sie sind. Unser Ziel muss es sein, dass die Menschen am Ende sagen: Da bin ich daheim, und da bleib ich auch, weil dort alles passt. Machen wir uns dafür gemeinsam auf den Weg.

Ich bedanke mich herzlich für die gute Zusammenarbeit mit allen Fraktionen, mit den Experten und den Fraktionsmitarbeitern. Wir haben einen großartigen Start hingelegt und werden gemeinsam an der Verwirklichung unserer Ideen arbeiten müssen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Trautner. – Als nächster Rednerin darf ich Frau Kollegin Claudia Stamm das Wort erteilen. Bitte sehr.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle möchte ich mich zunächst bei den Experten und den Mitgliedern der Kommission für ihre Arbeit bedanken. Allerdings befürchte ich, dass die übertragenen Aufgaben denen des Sisyphos ähneln. Gleiche Lebensbedingungen in ganz Bayern herzustellen, das wird wohl auch diese Kommission nicht schaffen. Dennoch hätte man mit der Enquete-Kommission einen guten Schritt weitergehen können. Man hätte neue Wege gehen können, beispielsweise mit der Einrichtung eines Forschungsinstituts zum Thema räumliche Gerechtigkeit. Das war aber wohl mit der CSU nicht zu machen.

Überfliegt man die Handlungsempfehlungen, findet man einen großen Strauß an Maßnahmen, die genau eines deutlich machen: Bayern ist nicht gerecht. In Bayern herrschen nicht für alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Lebensbedingungen. Heute wurde bereits mehrfach auch von der SPD erwähnt, dass die Schaffung gleicher Lebensbedingungen schon länger, nämlich seit Wilhelm Hoegner, ein Mantra der bayerischen Politik ist.

Ich möchte an zwei Beispielen ausführen, dass es in Bayern nicht gerecht zugeht. Das erste Beispiel betrifft die Bildung. Niederbayern ist der bayerische Bezirk mit der niedrigsten Quote beim Übertritt auf das Gymnasium.

(Widerspruch bei der CSU)

Bayernweit gilt: In den Metropolen wechseln rund 60 % der Schülerinnen und Schüler an das Gymnasium. Ich kenne sogar eine Schule, an der 99 % aller Schülerinnen und Schüler an das Gymnasium gewechselt sind. Auf dem Land sind es aber nur 40 %. In vielen Landkreisen sind es noch viel weniger.

(Widerspruch bei der CSU)

Das zeigt, dass die Lebensverhältnisse in Bayern nicht gleich sind, egal wie sehr Sie sich aufregen. Es muss einen Unterschied geben. Wie begegnet die Staatsregierung dem Problem? – Sie erklärt die Region Freyung-Grafenau zur Bildungsregion. Im Bildungskonzept der Staatsregierung finden Sie eine relativ klare Darstellung darüber, was vor Ort los ist. Die Menschen wandern ab. Da können Sie sich noch so sehr aufregen. Was schlägt man jetzt vor? – Die Integration von Migranten. Zunächst sollen die Migranten eine Ausbildung absolvieren und dann in den Arbeitsmarkt integriert werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde Ihnen nahelegen, das endlich zu tun. Lassen Sie junge integrationswillige Asylbewerber endlich eine Ausbildung machen. Lassen Sie das tolle, in Bayern erfundene Konzept "3 + 2" sowohl in Freyung-Grafenau als auch in ganz Bayern zu. Wenn Sie etwas für die Bildung tun wollen, lassen sie endlich eine Gemeinschaftsschule zu. Sogar ein CSU-Bürgermeister aus Mittelfranken wollte eine Gemeinschaftsschule. Das ist gut für die Schülerinnen und Schüler und eine Chance für das Land.

Der nächste Punkt betrifft die Entwicklung. Das hat die SPD vorab auch schon gesagt: Die Entwicklung sollte von unten erfolgen. Dennoch sollte auch die Staatsregierung Maßnahmen ergreifen. Ich nenne beispielhaft Garmisch-Partenkirchen; das ist auch ein Raum mit besonderem Handlungsbedarf. Die Lösung lautet jetzt: Gesundheitsregionplus – ein Marketinglabel, nichts weiter. Gesundheit als Exportschlager einer Region, die jedes Wochenende mit dem Stau am Ende der A 95 und weiter auf der B 2 mit unsäglichen Verkehrsproblemen kämpft.

(Widerspruch bei der CSU)

An dieser Stelle wäre ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr ein Beitrag zur Gesundheitsregion, den die Staatsregierung leisten könnte. Das wäre relativ einfach.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Staatsregierung überzieht Bayern mit Bildungsregionen, mit Gesundheitsregionen, mit Clustern und Förderprogrammen. Gestern hat Richterin Martina Scherl zum Kampf gegen die Abgasbelastung in bayerischen Städten gesagt – ich zitiere: viel Blabla. Fakt ist, dass das Landesentwicklungsprogramm im letzten Jahr deutlich gezeigt hat, wohin die Reise geht: mehr Betonmischer. Letztendlich wird die Kabinenbahn am Riedberger Horn, wenn sie einmal fährt – ich hoffe es nicht –, das Symbol Ihrer verfehlten Landespolitik sein.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte kommen Sie zum Schluss.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sie können das Riedberger Horn zur bayerischen Schneeregion erheben. Zwar fällt dann immer noch keine Flocke Schnee vom Himmel, aber vielleicht fällt es Ihnen nicht auf.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Stamm. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Muthmann. Bitte sehr.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle könnte ich noch viel Positives vermerken, aber meine Redezeit beträgt nur vier Minuten. Nachdem so viel Optimistisches gesagt worden ist, möchte ich auf Kritikpunkte eingehen, weil ich glaube, dass die Enquete-Kommission mit dem jetzt vorgelegten Papier ihre Chancen nicht ausreichend genutzt hat. Die Aufgabenstellung war klar: Die Kommission sollte Handlungsstrategien und Empfehlungen für den Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung erarbeiten, wie das Verfassungsziel der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen sowie eine ausgeglichene Entwicklung der Teilräume umgesetzt werden kann. Die Kommunen haben Empfehlungen, Hilfestellungen und Konzepte erwartet. Ich bezweifle, dass mit der gebotenen Ernsthaftigkeit an diesen Aufgaben gearbeitet worden ist. Es ist bezeichnend, dass einen Tag vor der abschließenden Debatte im Plenum noch kein öffentlich zugänglicher Abschlussbericht vorliegt. Offensichtlich ist das Interesse, den Bericht zu veröffentlichen, gar nicht sonderlich groß. Die Kommission hat versucht, Fachpolitik der einzelnen Ressorts ohne Fachpolitiker zu betreiben. Das ist ein Problem. Ein Gremium wie die Enquete-Kommission kann nicht die Expertise von Politikern und Spezialisten aus allen Ressorts ersetzen. Stattdessen hätte man sich auf ressortübergreifende Konzepte konzentrieren sollen.

Der Abschlussbericht beschäftigt sich mit den falschen Fragestellungen. Statt eines Konzepts liefert der Bericht langatmige Ausführungen über den ellenlangen Fragenkatalog. Die wichtigsten Fragen wurden allerdings nicht beantwortet: Ab wann herrscht keine Gleichwertigkeit? Wer bewertet das? Welche Rolle spielen die Teilräume Bayerns bei dieser Einschätzung? Wie werden sie beteiligt? Welche Raumkategorien betrachten wir überhaupt? – Ich hätte mir auch die klare Festlegung gewünscht, dass es nicht um eine Mindestausstattung, sondern um politisch zu bewertende Maximalabweichungen zwischen den Räumen geht.

Für den Gesetzgeber ist die Frage durchaus interessant: Kann man, muss man ein solches Gleichwertigkeitsverfahren normieren? – Daneben muss es um die Festlegung von klaren Zuständigkeiten gehen. Wenn Fachpolitiken schon so großen Raum einnehmen, wie sie es hier tun, dann gibt es auch da viele Fragezeichen. Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen. Erstens. Die Kommission schlägt jetzt auf einmal einhellig die Einführung eines verbindlichen Zieles zur Reduktion des Flächenverbrauchs in Bayern vor. Wenn man dieses Thema wie die GRÜNEN angeht, wird gerade der strukturschwache Raum all seiner Entwicklungsmöglichkeiten beraubt.

Ein zweites Beispiel ist die Diskussion über die Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass ein Papier zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern zu parteipolitischen Debatten über den Grad der gewerkschaftlichen Organisation in Unternehmen führt. Nach den Ausführungen soll die öffentliche Hand Aufträge nur noch an entsprechende Betriebe vergeben dürfen. Das hat mit der Frage nach der Gleichwertigkeit schon gleich gar nichts zu tun.

Beispiel Nummer drei ist der Erhalt von Grundschulen. Dass die Kommission die Forderung nach "möglichst wohnortnahen Grundschulen" aufnimmt, lässt an ihrer Ernsthaftigkeit zweifeln. Abgesehen davon, dass die Formulierung selbst im Landesentwicklungsprogramm schon konkreter ist, wäre von der Kommission mehr zu erwarten gewesen. Wir brauchen konkrete Zahlen. Wie lange darf die Fahrt in die Schule dauern? – Wie weit darf die Schule vom Wohnort weg sein?

Ich halte die gleichwertigen Lebensbedingungen nach wie vor für ein ganz zentrales Thema. Aber ich glaube, dass der Bericht leider nicht das an Beiträgen leistet, was er hätte leisten können und müssen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Aber ich werde großen Wert darauf legen, dass wir bei den Ansätzen, die ich gerade dargestellt habe – dem Gleichwertigkeitsbericht, der Beteiligung von Teilräumen und Anforderungen an Staatsregierung und Landtag –, mehr tun, als dieser Bericht skizziert.

(Beifall des Abgeordneten Günther Felbinger (fraktionslos))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Muthmann. Weitere Wortmeldungen liegen

nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Parité in den Parlamenten (Drs. 17/18657)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeitverteilung darf ich als bekannt voraussetzen. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Osgyan. Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es heute schon gehört: Im Jahr 2018 gilt es in Bayern einiges zu feiern. Das sind hundert Jahre Freistaat Bayern, aber auch hundert Jahre Frauenwahlrecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wo stehen wir? – Frauen können wählen, Frauen können gewählt werden, und wir haben hier einige Frauen im Präsidium des Landtags, auf der Regierungsbank, wenn sie denn mal da wären. Das heißt: Prinzipiell gibt es eine Gleichberechtigung. Wenn wir uns aber im Plenum umschaun, stellen wir fest: Auf jede Frau, die hier sitzt, kommen, wenn sie sich nach links und rechts umguckt, im Schnitt zweieinhalb Männer. Das hat mit Gleichberechtigung nicht wirklich etwas zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur 28 % der Abgeordneten hier sind weiblich. Im Bundestag schaut es ähnlich trist aus: Dort sind 30,7 % der Abgeordneten weiblich. Das war schon mal wesentlich besser. In den Kommunen sind nicht mal 10 % aller kommunalen Wahlbeamten Frauen. Diese Zahlen zeigen nach hundert Jahren Frauenwahlrecht: Der Fortschritt ist eine Schnecke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der politischen Mitbestimmung durch Frauen geht es sogar wieder rückwärts, wenn wir betrachten, dass der Anteil von Frauen im Bundestag schon einmal viel größer war.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das ist beunruhigend!)

Ich finde die Bilanz nach hundert Jahren Frauenwahlrecht wirklich erschreckend, und bei der Unruhe hier im Plenum muss ich sagen: Als die Neandertaler noch

in ihren Höhlen der Fränkischen Schweiz lebten, galt es vielleicht als okay, dass man im Hinblick auf das Frauenwahlrecht so reagiert hat. Heutzutage sollte das aber nicht mehr der Fall sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir reden über ein ganz wichtiges Grundrecht. Wir brauchen gar nicht bei "#Me Too" und solchen Dingen anzufangen, wir brauchen uns bloß zu überlegen, wo die realen Benachteiligungen für Parlamentarierinnen hier im Landtag sind, wenn sie immer die Minderheit stellen und ihre Lebenswirklichkeit in den Abstimmungen marginalisiert wird. Wie hart die letzten Jahre waren, sehen wir auch in der Ausstellung "Parlamentarierinnen" hier im Landtag. Der Weg ist wirklich noch ganz, ganz weit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei optimistischer Betrachtung des Frauenanteils in Parlamenten sind Frauen in hundert Jahren vielleicht so weit, dass sie endlich einen Anteil von fifty–fifty in den Parlamenten stellen. Es geht also nicht mit freiwilligen Maßnahmen. Wir brauchen endlich ein faires Wahlrecht, das Frauen nicht strukturell benachteiligt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da muss ich sagen: Mir reicht's – und nicht nur mir. Es reicht auch vielen anderen Frauen im Landesfrauenrat, in allen wichtigen Frauenorganisationen, dem Aktionsbündnis Parité in den Parlamenten und vor allem allen wichtigen politischen Kommentatorinnen und Kommentatoren in den Leitmedien. Sie haben alle nach der Bundestagswahl wirksame Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils gefordert. Und das sollten wir hier im Parlament endlich würdigen und uns damit auseinandersetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, es ist eine Schande, dass das Parlament mit dem höchsten Frauenanteil nicht hier ist, sondern in Ruanda. In Ruanda gab es nach dem schrecklichen Genozid in den Neunzigerjahren Versuche, die Demokratie wirklich neu zu etablieren, neu zu ordnen. Da war eine Frauenquote ganz selbstverständlich. Mittlerweile gibt es dort sehr viel mehr Frauen, als die Quote fordert – weil die Frauenquote dazu geführt hat, dass Frauen in der Politik einfach als selbstverständlich wahrgenommen wurden. Der Generalsekretär der Interparlamentarischen Union sagt dazu: Die Mentalität hat sich verändert. – Das würde ich mir auch für den Landtag hier wünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frankreich arbeitet auf allen politischen Ebenen auch sehr erfolgreich mit dem Parité-Gesetz. Wir brauchen gar nicht so weit zu gehen wie bis nach Ruanda. Es gibt auch andere Bundesländer, in denen das Thema angegangen wird. Thüringen hat zum Beispiel entsprechende Initiativen ergriffen. Schauen wir nach Baden-Württemberg; da war es sogar im Koalitionsvertrag. Es ist wirklich eine Schande, wie dort damit umgegangen wird. Ihre Schwesterpartei, die CDU, lässt lieber eine Koalitionskrise zu, als den Frauenanteil im Parlament endlich anzuheben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frauen sind dort doch ganz oben, an der Spitze!)

Wenn man lieber die Koalition beinahe platzen lässt, um Frauen aus dem Parlament rauszuhalten, als den Frauenanteil anzuheben, muss ich sagen: Das spricht an dieser Stelle wirklich Bände.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, es geht um sinnvolle Repräsentanz für die Hälfte der Bevölkerung. Wir leben nun mal in einer repräsentativen Demokratie. – Frau Guttenberger, Sie haben im Verfassungsausschuss gesagt: Die Abgeordneten sind verpflichtet, dem ganzen Volk zu dienen. – Aber ich habe das Gefühl, wenn ich das so anschau: Für Ihre Partei besteht das ganze bayerische Volk zu vier Fünfteln aus Männern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf anderer Ebene haben Sie schließlich auch kein Problem mit Quoten. In Oberbayern gibt es 29 Stimmkreise; mein Bezirk Mittelfranken hat 12 Stimmkreise. Kein Mensch regt sich darüber auf, dass es einen Regionalproporz und Regionalquoten gibt – im Gegenteil: Alle erkennen an, dass wir zusehen müssen, dass alle ordentlich repräsentiert sind. Offensichtlich ist der Regionalproporz wichtig, der Frauenanteil aber nicht.

Ich fasse zusammen. Wir brauchen endlich ein faires Wahlrecht, und dazu braucht es keine komplette Neuordnung. Beispielsweise würde es reichen, Listen zu quotieren, wie es bei GRÜNEN und bei der SPD gemacht wird. Über die Frage, wie das verfassungsmäßig gemacht werden kann, können wir gerne diskutieren; da finden wir sicherlich einen Weg.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin!

Verena Osgyan (GRÜNE): Damit wir effektive Mittel finden, um Frauen angemessen an der Politik zu beteiligen – das müssen wir alle wollen –, bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu; es ist wirklich nicht schwer. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Osgyan. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Guttenberger. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die geltenden Bestimmungen über die Aufstellung der Wahlvorschläge sind verfassungskonform. Bei den formalen Anforderungen wird nicht danach unterschieden, ob Männer oder Frauen kandidieren, und niemand wird seines Geschlechtes wegen benachteiligt oder bevorzugt. Vielmehr wird in unserem Wahlsystem die Möglichkeit, sich zu bewerben und aufgestellt zu werden, geschlechtsunabhängig geregelt. Auch wenn Sie hier etwas anderes suggerieren wollen, verletzt das derzeit geltende Wahlrecht weder die Wahlrechtsgleichheit noch die Wahlvorschlagsfreiheit. Es besteht auch keine verfassungsrechtliche Pflicht, eine sogenannte Parité-Regelung einzuführen. Ich würde sogar sagen, dass eine Regelung, wie Sie sie fordern, in hohem Maße verfassungsrechtlich bedenklich ist. Das Grundgesetz bestimmt neben den Grundsätzen der freien und gleichen Wahl, dass Parteien und Wählervereinigungen im Vorfeld die Bewerberinnen und Bewerber frei aufstellen können. Es gibt diese Parteienfreiheit. Zu einer Partei gehört es, dass sie an Wahlen und Abstimmungen teilnimmt, dass sie dabei auch frei ist, wen sie in diese Positionen entsendet. Ob sie hierbei einem Regionalproporz oder was auch immer folgt, entscheidet die Partei. So weit zur Parteienfreiheit.

Die Partei entscheidet auch neutral und geschlechtsunabhängig. Was Sie hier fordern, wäre ein sehr starker Eingriff in diese Parteienfreiheit. Es wäre auch eine Einschränkung und eine Benachteiligung. Betrachten wir unser Wahlsystem: Es gibt Direktkandidaten, es gibt Stimmkreiskandidaten. Wenn Sie sagen würden, in einem Stimmkreis darf nur der Bewerber X kandidieren, sonst wäre eine Frau zu viel, oder es darf nur die Bewerberin Y kandidieren, sonst wäre ein Mann zu viel, wäre das mit der Freiheit und der Chancengleichheit und mit dem Diskriminierungsverbot nicht in Einklang zu bringen.

Auch die sogenannte binomiale Lösung, die immer wieder genannt wird, also ein Zwang, auf eine Position für ein Direktmandat sowohl einen Mann als auch eine Frau zu nominieren, wie das in Frankreich der Fall ist, ist unserem Wahlsystem fremd. Vielmehr haben wir hier eine Aufgliederung nach Direktwahl und Listenwahl. Die Stimmen aus der Direktwahl entscheiden bei der Liste wiederum darüber, welche Rangfolge die Bewerber einnehmen. Dieses so-

nannte Reißverschlussverfahren ist somit auch nicht zielführend.

Frau Osgyan, ich sage es jetzt einmal ganz spitz: Alle Parteien, die ein Reißverschlussverfahren anwenden, müssen letztlich damit leben, wenn die Bürgerinnen und Bürger eine andere Entscheidung treffen und sich nicht an das Reißverschlussverfahren halten. Die Ergebnisse weichen im Rahmen einer freien und gleichen Wahl davon ab; sie gehen vom Träger aller Staatsgewalt aus, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern, den Trägern unserer Demokratie. Das muss auch in Zukunft so möglich sein.

Auch wir möchten mehr Frauen in den Parlamenten. Gerade mir als Funktionärin der Frauen-Union ist es ein wichtiges Anliegen, Frauen verstärkt in diese Positionen zu bringen. Der Weg, den Sie vorschlagen, ist, gelinde gesagt, schlecht oder – sagen wir es noch drastischer – völlig ungeeignet. Wir werden Ihren Antrag deshalb ablehnen, weil wir die Vorschläge erstens nicht für verfassungsgemäß halten und weil wir zweitens der Ansicht sind, dass wir zwar mehr Frauen wollen, das aber nicht der richtige Weg dorthin ist.

Was dem Fass den Boden ausschlägt, ist die Tatsache, dass die Staatsregierung aufgefordert werden soll, darauf hinzuwirken, dass die Wahlchancen von Frauen verbessert werden. Also bitte! Was geht es denn in einem Land, das die Freiheit der Parteien, sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen, bestimmt, die Staatsregierung an, wer wen wann wo und wie aufstellt? Dieser Weg ist überhaupt nicht gangbar, dass sozusagen die Exekutive der Legislative vorschreibt, wie sie sich nach den Wahlen zusammensetzen soll. Auch das ist ein Grund, warum wir diesen Antrag ablehnen.

Ich sage es noch einmal, damit hier kein falscher Eindruck entsteht: Auch wir wollen mehr Frauen. Wir versuchen, dies auf den verschiedensten Wegen zu erreichen. Der von Ihnen vorgeschlagene Weg ist aber der absolut falsche. Im Übrigen hat auch der Bayerische Landtag – –

(Katharina Schulze (GRÜNE): Was sind Ihre konkreten Vorschläge?)

– Jetzt habe ich das Wort!

(Beifall bei der CSU)

Der Bayerische Landtag hat im Rahmen seiner Beschlussfassung zu der Frage, ob er sich an der Popularklage für mehr Parité in den Parlamenten beteiligt, klargestellt, dass er sich zwar beteiligt, dies aber nicht unterstützt, sondern für den falschen Weg hält. Der Landtag wird, wenn er konsequent ist, also nicht be-

grüßen können, dass diese Aktivitäten zu unterstützen sind. Das ist noch ein Grund, warum wir Ihrem Antrag nicht Folge leisten werden.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment bitte, Frau Kollegin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Fraktion hat namentliche Abstimmung beantragt. Das ist hiermit bekannt gegeben.

(Horst Arnold (SPD): Aber paritätisch!)

Frau Kollegin Guttenberger, die Kollegin Osgyan hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte sehr.

Verena Osgyan (GRÜNE): Frau Kollegin Guttenberger, Sie haben ganz viel über die Verfassungsmäßigkeit einer Popularklage gesagt. Darüber haben wir an anderer Stelle ausführlich debattiert. Darum geht es in unserem Antrag gar nicht.

Ich möchte Sie Folgendes fragen: Bestreiten Sie, dass die Staatsregierung ein Recht hat, zum Beispiel einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem das Wahlrecht geändert wird? Sie sagen ständig, man könne sich nicht einmischen, wie die Parteien ihre Kandidaten aufstellen. Es ist doch gang und gäbe, dass die Richtlinien für ein Wahlrecht von der Regierung mit einem Gesetzentwurf geändert werden können. Das kann auch der Landtag machen. Ich musste mich über Ihre Äußerung gerade sehr wundern.

Der andere Punkt ist: Haben Sie denn irgendwelche Vorschläge, wie man die Benachteiligung von Frauen an dieser Stelle beenden könnte? Man begrüßt zwar, dass mehr Frauen in die Parlamente kommen, aber geht ordnungsrechtlich an der Stelle nicht vor. Mich würde interessieren, welchen konkreten Vorschlag Sie haben, wie man das anders lösen könnte.

Sie sagen, es sei nicht verfassungsgemäß. Wir können uns doch nicht darüber streiten, ob es verfassungsgemäß ist, Vorschläge vorzulegen, wie das Wahlrecht geändert werden soll, damit mehr Chancengerechtigkeit erreicht wird. Nichts anderes wollen wir mit unserem Antrag. Natürlich können die Bürgerinnen und Bürger die Wahllisten verändern. Das ist in allen Ländern der Welt so, in denen es Parité-Gesetze gibt. Das will gar niemand bestreiten. Ich bitte Sie: Machen Sie einmal einen konstruktiven Vorschlag, und nehmen Sie zum Thema Stellung. Ich würde mich darüber freuen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Petra Guttenberger (CSU): Frau Osgyan, da es die sogenannte Parteienfreiheit gibt, darf jede Partei für

sich entscheiden. Sie dürfen Ihren Weg nehmen, wir werden unseren Weg nehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

– Ich habe mit Ihnen keinen Beratervertrag, Frau Kollegin, und deshalb dürfen Sie Ihre Wege gehen, und wir werden unsere gehen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Aber was ist denn Ihr Weg?)

Ich sage es noch einmal: Qualität wird sich in jedem Fall durchsetzen. Das zeigt sich auch an der steigenden Zahl.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): In einhundert Jahren!)

Wir waren noch nie für ordnungsrechtliche Regelungen. Wir sind für Anreize. Für uns ist es wichtig, dass Mandate auch für Frauen attraktiv sind, sodass sie sich darum bewerben.

(Thomas Gehring (GRÜNE): In der CSU sind sie nicht attraktiv!)

Die Rezepte von vorgestern – ich verlange, dass das so und so und so gemacht wird – sind nicht unser Weg. Diesen Weg werden wir nicht gehen. Wir halten es für verfassungsrechtlich nicht machbar zu verlangen, dass immer ein Paar aufgestellt werden muss. Vielleicht will der Bürger in freier, geheimer Wahl den Kandidaten A wählen, aber die Kandidatin B nicht oder die Kandidatin B, aber den Kandidaten A nicht, muss diese aber mitwählen. Das ist nicht unsere Vorstellung von Wahlrecht und auch nicht die Vorstellung von Wahlrecht, die sowohl das Grundgesetz als auch die Bayerische Verfassung beschreiben.

(Verena Osgyan (GRÜNE): Gewagte Aussage!)

– Was Sie als gewagt empfinden, steht Ihnen frei. Das ist eine Wertung. Unsere Wertung ist die, dass dieser Antrag den falschen Weg aufzeigt und wir ihm deshalb keinesfalls folgen werden.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Guttenberger. – Für die SPD-Fraktion darf ich jetzt Frau Kollegin Dr. Strohmayr das Wort erteilen. Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Es ist schon gesagt worden: Wir feiern in diesem Jahr 100 Jahre Freistaat Bayern und damit verbunden 100 Jahre Frauenwahlrecht. Was liegt also näher, als

sich die Situation der Frauen in den Parlamenten einmal näher anzusehen? Wenn man das tut, sieht man sehr schnell, dass hier im Bayerischen Landtag seit dem Jahr 1946 – ich habe mir das einmal angeschaut – die männlichen Abgeordneten unentwegt in der Mehrheit, und zwar teilweise in der überwiegenden Mehrheit waren. Liebe Kollegen und liebe Frau Guttenberger, ich führe das einmal ganz konkret aus, damit Sie die Situation vor Augen haben. 1946: 1,7 % Frauen. 1950: 3,4 % Frauen. 1954: 2,9 % Frauen. 1970 – da gab es einen kleinen Sprung –; immerhin 7,8 % Frauen. 1986: immerhin schon 13,2 % Frauen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Da waren die GRÜNEN dabei!)

– Nein, der richtige Sprung kommt jetzt erst. 1994: erstmals 21 % Frauen. Das war das Jahr, in dem die GRÜNEN hereinkamen und wir – also die SPD – eine Quote in den Parteistatuten hatten.

(Karl Freller (CSU): Sie waren seit 1986 dabei!)

2008: endlich 31 % Frauen; da haben wir Frauen einmal die 30-Prozent-Hürde geknackt. Jetzt sind wir wieder bei 28 %.

(Zuruf von der CSU: Das sind die FREIEN WÄHLER!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist also überhaupt nicht so, dass es automatisch immer aufwärts geht. Es geht sogar rückwärts, und selbst in der Legislaturperiode ab dem Jahre 2008, also 90 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts, als die meisten Abgeordneten hier im Landtag saßen, waren die Frauen immer noch erheblich in der Minderheit. Ich nenne Ihnen einmal die Verhältnisse damals: Es waren 59 Frauen und 128 Männer. So viel zur Situation der Frauen hier im Bayerischen Landtag, und das, obwohl wir Frauen in Bayern 51 % der Bevölkerung ausmachen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Zahlen sollten uns wirklich zum Nachdenken bringen. Das Grundgesetz, liebe Frau Guttenberger, verpflichtet den Gesetzgeber, die Chancengleichheit für Kandidaten effektiv durchzusetzen. Sie kennen das Grundgesetz und den Artikel 118 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung; dort steht es nämlich. Dieser Absatz ist im Jahr 1994 eingefügt worden und soll bewirken, dass die Chancengleichheit umgesetzt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss also feststellen, dass das im Grundrecht verankerte Recht auf Chancengleichheit von Kandidatinnen und Kandidaten gegeben sein muss. Das ist aus meiner Sicht mehr als ein reiner Programmsatz. Liebe Frau Gutten-

berger, Sie haben hier sehr juristisch dargelegt, warum ein Paritätsgesetz aus Ihrer Sicht nicht verfassungsgemäß sein kann. Dem möchte ich widersprechen. Es wird durchaus in Juristenkreisen argumentiert, dass das Demokratiegebot gerade dafür spricht, dass der Satz, der 1994 ins Grundgesetz aufgenommen wurde, endlich umgesetzt werden muss.

Trotzdem fehlen bis heute jegliche gesetzliche Vorgaben hier in Bayern und auch in anderen Bundesländern, obwohl seit Langem bekannt ist, dass für die geringe Anzahl der weiblichen Abgeordneten die Nominierungsverfahren in den Parteien maßgebend sind. Ich möchte das ganz konkret darstellen. 2013 haben sich in Bayern 1.769 Personen zur Wahl gestellt. 977 waren Direktkandidaten. Was meinen Sie, wie viele davon Frauen waren?

(Zuruf von der CSU: 1.000!)

Es waren gerade einmal 354. Dann ist aber klar: Wenn sich in den Parteien so wenig Frauen als Direktkandidaten durchsetzen, werden letztendlich viel weniger Frauen als Männer gewählt werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe vorhin schon ausgeführt, dass die SPD in ihren Parteistatuten zwei sehr effektive Regelungen für die Aufstellung hat. Das sind die Quote und der Reißverschluss. Deswegen ist auch unsere Fraktion mit dem höchsten Frauenanteil hier im Bayerischen Landtag vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Das ist kein Wunder; wir haben ja heute schon darüber gestritten, wer das Frauenwahlrecht eingeführt hat. Ich kann Ihnen sagen, die SPD kämpft seit August Bebel für die Frauen. Wir als SPD-Fraktion stehen da gut da. Aber wir wünschen uns, dass die Regelungen, die wir in unseren Statuten haben, zu gesetzlichen Regelungen werden. Deswegen unterstützen wir den Antrag und bitten Sie, desgleichen zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Nächste Wortmeldung: Kollege Aiwanger. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute darüber, ob es für dieses Land und für die Demokratie besser wäre, wenn mehr Frauen im Parlament säßen. Auch wir FREIE WÄHLER sind der Überzeugung: Jawohl, der Frauenanteil dürfte und

sollte gerne höher sein. Wir unterscheiden uns nur auf dem Weg dorthin.

Ich glaube, es ist der falsche Weg, das Wahlrecht so zu gestalten, dass man das Ergebnis vorwegnehmen will, also das Wahlrecht so zu ändern, dass am Ende mindestens 50 % Frauen herauskommen. Damit würden wir mit Sicherheit nicht nur in die Aufstellungsver-sammlungen eingreifen, sondern das ginge fast darüber hinaus. Man müsste dann sogar trotzdem noch weiter verschieben. Vielleicht müsste man dann für fünf Kandidaten drei Frauen aufstellen, um als Wahlergebnis 50 : 50 herauszubekommen.

(Zurufe von der SPD)

Dann stellen wir uns noch die Frage, ob es das einzige Ziel sein muss, den Anteil von Frauen und Männern 50 : 50 abzubilden. Wir haben in diesem Staat einen zunehmenden Anteil an Migranten. Sie werden sehr bald sagen: Die Liste ist so aufzustellen, dass Leute mit Migrationshintergrund mindestens in demselben Prozentsatz auftauchen. In der Bevölkerung draußen wird häufig kritisiert, dass hier Lehrer und Juristen überrepräsentiert seien.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Also werden wir darauf hinwirken müssen, dass in der Liste auch genügend Arbeiter Plätze bekommen, damit für die Arbeiterschaft genügend Prozente herauskommen. Warum unterscheiden wir in dieser Gesellschaft nur zwischen Mann und Frau und nicht nach anderen Kriterien?

(Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Allein schon deshalb ist die Frage zu stellen, worauf Sie am Ende hinauswollen.

Ich sage Ihnen, was der Ansatz der FREIEN WÄHLER ist. Ich glaube, dass wir Rahmenbedingungen schaffen müssen, die Frauen eine größere Chance geben, in der Gesellschaft Karriere zu machen. Da sind wir im Bereich der Kinderbetreuung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich bin davon überzeugt, dass wir das Frauenbild auch im Bereich der Bildung ändern und Frauen dazu ermutigen müssen, selbstbewusster zu sein, weil Frauen häufig sogar besser qualifiziert sind. Wir sehen das anhand der Schulnoten und der Abiturnoten. Die besseren Zeugnisse haben in der Regel die Frauen. Karriere aber machen nachher die Männer mit den schlechteren Noten, weil Frauen in der direkten Konkurrenz zum Mann häufig zurückziehen. Wenn bei der Listenaufstellung ein Mann und eine Frau in der Debatte sind und gefragt wird, wer den Platz besetzen soll, wird der

Mann häufig robuster auftreten und die Frau sich eher wegducken.

(Zurufe – Unruhe)

Das führt dann zu der ersten Entscheidung, dass mehr Männer auftauchen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber das werden wir nicht erreichen, indem wir gesetzlich verbieten, dass in einer Aufstellungsversammlung so viele Männer aufgestellt werden, wie es ihr beliebt, sondern das werden wir dadurch erreichen, dass wir Frauen selbstbewusster machen, damit sie die Konfrontation nicht scheuen. Sonst muss der Staat ständig an der Seite der Frauen mitlaufen und aufpassen.

Es geht weiter beim Besetzen der Posten von Ministern, Staatssekretären usw. Dann werden Sie auch dort staatlicherseits Quoten verordnen müssen, weil sich sonst ein Ministerpräsident-Aspirant gegen eine Ministerpräsidentin-Aspirantin durchsetzt. Da können Sie doch nicht sagen: Hier kommen wir mit der Quote, weil jetzt die Frau ran muss und nicht der Mann.

Nach meinem Dafürhalten ist das im Endeffekt zu viel Quotendenken. Damit wird das Ergebnis als Ziel vorgezogen.

(Zuruf von der SPD)

Im schlimmsten Fall werden wir am Ende bei einem Quotensystem landen, wo wir gar nicht mehr wählen müssen, sondern wo wir nur noch per Quote definieren: Frauen, Männer, Migranten, Arbeiter usw. Dann brauchen wir gar nicht mehr zu wählen, und dann sind wir glücklich. Das aber ist nicht mein Bild von Demokratie.

(Zurufe von der SPD)

Mein Bild von Demokratie sieht so aus, dass in freien Aufstellungsversammlungen Listen aufgestellt werden, wobei sich ein Mann am Ende nicht dafür rechtfertigen muss, dass er überhaupt noch kandidiert.

(Zuruf von der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Halt, einen kleinen Moment! Zwei Zwischenbemerkungen sind angemeldet, nämlich Frau Kollegin Claudia Stamm und die Kollegin Müller. Zunächst bitte Frau Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Kollege Aiwanger, Sie hatten angesprochen, dass Ihrer Meinung nach eine ganz andere Vielfalt im Parlament abgebildet sein sollte. Da bin ich ganz Ihrer Meinung. Es

sollten endlich auch mehr Menschen mit Behinderung und mehr Menschen, die sich outen – schwul oder lesbisch oder sonst wie – hier vertreten sein.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ach, das dritte Geschlecht, okay.

Claudia Stamm (fraktionslos): Da haben Sie recht. – Jetzt will ich aber zu dem eigentlichen Thema zurückkommen, zur Parité für Männer und Frauen. Ich habe zunächst nichts dagegen, dass ein Mann spricht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Gleichstellungspolitik muss auch Männersache werden, weil wir nicht weiterkommen mit einer Gleichstellungspolitik, die immer nur Frauensache ist, insofern schon mal ein Kompliment dafür.

Sie sprachen gerade von "anderen Rahmenbedingungen". Da frage ich mich schon sehr, warum keine einzige Frau aus Ihrer Fraktion im Raum ist. Sind das die anderen Rahmenbedingungen, die Sie schaffen wollen? Ich würde mich sehr über eine Antwort darauf freuen.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Antwort bekommen Sie; vielleicht wird sie Ihnen aber nicht gefallen. Bei uns haben die Frauen Karriere gemacht: Eine ist Landrätin geworden, eine andere ist ins Europaparlament gegangen. Bei euch hingegen ist die Frau hinausgemobbt worden, vielleicht sogar zum Teil von anderen Frauen.

(Zurufe)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Halt, da ist noch die zweite Zwischenbemerkung.

(Zurufe)

Ruth Müller (SPD): Kollege Aiwanger, Sie haben vorhin davon gesprochen, dass auch Arbeiter und Migranten paritätisch in den Parlamenten vertreten sein sollten. Heute aber geht es um die Parité von Mann und Frau. Im Grundgesetz steht nämlich, dass der Staat darauf hinzuwirken hat, eine tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen durchzusetzen. Nur darum geht es heute.

Wenn die Meinung eines niederbayerischen Fraktionsvorsitzenden der FREIEN WÄHLER lautet, dass Frauen weniger robust seien, dann muss ich das ganz entschieden zurückweisen!

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was sind die weniger?

Ruth Müller (SPD): Sie haben gesagt, die Frauen seien vielleicht weniger robust. So was lasse ich mir nicht gefallen! Das ist eine Beleidigung für alle Frauen!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Da hat sie recht!)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auch Frauen sollten vielleicht hinhören, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt, dass Männer bei der Aufstellungsverammlung eventuell robuster auftreten als Frauen und Frauen sich eher wegduckten.

(Zurufe: Oh! – Unruhe)

Das ist unter anderem ein Grund dafür. Wenn Sie damit nicht leben können, dann sei es so.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Ich eröffne jetzt die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.14 bis 18.19 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte Sie, jetzt die Plätze einzunehmen oder die Diskussion draußen fortzuführen. Wir warten auf das Ergebnis der Auszählung. Einstweilen machen wir mit den Tagesordnungspunkten 6 und 7 weiter.

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 6 und 7** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gundremmingen und die Missstände in der bayerischen Atomaufsicht (Drs. 17/19248)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Herbert Woerlein, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD) Bevölkerung schützen - fehlerhafte Brennstäbe im Atomkraftwerk Gundremmingen sofort austauschen! (Drs. 17/19231)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtrededzeit der Fraktionen beträgt auch hier 24 Minuten. Die Verteilung darf ich als bekannt voraussetzen. Erste Rednerin ist Kollegin Steinberger. Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt kommt die Rede einer niederbayerischen Frau zu einem sehr robusten Thema, nämlich zum Thema Atomkraft.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Gundremmingen ist mit Abstand das gefährlichste Atomkraftwerk in Deutschland.

(Thomas Kreuzer (CSU): Oje, oje!)

Gundremmingen ist das letzte Siedewasserkraftwerk, das noch in Betrieb ist. Siedewasserreaktoren sind Billigreaktoren, bei denen das Risiko für einen atomaren GAU deutlich erhöht ist. Seit 1995 wurde in ganz Europa kein Siedewasserreaktor mehr in Betrieb genommen – und das aus gutem Grund! Spätestens seit Fukushima sollte das jeder und jede wissen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gundremmingen ist auch der älteste deutsche Reaktor, der noch in Betrieb ist. Wenn es nach dem Willen der Staatsregierung geht, soll Gundremmingen auch der Reaktor sein, der so alt werden soll wie kein anderer in Deutschland. Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber wir wollen dieses Risiko nicht mehr länger tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Gundremmingen sind schon so viele Zwischenfälle passiert, dass man sie gar nicht mehr alle aufzählen kann. Ich erinnere nur an die Schadsoftware, die sich jahrelang auf diversen Rechnern ausgebreitet hat. Zum Glück ist ein AKW weitgehend analog, sodass nichts passiert ist. Glück gehabt, kann ich da nur sagen. Oder das Brennelement, das beim Beladen abgestürzt ist. Es ist aber so gefallen, dass es keinen Schaden angerichtet hat. Wieder Glück gehabt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie viel Glück brauchen wir denn eigentlich noch in Gundremmingen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie oft darf denn da noch etwas passieren? Wie oft sagt das Ministerium noch, dass man sich doch nicht so aufregen soll? Es wäre ja nichts passiert. Uns jedenfalls reicht es jetzt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Pannenmeiler Gundremmingen gehört abgeschaltet – je früher, desto besser! Der letzte Fall in einer langen Kette von Unregelmäßigkeiten in Gundremmingen ist der Einsatz von Brennelementen, die die atomrechtlichen Anforderungen nicht erfüllen. Was war denn passiert? – Die französische Herstellerfirma hatte aufgrund eines Computerfehlers jahrelang fehlerhafte Brennelemente ausgeliefert und fehlerfreie aussortiert – und keiner hat es gemerkt: ein Skandal!

Es ist schon peinlich genug, dass die Atomaufsichtsbehörde erst durch eine Recherche des Schweizer Fernsehens auf diesen Vorfall aufmerksam gemacht wurde. Noch peinlicher aber ist das unterschiedliche Verhalten der Atomaufsichtsbehörden. In der Schweiz wurden während einer Revision diese Brennelemente umgehend ausgetauscht. Die Revision wurde deutlich verlängert, und der Reaktor ging erst nach drei Monaten wieder in Betrieb – mit korrekten Brennelementen.

Und was ist in Bayern passiert? – Keine auch nur annähernd konsequente Aktion! Im Gegenteil: Der Einsatz der nicht geeigneten Brennelemente wird bis heute geduldet. Der Reaktor läuft in nicht genehmigtem Zustand. Es kann natürlich sein, dass das wieder keine Folgen haben wird. Mit Glück passiert wieder nichts. Aber wollen wir dieses Glück wirklich schon wieder herausfordern? Wir sagen Nein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Ministerium gilt aber offensichtlich die Devise: nur keine Konsequenzen, die dem Betreiber einen wirtschaftlichen Nachteil bringen könnten! Das scheint die Richtschnur im Ministerium zu sein. Wir halten den Umgang des zuständigen Referats der bayerischen Atomaufsicht mit dem Reaktor in Gundremmingen für sehr fahrlässig – sowohl bei den vielen Ereignissen im Betrieb als auch bei der grundsätzlichen Bewertung des Reaktors, insbesondere was die Sicherheit bei Angriffen von außen und beim Notkühlsystem angeht. Wir halten darum eine externe und interne Überprüfung der Vorgänge in diesem Referat für sinnvoll und notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir halten das für so notwendig, wie wir es in unserem Antrag ausgeführt haben. Wir bitten deshalb um Ihre Zustimmung zu Sicherheit für die bayerische Bevölkerung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was den Antrag der SPD angeht, so stimmen wir dem gerne zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Woerlein für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Herbert Woerlein (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Am 31. Dezember 2017 wurde Block B des AKW Gundremmingen planmäßig vom Netz genommen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Okay!)

Wir haben aber keinen Grund und kein Recht, uns erleichtert zurückzulehnen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Oje!)

Nach der bisherigen Planung soll Block C erst zum Jahresende 2021 abgeschaltet werden. Wenn wir an dieser Planung festhalten wollen, muss die Sicherheit der Bevölkerung für den noch ausstehenden Zeitraum gewährleistet sein.

Ich will Ihnen gerne erläutern, warum ich die Sicherheit gefährdet sehe. Es sind in erster Linie drei Faktoren: Erstens, der aktuell zu diskutierende Fall der defekten Hüllrohre der Firma Areva. Zweitens, die enorme Häufung von sicherheitsrelevanten Vorkommnissen in der laufenden Legislaturperiode. Drittens, das Krisenmanagement und die mangelhafte Informationspolitik der Betreiber sowie die ausgesprochen betreiberfreundliche Ausübung der Atomaufsicht.

Erstens, zu den defekten Hüllrohren: Am 21. November 2017 wurden erstmals Mängel an einigen Brennstäben bekannt. Laut dem Schweizer Sender SRF wurden bei der Firma Areva undichte Hüllrohre für Brennelemente hergestellt, die in den Produktionsprozess gelangten, statt ausgemustert zu werden. Die fehlerhaften Hüllrohre wurden unter anderem auch im Kernkraftwerk Gundremmingen verbaut. Während das schweizerische AKW Leibstadt abgeschaltet wurde – Kollegin Steinberger hat das bereits erläutert –, sieht man dazu beim Betreiber des AKW Gundremmingen keine Veranlassung; auch nicht zum Austausch.

Am 28. November 2017 habe ich den heute auf der Tagesordnung stehenden Dringlichkeitsantrag gestellt, um sicherzustellen, dass die fehlerhaften Hüllrohre ausgetauscht werden. Dieser Antrag wurde am 30.11.2017 im Umweltausschuss abgelehnt. Ich hätte auf jeden Fall erwartet, dass der Betreiber die defek-

ten Hüllrohre für Brennelemente austauscht. Wenn der Betreiber hierzu nicht bereit ist, ist es die ureigene Aufgabe der bayerischen Aufsicht, die das Umweltministerium ausübt, für einen Austausch zu sorgen.

Zweitens, zur Häufung sicherheitsrelevanter Vorkommnisse: Sicher ist nur das Risiko – so können die Ereignisse der letzten Jahre zusammengefasst werden. In der laufenden Legislaturperiode beschäftigte sich der Landtag ständig mit sicherheitsrelevanten Vorkommnissen im AKW Gundremmingen. Im März 2015 bauten Handwerker bei Instandhaltungsarbeiten nicht die Armatur am abgeschalteten Reaktor, sondern die Armatur am laufenden Reaktor aus – und lösten eine Schnellabschaltung aus. Im November 2015 stürzte bei einer Umlagerung im Abklingbecken ein Brennstab bündel circa 4 Meter ab. Purer Zufall verhinderte Schlimmstes. Im April 2016 wurden Computerviren auf einem ungeschützten Computer und auf 18 Wechseldatenträgern entdeckt. Die IT-Sicherheitsvorkehrungen waren dilettantisch. Im Juni 2017 stellten Prof. Manfred Mertins und Obergutachter Lothar Hahn, ehemaliger Vorsitzender der Reaktorsicherheitskommission, fest, dass in Gundremmingen ein Zwischenkühlkreislauf fehle und dass das AKW damit nicht den geltenden Sicherheitsbestimmungen entspreche.

Drittens, zur Informationspolitik der Betreiber und der Atomaufsicht: Beim aktuellen Fall der Hüllrohre war es der 21. November 2017, an dem die Öffentlichkeit durch den Schweizer Fernsehsender von diesem Mangel erfuhr. Im Umweltausschuss räumte Ministerialrat Ludwig Wiedenmann vom Umweltministerium ein, bereits Anfang November von dem Mangel gewusst zu haben.

Dies ist kein Einzelfall, sondern leider ist es die Regel, dass wir Abgeordnete von den Medien über Missstände informiert werden. Erst dann findet auf Antrag der Oppositionsparteien eine Aussprache im Umweltausschuss statt. Auch kann ich als Mitglied des Umweltausschusses die in der Begründung ihres Antrags getroffene Einschätzung durch die Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vollumfänglich bestätigen, dass das Verhalten der zuständigen Referenten im Bayerischen Umweltministerium durchaus als betreiberfreundlich eingestuft werden kann. Dass die defekten Hüllrohre im AKW Gundremmingen ausgetauscht werden müssen, ist völlig unstrittig. Die Reaktion der Schweizer Atomaufsicht muss für Bayern Maßstab sein. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag und zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und ich appelliere an den designierten Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern: Herr Söder, machen Sie doch diese Sache zur Chefsache, und sorgen Sie für ein sicheres AKW Gundremmin-

gen! Sorgen Sie für einen Austausch der defekten Hüllrohre, oder noch besser: Schalten Sie den verbliebenen Block C ab, und ziehen Sie den Schlusstrich unter das Kapitel "Atomkraft in Bayern"!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Woerlein. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Ritt. Bitte schön.

Hans Ritt (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Vier Wochen ist es her, dass der Block B, einer der beiden aktiven Reaktoren im Kernkraftwerk Gundremmingen, endgültig abgeschaltet worden ist.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ein grüner Erfolg!)

Und kaum vier Wochen später starten Kollegen der GRÜNEN und der SPD wieder einen Versuch, das Kernkraftwerk Gundremmingen als Teufelswerk zu verunglimpfen

(Thomas Gehring (GRÜNE): C folgt auf B! Das springt dann über!)

und damit unsere Bürgerinnen und Bürger bis ins Mark zu verunsichern. Und wieder, jetzt schon zum dritten Mal, darf ich vor diesem Hohen Hause festhalten: Das KKW Gundremmingen erfüllt alle sicherheitstechnischen Anforderungen und trifft ausreichende Maßnahmen zur Einhaltung der Sicherheitsziele. Insbesondere im internationalen Vergleich werden höchste Sicherheitsstandards eingehalten und ausländische Anlagen oftmals weit übertroffen; denn die Sicherheit ist oberstes Gebot für die bayerische Atomaufsicht. Und so gibt es bei der atomrechtlichen Aufsicht über das KKW Gundremmingen keine Sicherheitsrabatte. Das gilt selbstverständlich auch für den Einsatz von Brennelementen. Für den Betrieb von Kernkraftwerken muss jederzeit die erforderliche Vorsorge gegen Schäden getroffen werden. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, war und ist für uns jederzeit gegeben. Unmittelbar nach Bekanntwerden des besagten Qualitätsfalls hat die bayerische atomrechtliche Aufsichtsbehörde unverzüglich eine sicherheitstechnische Bewertung veranlasst und selbst vorgenommen. Das Ergebnis: Die vier im Block C des Kernkraftwerks eingesetzten, vom Qualitätsfall beim Hersteller betroffenen Brennstäbe sind absolut befundfrei, sowohl hinsichtlich der an den Hüllrohren durchgeführten Wirbelstromprüfung als auch hinsichtlich der am fertigen Brennstab durchgeführten Dichtungsprüfung.

Auch für die bei der Ultraschallprüfung aufgetretenen Abweichungen hat die Aufsichtsbehörde unverzüglich

eine sicherheitstechnische Bewertung vom Betreiber bzw. Hersteller eingeholt. Die Bewertungen wurden dann augenblicklich durch den vom Ministerium beauftragten Sachverständigen – TÜV Süd – geprüft. Das Ergebnis: Gegen den weiteren Einsatz der betroffenen Brennelemente bestehen keine Bedenken, und Brennstabdefekte sind aufgrund des beschriebenen Qualitätsfalls nicht zu befürchten. Gegen den Betrieb des Blocks C mit dem derzeitigen Kern bestehen somit keine sicherheitstechnischen Bedenken. Eine aufsichtliche Anordnung zum Abfahren des Blocks C ist in keinsten Weise zu rechtfertigen, zumal das Kernkraftwerk Gundremmingen für den Betrieb mit Brennstabhüllrohrschäden ausgelegt ist. Im Gegenteil, sie wäre sogar rechtswidrig. Die eben dargestellte Vorgehensweise ist nach Atomgesetz ausschließlich unter gesetzlichem ferntechnischem Regelwerk zulässig. Die Vorwürfe gegen die bayerische Atomaufsicht, so geschehen im Antrag der GRÜNEN, entbehren jeglicher Grundlage. Zudem handelt es sich bei den angeführten Vorkommnissen im Kernkraftwerk Gundremmingen durchweg um Ereignisse der INES-Stufe null, das heißt mit keiner oder nur sehr geringer sicherheitstechnischer Bedeutung.

Nun zum Antrag der SPD: Bei der beim Brennelementehersteller Areva in den vergangenen Jahren vereinzelt aufgetretenen fehlerhaften Zuordnung von Prüfdatensätzen bei der Hüllrohrfertigung handelt es sich um einen anlagenunspezifischen Qualitätssicherungsfall der Firma Areva. Im Kernkraftwerk Gundremmingen sind nur vier der circa 70.000 im Kern des Blocks C eingesetzten Brennstäbe betroffen. Diese vier Brennstäbe waren und sind dicht. Im Gegensatz zu Leibstadt, das Sie vorher aufgezählt haben, Frau Kollegin Steinberger, reden wir hier von 28 Brennstäben, nicht von 4 wie in Gundremmingen. Außerdem, Herr Kollege Woerlein, ist Leibstadt nicht abgeschaltet worden, wie Sie vorher ausgeführt haben,

(Herbert Woerlein (SPD): Nein, das war eine Revision!)

sondern Leibstadt ist in die Revision gegangen.

(Herbert Woerlein (SPD): Ja, genau!)

Es waren im Gegensatz zu Gundremmingen 28 Brennstäbe. Die Brennstäbe sind in zwei Brennelementen eingesetzt und bereits im fünften Zyklusjahr, das heißt betriebsbewährt ohne Hinweis auf einen Defekt im Einsatz. Gegen den weiteren Einsatz der vier Brennstäbe bestehen somit keine sicherheitstechnischen Bedenken.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die bayerische atomrechtliche Aufsicht im Ministerium hat durchweg alle Ereignisse unter Hinzuziehung des

Sachverständigen TÜV Süd sofort einer sicherheitstechnischen Bewertung unterzogen. Alle erforderlichen Sofortmaßnahmen wurden ergriffen. Es wurden unverzüglich Untersuchungen zu den Ursachen aufgenommen und die entsprechenden Maßnahmen gegen Wiederholung veranlasst. Zudem ist das Kernkraftwerk Gundremmingen wie bereits erwähnt für den Betrieb mit Brennstabhüllrohrschäden ausgelegt, da solche beim Betrieb von Kernkraftwerken grundsätzlich nicht auszuschließen sind. Hierfür bestehen entsprechende Rückhalteüberwachungseinrichtungen und ein Mehrfachbarrierenkonzept. Entscheidend ist die Einhaltung der im Betriebshandbuch und in der Betriebsgenehmigung festgelegten Grenzwerte. Dies wird laufend überwacht, insbesondere auch behördlich durch das Landesamt für Umwelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, anstatt Hysterie und kurzsichtigen Denkens empfehle ich Ihnen den "Welt"-Artikel "Am 15. Januar 2020 droht Deutschland der Strom auszugehen". Dieser Artikel ist erst vor wenigen Tagen in der "Welt" veröffentlicht worden. Die vier großen Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz, Amprion, TenneT und TransnetBW haben in ihrem Bericht der deutschen Übertragungsnetzbetreiber zur Leistungsbilanz von 2016 bis 2020 voraussichtliche Stromeinspeisungen und den Stromverbrauch gegenübergestellt und einen Stichtag und eine Uhrzeit gewählt, zu dem bzw. zu der erwartungsgemäß der höchste Deckungsbedarf und der niedrigste Speicherwert im Stromnetz herrschen. Sie prognostizieren, dass am 15. Januar 2020 um 19.00 Uhr Deutschland nicht mehr in der Lage sein könnte, Extremsituationen im Stromnetz selbst zu bewältigen. Derzeit kann die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet werden. Noch erzeugen konventionelle Energieträger zwei Drittel des Stroms hierzulande und sorgen dafür, dass die Lichter an bleiben. Ich frage Sie also: Wie wollen Sie unseren Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass sie zu gegebenen Zeiten auf Strom verzichten und damit ihren Lebensstandard stark einschränken müssen?

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das ist völlig unseriös, was Sie da machen! So ein Schmarrn! Da spielen Sie mit der Angst der Menschen! So ein Blödsinn! Fachlich total daneben!)

Und all dies nur, weil Sie die unüberlegte, fachlich-sachlich komplett unbegründete und zudem rechtswidrige Abschaltung von Gundremmingen fordern.

Wir werden dem Antrag nicht zustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Nichts gelernt!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment, Herr Kollege Ritt! – Wir haben zwei angemeldete Zwischenbemerkungen. Zunächst Frau Kollegin Kamm, dann Herr Kollege Scheuenstuhl. Frau Kamm, bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Rütth, zu meinem großen Erstaunen höre ich aus Ihren Wortmeldungen, dass Sie den beschlossenen Atomausstieg offenbar rückgängig machen wollen und ein Plädoyer für das Weiterlaufen der Atomkraftwerke in Bayern halten. Ist das wirklich Ihre Meinung? Ist das die Meinung der CSU-Fraktion? Ist das die Meinung der Umweltministerin des Freistaates Bayern? Das hätte ich gern als Erstes gewusst.

Das Zweite: Sie berufen sich immer wieder auf eine zu Recht als relativ betreiberfreundlich bezeichnete Atomaufsicht und auf irgendwelche Sicherheitsüberprüfungen der Betreiber. Ich denke, gerade bei so etwas Hochriskantem wie der Atomenergie muss man ein drittes Auge haben. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie einfach, ob Sie sich in Ihrem Leben schon einmal auch mit kritischen Studien auseinandergesetzt haben. Haben Sie zum Beispiel die Kinderkrebsstudie in Bezug auf das Atomkraftwerk Gundremmingen gelesen bzw. zur Kenntnis genommen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hans Ritt (CSU): Frau Kollegin Kamm, das sollte nicht – wie Sie mir unterstellen – ein Plädoyer für den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke sein.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hat sich aber so angehört!)

– In keinster Weise. – Sie fordern, Gundremmingen sofort abzuschalten; darauf zielt Ihr Antrag ab. Dann hätten wir leider ein Problem.

Wir brauchen in Zukunft eines: Speichertechnologien! Diese haben wir noch nicht. Was würde geschehen, wenn Sie Gundremmingen heute aus dem Netz herausnehmen? – Dazu ein Beispiel: Wir haben das Potenzial für 42 Gigawattstunden Sonnenstrom und für 52 Gigawattstunden Windstrom aufgebaut; in der Summe sind es aktuell zwischen 94 und 95 Gigawattstunden. Am 24. Januar 2017 lieferten uns um 7.00 Uhr in der Früh Sonne und Wind 0,7 Gigawattstunden – von 94! Das ist doch die Realität. Um 9.00 Uhr lieferte uns regenerativer Sonnen- und Windstrom 2 Gigawattstunden. Zu jener Zeit lag unser gesamter Stromverbrauch bei 84 Gigawattstunden; genau waren es 83,6. 94 hätten wir, 0,7 haben wir! Daran sehen Sie doch, dass einiges schief ist. Wenn wir jetzt, wie Sie es fordern, die Atomkraftwerke komplett schnell abschalten, dann bekommen wir in

Deutschland ein Problem. Sie müssen dann den Bürgern erklären, warum die Lichter ausgehen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN – Katharina Schulze (GRÜNE): Wir waren in der Debatte auch schon einmal weiter!)

Es ist ganz einfach: Wir brauchen Speichertechnologien.

Neben Ihrer Studie – ich bin bei Ihrer zweiten Frage – gibt es andere Studien, nämlich solche, die genau das Gegenteil besagen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Zwischenbemerkung: Kollege Scheuenstuhl. Bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Kollege Ritt, die Versorgungssicherheit, die Sie ansprechen, ist mit Sicherheit durch andere Regelungen gewährleistet. Ich würde sagen, dass das, was Sie hier gesagt haben, falsch ist. Niemand in Bayern oder in ganz Deutschland muss befürchten, in größerem Umfang keinen Strom mehr zu haben. Es sind Vorsorgemaßnahmen getroffen worden,

(Thomas Kreuzer (CSU): Welche denn?)

aber nicht nur wegen der Atomkraft, sondern insgesamt wegen der Versorgung. Die Versorgungssicherheit ist gewährleistet. Der Europäische Verbund – den manche nicht wollen; im Strombereich funktioniert er aber ganz gut – wird mit Sicherheit für stabile Netze sorgen. Sollte dem nicht so sein, müssten wir sofort einschreiten und denen, die dafür zuständig sind, das Mandat entziehen.

Was ich eigentlich von Ihnen, Herr Ritt, ganz persönlich wissen will: Garantieren Sie als bayerischer Abgeordneter der bayerischen Bevölkerung, der deutschen Bevölkerung und unseren Nachbarn in Europa, dass dieses Kraftwerk keine Störung mehr haben wird und dass nichts mehr passieren wird? Garantieren Sie heute dies?

(Zurufe von der CSU: So ein Schmarrn!)

Wenn Sie das ganz persönlich garantieren – weil Sie davon überzeugt sind –, dann sagen Sie es heute. Sie haben mit der Inbrunst von Überzeugung verschiedene Störungen aufgelistet und gleichzeitig behauptet, alles funktioniere. Sagen Sie der bayerischen Bevölkerung die Wahrheit: Sind Sie der Meinung, dass nichts mehr passieren wird, dass keine Störungen mehr auftreten werden?

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Blödsinnige Frage!)

Hans Ritt (CSU): Herr Kollege, all die Störfälle, die Herr Kollege Woerlein aufgeführt hat, waren auf der Meldestufe INES null angesiedelt. Mit dem Hinweis auf all die Störfälle, die von Ihnen als GAU dargestellt wurden – Sie sagten wohl sogar "Super-GAU" –, zielen Sie nur auf eines, nämlich darauf, Ängste in der Bevölkerung zu schüren.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sagen Sie Ja oder Nein!)

– Jetzt komme ich darauf zu sprechen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich sage, die deutschen, die bayerischen Kernkraftwerke sind die sichersten der Welt.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das haben die Japaner auch gesagt!)

– Sie müssen aber unterscheiden. Die Japaner hatten ein besonderes Problem. In Deutschland wird es nie eine Welle von zwölf Metern Höhe geben. Einen Tsunami werden wir wahrscheinlich beide in den nächsten 100 Jahren nicht erleben.

(Thomas Kreuzer (CSU): In Gundremmingen schon gar nicht!)

– In Gundremmingen mit Sicherheit nicht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deswegen sage ich: Unsere Atomkraftwerke sind sicher. Das sage ich als Abgeordneter, der hier am Rednerpult steht.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sagen Sie, dass nichts mehr passieren wird?)

– Es wird sicherlich das eine oder andere Ereignis auf der Meldestufe null eintreten. Aber daran sieht man, wie offen das System ist. Die Betreiber melden Ereignisse. Ich erinnere an die Situation, als es um den Virenbefall ging. Der Betreiber hat das gemeldet.

(Zuruf von der SPD: Vier Wochen später als das Ministerium!)

– Aber der Betreiber hat es weitergegeben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Ritt. – Schließlich noch die Wortmeldung von Kollegen Zierer, Fraktion FREIE WÄHLER. Bitte sehr.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherheitsaspekte beim Atomkraftwerk Gundremmingen haben uns in den zurückliegenden Jahren zu oft beschäftigt. Einmal waren es Computerpannen, ein anderes Mal abgestürzte Brennelemente. Angesichts dessen ist es logisch, dass man alarmiert ist, wenn man von fehlerhaften Brennelementen hört, noch dazu, wenn man es aus den Medien erfahren muss. Bei einem so sensiblen Thema sollten die Aufsichtsbehörden und der Betreiber informieren, auch wenn es keine Meldepflicht gibt. Transparenz bei diesem hochsensiblen Thema schaut ganz anders aus.

Die Information hätte Anfang November 2017 kommen müssen, als Erkenntnisse über die Probleme bei der Qualitätskontrolle des Brennelementeherstellers Areva vorlagen. Dann hätten sich viele Befürchtungen von vornherein entkräften lassen.

In Bayern haben Medien am 21. November erstmals über diesen Vorgang berichtet. Zu jenem Zeitpunkt gab es in der Schweiz längst ausführliche öffentliche Stellungnahmen von der Atomaufsicht. Die Schweizer Atomaufsichtsbehörde bestätigt, dass die Fehler in der Qualitätssicherung des Herstellers hinterher nur sehr schwer erkennbar waren. Echte Schäden an den Hüllrohren wurden dagegen sehr schnell entdeckt. Im Ausschuss gab es die Aussage des Ministeriums: Es gab keine Rechtsgrundlage, den sofortigen Austausch anzuordnen.

Zu den Anträgen der GRÜNEN und der SPD werden wir uns – wie bereits im Ausschuss – der Stimme enthalten. Ich denke, dass auch eine externe Untersuchung der Vorgänge nicht weit führen wird. In Leibstadt in der Schweiz wurden die betroffenen Brennelemente ausgetauscht, weil das AKW ohnehin für die Revision heruntergefahren wurde. Auch dort war es aber nicht die Atomaufsicht, die den Austausch angeordnet hat, sondern der Betreiber hat das selbst entschieden.

Meine Damen und Herren, zu dem heutigen Diskussionsbeitrag meines Kollegen von der CSU kann man nur sagen: Ehrlich oder peinlich? Herr Ritt, wenn Sie ehrlich gewesen sind, dann haben Sie das Versagen der Staatsregierung und der Bundesregierung aufgezählt, nämlich das Versagen, die Versorgung mit Elektrizität sicherzustellen. Sie haben ein Plädoyer für die Atomwirtschaft gehalten. Sie haben ein Plädoyer für Atomkraftwerke gehalten. Sie haben gesagt, der Strom werde ohne Atomkraftwerke 2020 in Spitzen-

zeiten zusammenbrechen. Sie haben behauptet, dann gingen in Bayern die Lichter aus. Ich muss sagen: Gute Nacht, wenn das stimmt. Es wird Zeit, dass etwas getan wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Zierer. – Ich gebe nun bekannt, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung zum Antrag der GRÜNEN beantragt hat. Das können wir jetzt nicht mehr erledigen, darum ziehen wir den nächsten Tagesordnungspunkt vor. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Katharina Schulte, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Parité in den Parlamenten", Drucksache 17/18657, bekannt: Mit Ja haben 47 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 74 Abgeordnete, bei 9 Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich komme jetzt zum **Tagesordnungspunkt 3** zurück. Ich rufe die **Listennummer 17** der nicht einzeln zu beratenden Anträge auf:

Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Dr. Paul Wengert, Horst Arnold u. a. (SPD)
Zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte
(Drs. 17/18801)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten. Die Verteilung setze ich als bekannt voraus. Der erste Redner ist der Kollege Arnold. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer Visionen hat, wer sich weiter auf den richtigen Weg begeben will, wer vorrücken möchte, sollte sich selbst fit machen, die Hausaufgaben erledigen und seine Lage richtig beurteilen. Dies ist auch hinsichtlich der Stellen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit angesagt. Bereits Ende des dritten Quartals 2017 hat sich durch eine Anfrage unseres Fraktionsvorsitzenden abgezeichnet, dass die Verfahrenseingänge in der Verwaltungsgerichtsbarkeit bereits 20 % über den Gesamtverfahrenszahlen des Jahres 2016 lagen. Im Jahre 2016 waren es 39.044 Verfahren. Nach neun Monaten im Jahr 2017 waren es bereits 56.828 Verfahren. Aus der Gerichtsbarkeit selbst wurden veritable, gewichtige und nachhaltige Hilferufe laut. Der Tenor lautete: Hilfe, wir saufen ab! Selbst der Bayerische Rundfunk, B5 aktuell,

hat berichtet, dass die Verfahrensdauer aufgrund der immensen Verfahrensmengen erheblich länger als nur auf ein Jahr ausgedehnt wird. Folgerichtig hat meine Fraktion am 27. Oktober 2017 den Antrag gestellt und die Staatsregierung aufgefordert, zusätzliche Planstellen für Richterinnen und Richter und für die Geschäftsstellen der Verwaltungsgerichte auszuweisen. Zudem sollte der Stellenplan dem gestiegenen Bedarf angepasst werden.

Dieser Antrag wurde am 16.11.2017 im Ausschuss diskutiert. Dabei haben sich sowohl die CSU-Fraktion als auch die Staatsregierung gerühmt, dass bereits 26 Stellen besetzt seien. Darüber hinaus würden aus einem Stellenpool im Haushalt 50 Stellen zur Verfügung stehen. Diese Stellen seien reserviert und abrufbar. Des Weiteren seien bereits im September weitere 19 Richterstellen aus dem Richterpool reserviert und würden besetzt. Alles in allem wurde am 16.11.2017 die Meinung vertreten, dass man flexibel reagiert hätte und es keinen zusätzlichen Bedarf gebe. Im Übrigen ist man davon ausgegangen, dass der Scheitelpunkt der Verfahrenswelle überschritten sei. Dies sei nach Auskunft vom BAMF und von weiteren Behörden angenommen worden. Unser Antrag wurde am 16.11. abgelehnt.

Knapp zwei Monate später hat die CSU Folgendes klagemacht: Sie, die CSU, läuft nicht hinterher, sondern setzt eigene Themen. Sie will frisch und mit programmatischer Kraft ins neue Jahr gehen. Unter diesem Etikett wird keine zwei Monate später angekündigt, dass 50 neue Verwaltungsrichterstellen eingerichtet werden, um den rechtsstaatlichen Prozess zu beschleunigen.

Meine Damen, meine Herren, was hat sich in diesen zwei Monaten am Erkenntnisstand der CSU geändert? – Hier ist es zu einem massiven Wandel in der Einschätzung und in der Beurteilung gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Werden diese 50 Stellen wirklich neu eingesetzt, oder ist es vielmehr ein üblicher Trick, Stellen aus entsprechenden Pools oder Depots zu generieren und zu reservieren? – Wir wissen es nicht. Aber eines ist ganz klar: Wir haben in anderen Diskussionen bereits klagemacht, dass diese Stellenbesetzung notwendig ist. Sie haben das damals abgestritten. Mit diesen Tricks zu arbeiten, ist wirklich schlecht. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, deswegen haben wir mit der Überschrift klagemacht, dass die CSU sehr wohl hinterherläuft. Es sind unsere Themen, die Sie als die Ihrigen ausgeben.

Ihre programmatische Kraft heißt nichts anderes, als dass Sie unsere Anträge kopieren und acht Wochen später als Ihre eigenen verkaufen.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre daher dringend notwendig, unserem Antrag heute im Plenum zuzustimmen. Dann würden Sie sich insgesamt als konsequent erweisen. Sie könnten somit dem Erkenntniszuwachs, den Sie in diesen acht Wochen irgendwie erlangt haben, Rechnung tragen. Somit könnten Sie der Sache und nicht Ihrer Partei und den vorgeschobenen Interessen einen Dienst erweisen.

Auch wäre es dringend notwendig, dass über die im Nachtragshaushalt 2016 20 neu ausgebrachten Planstellen für Richterinnen und Richter an den Verwaltungsgerichten, die 42 Stellen für das Verwaltungspersonal an den Verwaltungsgerichten und die Ausgabemittel, die im Stellenplan als "kw" bezeichnet sind, mit ihrem Freiwerden ab 01.08.2019 verfügt werden darf. Dies haben wir, die SPD, in einem Änderungsantrag zum Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2018 beantragt. Dies wäre ein konsequentes Zeichen in den Haushaltsdebatten. Wir sind gespannt, ob Sie sich daran halten.

(Beifall bei der SPD)

Zudem wäre es dringend notwendig, die Sachlage objektiv zu beurteilen und nicht zu denken, dass man solche Probleme einfach wegwischen könnte. Falls Sie behaupten, dass sich unsere Forderung vom 27.10.2017, welche am 16.11.2017 thematisiert worden ist, mit der Ankündigung schon längst erledigt hätte, dann erledigen Sie sich hinsichtlich einer nachhaltigen Glaubwürdigkeit selbst. Sie befürworten nun das, was Sie vor zehn Wochen abgelehnt haben. Sie überbieten das nun mit Zahlen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Horst Arnold (SPD): Deshalb werbe ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Bleiben Sie bitte auch konsequent.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die CSU-Fraktion hat nun der Kollege Straub das Wort. Bitte schön.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe Ihre Emotionalität bei diesem Thema überhaupt nicht. Sie müssen schon auch sagen, aus welchen Gründen wir

damals abgelehnt haben. Wir haben immer gesagt, dass wir die Situation verfolgen und entsprechend reagieren.

(Horst Arnold (SPD): Zehn Wochen! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Genau!)

Hier gilt mein Dank auch dem Innenministerium. Wir, die CSU-Fraktion, haben das immer so gemacht.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

– Ich habe den Antrag nicht aus dem Grund abgelehnt. Ich möchte das hier im Einzelnen vortragen. Wie Sie schon gesagt haben, war ich damals Berichterstatter. Ich habe den Antrag abgelehnt, weil wir das selber machen wollten und uns dies nicht von der SPD vorschreiben lassen wollten.

(Unruhe)

– Ja, das ist auch so. Wir haben nur Fakten geschaffen, in aller Ruhe. Fakt ist, dass die Anzahl der Verfahren gestiegen ist. Fakt ist aber auch, dass die CSU-Fraktion und das Innenministerium immer darauf reagiert haben. Wenn Sie Ihren Antrag aus dem Jahr 2017 hernehmen, dann sehen Sie, dass Sie damals noch von 20 geschaffenen Stellen ausgegangen sind. Jedoch wurden damals faktisch 66 Stellen geschaffen.

(Unruhe)

– Lassen Sie mich bitte ausreden. Wir können dann nachher darüber diskutieren. 20 Verwaltungsrichterstellen und knapp 40 Stellen aus einem Reservepool wurden der Verwaltungsgerichtsbarkeit zugeteilt. Wir verfolgen dies auch weiterhin. Und genau aus diesen Gründen haben wir den Antrag damals abgelehnt. Wir haben schon frühzeitig festgestellt, dass wir in die Nachschubliste 25 neue Stellen hineinnehmen müssen. Wir sind uns im Grundsatz nicht uneinig. Steigende Asylklageverfahren müssen mit steigenden Richterzahlen beantwortet werden. Das tun wir auch. In der Nachschubliste haben wir nun 25 Stellen. Wir denken tatsächlich über weitere 25 Stellen nach. Dazu werden wir eventuell einen Antrag formulieren. Ich hoffe, dass Sie dann zustimmen werden.

Sie müssen einfach Ihren eigenen Antrag, den Sie damals gestellt haben, lesen. Darin stand, dass im Jahr 2016 nur 20 Stellen im Haushalt geschaffen wurden. Fakt war: Im regulären Haushalt 2016 waren 6 Richterstellen vorgesehen. 20 zusätzliche wurden in den Nachtragshaushalt eingestellt, und es gab, wie schon gesagt, weitere 40 zusätzliche Stellen. Somit steht Ihrer Problembeschreibung, dass wir nur 20 Stellen

geschaffen hätten, die reelle Zahl von 66 Stellen gegenüber.

Ich will gar nicht länger darauf eingehen. Ich glaube, in der Sache sind wir uns einig, Herr Arnold. Deswegen kann ich, wie gesagt, die Emotionalität Ihrer Rede gar nicht verstehen. Wir verfolgen die Situation schon selber, und unser Innenministerium – nochmals herzlichen Dank ans Innenministerium – reagiert immer entsprechend. Das wird auch weiterhin der Fall sein.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zwischenbemerkung: Kollege Arnold. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herr Straub, das war aus meiner Sicht nicht emotional. Das würde sich sonst anders darstellen. Aber grundsätzlich einmal die Frage bezüglich der 50 angekündigten Stellen und bezüglich des 10-Punkte-Programms, von dem wir ja reden: Sind in diesen 50 Stellen auch Verwaltungsgerichtsangestellte enthalten? Denn in dem Bericht, der damals gegeben wurde, heißt es ja auch, die verwaltungsgerichtlichen Stellen der Geschäftsstellen, also die nichtrichterlichen Stellen, folgten immer auch der Erhöhung der Planstellen der Richter. Haben Sie sich Gedanken darüber gemacht, dass Sie, wenn Sie 50 Richterstellen mehr haben, auch entsprechend mehr Verwaltungsstellen brauchen, die wichtig sind, um die Arbeit zu erledigen? Oder ist das bei der Beschleunigung der Prozesse und der Rechtsstaatlichkeit, wie Sie es selber formuliert haben, außer Acht zu lassen? Sollen dann diejenigen, die im Pool bleiben, als normale Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei den Geschäftsstellen das mehr erledigen, was plötzlich 50 Richter mehr an Arbeit schaffen? Haben Sie darauf eine Antwort, oder ist das in Ihrem 10-Punkte-Plan, der visionär in die Zukunft blickt, noch nicht berücksichtigt worden?

Karl Straub (CSU): Sie haben es sehr gut erkannt: Der Plan unseres zukünftigen Ministerpräsidenten Markus Söder ist wirklich visionär und greift viele Themenkomplexe auf.

(Lachen des Abgeordneten Huber Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Widerspruch bei der SPD)

Da gebe ich Ihnen völlig recht. – So haben Sie es gerade wörtlich gesagt. Ich kann nur bestätigen, dass der Plan dies tatsächlich tut.

Was bis dato angemeldet ist, ist im Nachtragshaushalt, in der sogenannten Nachschubliste enthalten. Das sind 25 Richterstellen und 25 nichtrichterliche Stellen. Wenn ich mich richtig erinnere, denken wir darüber nach, 25 zusätzliche Richterstellen zu schaf-

fen. Da erschließt sich mir, dass man dann natürlich auch wieder nichtrichterliche Stellen zuteilen muss. Aber das habe ich jetzt noch nicht parat, und ich denke, das können Sie mir auch nicht vorwerfen.

Aber wie gesagt: Lob, dass Sie es erkannt haben. Söders Plan ist klasse und visionär.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Visionär?)

– Ach ja, Herr Aiwanger!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Drei Jahre hintendran!)

– Was, drei Jahre hintendran?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Im Oktober 2015 haben wir das gefordert, und jetzt, 2018, ist Söder visionär!)

– Mei, Herr Aiwanger, was Sie alles fordern! Ich glaube, dass Sie morgen gar nicht mehr wissen, was Sie heute gefordert haben.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da müsste ich ja Straub heißen!)

Ist Ihre Frage damit beantwortet? – 25 sind sicher, 25 sind vorgesehen. Ich denke, dass dabei auch nichtrichterliche Stellen berücksichtigt werden.

(Horst Arnold (SPD): Wir sind gespannt! Visionär ist das auf alle Fälle, aber nichts rechtstatsächlich!)

Bin ich fertig?

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wenn Sie mit Ihrem Redebeitrag fertig sind, ja. – Danke schön, Kollege Straub. – Jetzt Kollege Aiwanger. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen der CSU, ich glaube, dass die nicht erfolgte Schaffung von Richterstellen an den Verwaltungsgerichten, um die Asylverfahren zu beschleunigen, eines der größten Versäumnisse Ihrer Partei in den letzten Jahren in puncto Asyl gewesen ist. Bereits am 14. Oktober 2015 haben wir 30 Richterstellen gefordert. Wir haben das immer wieder eingefordert, und Sie haben uns angegriffen. Ich kann mich erinnern, wie Ihr Kollege Huber nach vorne gerufen hat: Aiwanger, Sie Schuldenmacher! Wer soll das denn bezahlen? – Als wenn diese Investition in eine schlagkräftigere Justiz nicht die beste Investition gewesen wäre, nicht nur in finanzieller Hinsicht, um Verfahren zu beschleunigen und damit Geld für den Freistaat Bayern einzusparen,

sondern auch zur Problemvermeidung und in puncto Vermeidung der Zuspitzung der Asylfrage.

Ich habe Ihnen damals vorgeworfen, man habe fast den Eindruck, dass Sie diese Themen absichtlich verschleppen, um daraus ein Wahlkampfthema zu kreieren. Ich kann mich erinnern, der Kollege Kreuzer ist damals an die Decke gegangen. Aber man kann es doch nicht anders formulieren, wenn der Vorredner der CSU es jetzt wieder, zu Beginn des Jahres 2018, als visionär bezeichnet, was wir seit drei Jahren fordern. Dass Sie systematisch alles ablehnen, was von den anderen kommt, wird mittlerweile zum Problem für dieses Land. Sie fassen erkannte Probleme allein deshalb nicht an, damit Ihnen niemand vorwerfen kann, Sie würden von anderen abschreiben. Ich würde mir wünschen, Sie schrieben noch öfter von uns ab.

Noch einmal: Ich halte fest, Sie haben das über Jahre hinweg schuldhaft verzögert, haben damit Mitschuld, dass sich die Situation auch hier zugespitzt hat, dass viele Fälle, die längst erledigt sein müssten, weiterhin in Bayern Furore machen. Durch Ihr Versagen haben Sie das politische Klima mit vergiftet. Sie hätten das in der Hand gehabt.

Jetzt kommen Sie daher und versprechen Stellen unter einem neuen Ministerpräsidenten. Mit den neuen Stellen ist noch lange nicht das Personal da. Hätte man vor ein paar Jahren die Stellen aufgebaut, wäre jetzt wenigstens das Personal da.

Auch das ist ja ein Trick in der politischen Kommunikation, so zu tun, als würde diese Stelle dann sofort funktionieren. Sie müssen aber die Stellen noch besetzen, und dann kommen Sie noch auf die grandiose Idee, ein Landesamt für Asyl zu gründen. Da frage ich Sie: Welches Personal wollen Sie dort hineinsetzen? Wahrscheinlich werden Sie wieder Personal aus dem Justizapparat und aus den Verwaltungen abziehen, oder es bleibt eine Luftnummer. Dann werden Sie wieder bestehende Strukturen eher schwächen als stärken. Ich muss Ihnen – es tut mir leid – bei allem Entgegenkommen an der Stelle massives politisches Versagen vorwerfen.

Natürlich werden wir diesen Antrag unterstützen. Er ist seit Jahren überfällig. Handeln Sie jetzt endlich! Bringen Sie endlich die Justiz auch an dieser Stelle zum Arbeiten, und versprechen Sie nicht nur wieder Stellen. Es fehlen einem die Worte, wie Sie mit diesem Thema umgehen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Kollegin Gote. Bitte schön.

Ulrike Gote (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Aiwanger, jetzt muss ich Ihnen ganz klar widersprechen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bitte schön!)

Die Maßnahme, mit der man die Gerichte hätte entlasten können, wäre eine humane Flüchtlingspolitik gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man hätte die Asylbewerber gar nicht erst an die Gerichte treiben müssen, indem man ihnen alles vorenthält, sodass sie sich in Bayern alles einklagen müssen. Das führt zu Überlastungen an unseren Gerichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollege Arnold, Sie haben wunderbar beschrieben, wie Sie die CSU vor sich hergetrieben haben. Freuen wir uns doch darüber! Das ist auch nicht das einzige Beispiel. Das erleben wir ja ständig. Es ist auch nicht so, dass nur die Verwaltungsgerichtsbarkeit derart überlastet wäre.

Wir haben diesen Antrag nicht schon im Oktober, sondern erst im November debattiert. Herr Straub hat eigentlich gar keine Argumente gegen den Antrag gehabt. Er hat nur gesagt, er höre jetzt einmal, was das Ministerium sage. Das Ministerium hat dann Zahlen genannt. Da möchte ich jetzt schon einmal wissen: Waren die damals nicht richtig? Oder sind sie plötzlich über Weihnachten so exorbitant anders geworden? Denn nach dem, was uns damals erzählt wurde, kann man nicht nachvollziehen, dass Sie jetzt erkannt haben, dass wir doch mehr Stellen brauchen. – Dass wir mehr Stellen brauchen, darüber waren wir uns im Ausschuss ohnehin einig, und das schon lange vorher.

Ich möchte einmal etwas Grundsätzliches zu dieser Stellensituation sagen. Wir werden im Nachtragshaushalt auch in anderen Bereichen der Justiz weitere Stellen fordern. Ganz richtig war auch der Hinweis, es könnten nicht nur Richterstellen sein, sondern wir brauchten gerade im Bereich der Justiz auch Stellen im nichtrichterlichen Dienst, in anderen Bereichen der Justiz, auch einfachere Stellen. Im Justizvollzug brauchen wir ganz andere Formen von neuen Stellen. Diese werden wir natürlich auch einfordern. Ich bin gespannt, wann Sie uns damit hinterherlaufen.

Aber einmal grundsätzlich: Sie sind wahrscheinlich, wie ich auch, viel im Land unterwegs. Überall, wohin man kommt, hört man, wenn man mit Behörden spricht, Klagen. Gudrun, erst gestern haben wir es wieder gehört. – Kollegin Gudrun Brendel-Fischer hatte einen Termin mit der neuen Leiterin des Wasserwirtschaftsamtes anberaunt. – Es kommen aus allen Bereichen Klagen über die unzureichende Personalausstattung. Das sind die Langzeitfolgen einer falschen Politik eines Herrn Stoiber und eines Herrn, der hier immer noch im Landtag sitzt und immer denkt, er weiß alles besser, und damals gesagt hat: Wenn ich den Teich trockenlegen will, frage ich die Frösche nicht. Die Frösche hätte er damals besser befragt; denn die Frösche sind heute noch am Leben, sie japsen vor sich hin und hätten gerne ein besseres Leben gehabt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Spätfolgen der Jahre 2005 ff. ernten Sie jetzt. Die Folgen einer falschen Politik können Sie jetzt über Jahre ausbessern. Wir sind noch lange nicht auf dem Niveau, dass unsere Behörden und die Landesverwaltung so arbeiten können, wie sie es tun müssten. Ich kann Ihnen nur raten: Lernen Sie endlich daraus. Hören Sie einfach öfter auf uns. Hören Sie meinetwegen auch auf die Frösche. Ich meine damit, dass Sie auf Ihre guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hören sollten, die Sie in den Behörden haben. Die kennen sich besser aus als Sie, die Sie hier im Landtag sitzen und meinen, sie könnten alles kaputtsparen. Schauen Sie, dass Sie die Folgen endlich beheben und diese Fehler, die uns ein Jahrzehnt lang begleitet haben, in Zukunft nicht mehr wiederholen. Sonst müssten wir diese Diskussion gar nicht führen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Gote. – Für die Staatsregierung darf ich Herrn Staatssekretär Eck das Wort erteilen. Bitte sehr.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich nur zu Wort gemeldet, weil ich einige Zahlen richtigstellen möchte, die kritisiert oder teilweise falsch genannt worden sind. Auf Frau Kollegin Gote brauche ich gar nicht einzugehen. Ihr Beitrag hat so viel Polemik enthalten, dass er diesem Thema nicht gerecht wird. Ansprechen will ich aber die Aussage, lieber Herr Kollege Aiwanger, wir würden etwas mit Absicht verschleppen und dieses Land in Probleme hineinmanövrieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das war's doch! Schuldhaft habt ihr die Probleme verschleppt!)

Herr Aiwanger, schauen Sie sich doch einmal um. Schauen Sie sich doch einmal die Bilanzen dieses Freistaates an. Schauen Sie sich einmal die Besoldungsgruppen an, und schauen Sie sich einmal die Gesamtsituation an, und vergleichen Sie das mit anderen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland. Das möchte ich von Ihnen einmal hören.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Um Gottes willen!)

Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht ständiges Genörgel, sie wollen statt Genörgel auch einmal Vorschläge, und die haben wir bisher von Ihnen nicht gehört.

(Beifall bei der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist doch nicht wahr!)

Jetzt will ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen, dass Ihre Zahlen nicht stimmen. Wir haben erst letzte Woche über einen Antrag diskutiert. Damals haben wir über die Verkehrsinfrastruktur gesprochen. Dabei haben Sie kritisiert, dass wir aufgrund der Situation, die nicht von Bayern, sondern vom Bund letztendlich verursacht ist, eine ständig fallende Anzahl von Mitarbeitern hätten. Das Ergebnis war: Die Berichterstattung hier im Haus war falsch. Wir haben eine steigende Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Deshalb ist es für mich wichtig, ein paar Zahlen zu nennen. Der Antrag geht von überholten Zahlen aus. Die Bayerische Staatsregierung hat im Doppelhaushalt 2015/2016 – vielleicht wollen Sie es mitschreiben – und im Nachtragshaushalt 2016 nicht 20, sondern insgesamt 26 Stellen für Verwaltungsrichter sowie einen Reservepool mit weiteren 40 Stellen geschaffen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie viele davon sind besetzt?)

– Hören Sie zu, sonst sagen Sie es das nächste Mal wieder falsch! Der Reservepool für Verwaltungsrichterstellen wurde vom Staatsministerium inzwischen vollständig – ich wiederhole: vollständig! – abgerufen. Damit wurden bis heute insgesamt – diese Zahl wiederhole ich noch einmal an dieser Stelle – 66 Richterstellen neu geschaffen und auch schon fast vollständig besetzt.

Wir kennen natürlich die Situation auch und begleiten sie ständig. Wir haben steigende Verfahrenszahlen. Deshalb hat Herr Kollege Straub vorhin vollkommen

richtig gesagt – man muss in der jetzigen Diskussion immer wieder die Situation ansprechen –, warum Anträge abgelehnt werden. Aufgrund der sich verändernden und steigenden Zahl ist beabsichtigt, weitere 50 Richterstellen plus erforderliche Stellen für nicht-richterliches Personal – danach ist gefragt worden – in einem Topf bereitzustellen, auf den man zu gegebener Zeit nach Bedarf zugreifen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte schon auch sagen, dass kein anderes Land die Verwaltungsgerichtsbarkeit in diesem Umfang aufgestockt und gestärkt hat. In diesem Sinne meine ich sagen zu können, dass der Antrag ins Leere läuft. Deshalb bitte ich, ihn abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zu Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wir stimmen jetzt in einfacher Form ab. Die namentliche Abstimmung erfolgt über den vorherigen Tagesordnungspunkt. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme zurück zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7. Die beiden Anträge werden jetzt wieder getrennt. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Ich beginne in einfacher Abstimmung mit dem Antrag auf Drucksache 17/19231. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die

SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen, bitte! – CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Die Fraktion FREIE WÄHLER. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Gundremmingen und die Missstände in der bayerischen Atomaufsicht" auf Drucksache 17/19248. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 19.16 bis 19.21 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte einige Kolleginnen und Kollegen, noch hierzubleiben; denn ich werde die Sitzung erst schließen, wenn die Stimmkarten ausgezählt sind und ich das Ergebnis verkündet habe.

(Unterbrechung von 19.21 bis 19.23 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ergebnis der Abstimmung liegt vor. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Stümpfig und anderer und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Gundremmingen und die Missstände in der bayerischen Atomaufsicht" auf Drucksache 17/19248 bekannt. Mit Ja haben 40, mit Nein 68 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 8 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Tagesordnung ist abgearbeitet. Ich bedanke mich für die konstruktive Mitarbeit und wünsche Ihnen einen schönen Abend. Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 19.23 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u. a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Subsidiarität
 Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union,
 COM (2017) 772 final,
 BR-Drs. 756/17
 Drs. 17/20056, 17/20302 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u. a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Subsidiarität
 Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Einrichtung des Europäischen Währungsfonds,
 COM(2017) 827 final,
 BR-Drs. 750/17
 Drs. 17/20057, 17/20303 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u. a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union, COM(2017) 797 final, BR-Drs. 777/17
Drs. 17/20058, 17/20304 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen I – Für eine faire Vergütung
Drs. 17/18322, 17/19518 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen II – Interessenvertretung und Mitbestimmung ermöglichen
Drs. 17/18323, 17/19519 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen III –
Dauerstellen für Daueraufgaben
Drs. 17/18324, 17/19520 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen IV –
Aufstiegs- und Entwicklungschancen ermöglichen
Drs. 17/18325, 17/19521 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD
Bürger vor Krankheit schützen – Lärm durch Autos und Motorräder reduzieren
Drs. 17/17857, 17/19968 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Evaluation der Novelle der Handwerksordnung
Drs. 17/18334, 17/19969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Runder Tisch stationärer Einzelhandel
Drs. 17/18336, 17/19970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Der Wertschätzung Ausdruck verleihen –
Ein Rentenfonds für Lehrbeauftragte an bayerischen Hochschulen
Drs. 17/18400, 17/19522 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erhöhung von Serviceorientierung und Bürgernähe –
Ausbau „Bürgerservice Justiz“
Drs. 17/18452, 17/19599 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für eine aktive Erinnerungskultur:
Rolle und Bedeutung der Zwangsarbeiter in Bayern
Drs. 17/18497, 17/19523 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Evaluation der Zentralen Ausländerbehörden
Drs. 17/18658, 17/20067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zentrum Bayern Familie und Soziales zukunftsfest ausstatten
Drs. 17/18711, 17/19587 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Eric Beißwenger u. a. CSU
Kooperationsprojekt „Silphie“
Drs. 17/18786, 17/19592 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Dr. Paul Wengert, Horst Arnold u. a. SPD
Zusätzliche Stellen für die Verwaltungsgerichte
Drs. 17/18801, 17/20066 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der Antrag wird gesondert beraten

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Plastikmüll vermeiden –
Das Projekt „Refill Deutschland“ in Bayern fördern und unterstützen
Drs. 17/19096, 17/19750 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u. a. CSU
Änderung bei Vorortkontrollen / Cross Compliance-Kontrollen
Drs. 17/19210, 17/19746 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.01.2018 zu Tagesordnungspunkt 5: Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Parité in den Parlamenten (Drucksache 17/18657)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmär	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hözl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	47	74	9

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.01.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Gundremmingen und die Missstände in der bayerischen Atomaufsicht (Drucksache 17/19248)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gibis Max		X	
Aigner Ilse				Glauber Thorsten	X		
Aiwanger Hubert			X	Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst	X			Gote Ulrike	X		
Aures Inge	X			Gottstein Eva			
				Güll Martin	X		
Bachhuber Martin		X		Güller Harald			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Guttenberger Petra		X	
Bauer Volker							
Baumgärtner Jürgen				Haderthauer Christine		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried				Häusler Johann			X
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim			X
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig			
Blume Markus				Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.			
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold			X
				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes			
				Hözl Florian		X	
Deckwerth Ilona	X			Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin			
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther							
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus				Knoblauch Günther			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas	X			Kohnen Natascha			
Gerlach Judith				Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	40	68	8